Donnerstag, 14. März 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 62 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 200,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Auschwitz-Lüge": Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, hat dringend an die Bonner Politiker appelliert, den Gesetzentwurf über die Strafbarkeit der „Auschwitz-Lüge" im Bundestag zu verabschieden. Die Positionen der Parteien in der Kontroverse beschreiben in der WELT Theo Waigel (CSU), Jürgen Schmude (SPD) und Justizminister Engelhard (FDP). (S. 4)

Waldsterben: Zwei Drittel der 50 Prozent des bereits geschädigten deutschen Waldes könnten sich durchaus „wieder fangen", erklärte Bundesforschungsminister Riesenhuber bei der Vorlage des Waldschadens-Berichts. (S. 8)

Regierungserklärung: Eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Koalition will Kanzler Kohl in einer Regierungserklärung ziehen, die voraussichtlich am 25. April im Bundestag abgegeben wird.

Revirement: Das in vier Ressorts umgebildete rheinland-pfälzische Kabinett ist von Ministerpräsident Vogel vorgestellt worden. Als größte Überraschung gilt die Berufung der Ärztin Ursula Hansen als Sozialministerin. (S. 10)

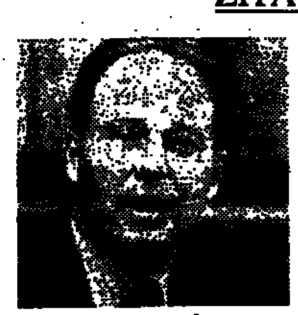
Nahost: Ägyptens Präsident Mubarak konnte in Washington nicht mit seinem Vorschlag durchdringen, die USA sollten in einem ersten Schritt zu umfassenden Nahost-Friedensgesprächen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation unter Einschluß der PLO verhandeln. (S. 6)

Auf Distanz: Die militärische Allianz der libanesischen Christen hat ihre politische Unabhängigkeit erklärt und sich damit von Staatspräsident Gemayel und der Kataeb-Partei (Phalangisten) distanziert, die sich in jüngster Zeit dem prosyrischen Kurs des Präsidenten angeschlossen hatte. (S. 6)

Griechenland: Deutlich besser geworden sind die Aussichten des von den Sozialisten nominierten Christos Sartzetakis, zum nächsten Staatspräsidenten gewählt zu werden: Auch die KP will ihn jetzt unterstützen. (S. 6)

Strauß: Wegen seiner Hexenschußerkrankung hat der CSU-Chef einen für Ende März geplanten China-Besuch abgesagt. Strauß will auch auf die Teilnahme am CDU-Parteitag nächste Woche in Essen verzichten.

ZITAT DES TAGES



» Die Bundesregierung leistet Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber als ‚Tributpflicht'. Entwicklungspolitik ist keine Politik des schlechten Gewissens. «

Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bei der Vorstellung des 6. Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Lufthansa: 1984 konnte das Ergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen werden. Die Brutto-Verkehrserlöse stiegen um 15,3 Prozent auf neun Milliarden DM.

Investitionen: Vor einer Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen warnt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Sie hätten mit etwa 30 Milliarden DM 1984 um ein Viertel unter dem Niveau von 1980 gelegen. (S. 11)

Steuerschätzung: Der Bund kann 1985 wie erwartet mit rund 209 Milliarden Mark Steuereinnahmen rechnen. Für die Folgejahre ergeben sich dagegen deutliche Abstriche gegenüber der letzten Schätzung. (S. 2 und S. 11)

Berlin-Verkehr: Die alliierten Fluggesellschaften haben einen Antrag auf Erhöhung der Linienflugpreise gestellt. Angeblich fordern sie drei Prozent mehr.

Börse: Am Aktienmarkt konnte sich gestern keine eindeutige Tendenz durchsetzen. WELT-Aktienindex 177,3 (177,4). Der Rentenhandel hielt sich zurück. BHF-Rentenindex 100,211 (100,207). Performance-Index 98,853 (98,820). Dollar-Mittelkurs 3,3540 (3,3520). Goldpreis je Feinunze 290,25 (288,45) Dollar.

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Diese Folge porträtiert Bernhard Vogel, seit acht Jahren Regierungschef von Rheinland-Pfalz. Seite 5

KULTUR

Ausgrabungen: Ebenso wie die Bundesrepublik erlebt auch die „DDR" einen Boom in der Stadtkernarchäologie. Besonders im Raum Dresden sind die Ausgräber in jüngster Zeit fündig geworden und haben zur Vorgeschichte der Stadt überraschende Aufschlüsse erhalten. (S. 21)

Ballett: Günther Pick, Ballettchef des Aachener Stadttheaters, hat einen Vertrag mit dem Münchner Staatstheater am Gärterplatz unterschrieben. Dort kann er mit einem dreifach vergrößerten Ensemble und üppigen Ausstattungen verstärkt mit eigenen Balletten einsteigen. (S. 21)

SPORT

Deutscher Sport-Bund: 1984 wurden von den Vereinen 564 852 neue Mitglieder aufgenommen. Damit erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl auf 18 940 122.

Sanktionen: Wegen „schlechter Behandlung der türkischen Minderheit in Bulgarien" hat die Türkei alle Sportbeziehungen zum Nachbarland abgebrochen.

AUS ALLER WELT

Teststrecke: Im Streit um die von Mercedes geplante Teststrecke bei Boxberg in Baden-Württemberg entscheidet heute das Bundesverwaltungsgericht. (S. 22)

Entseuchung: Die USA haben gestern den Forderungen der Bewohner des Bikini-Atolls stattgegeben, die von 23 Atom- und Wasserstoffbombentests verseuchte Inselgruppe im Pazifik zu entseuchen. (S. 22)

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Schauer. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA dämpfen Hoffnungen auf Positionswechsel im Kreml

Reagan zu Treffen mit Gorbatschow bereit / „Muß gut vorbereitet sein"

DW. Washington

Präsident Reagan hat seine Bereitschaft zu einem Treffen mit dem neuen sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow signalisiert, zugleich aber Hoffnungen auf eine Begegnung schon in naher Zukunft dämpfen lassen. Sein Sprecher Larry Speakes bezeichnete es als „unwahrscheinlich", daß Reagan das Programm für seinen Besuch in Europa Anfang Mai, der ihn auch in die Bundesrepublik Deutschland führt, noch ändern werde, um ein Gespräch mit Gorbatschow zu arrangieren. Dem Präsidenten schwebt offensichtlich vor, den neuen Kreml-Führer, wenn möglich, in den USA zu sehen.

Vizepräsident George Bush, der gestern eine persönliche Botschaft Reagans an Gorbatschow mit nach Moskau brachte, vermied es, bei aller Würdigung der als gemäßigt eingestuften Reden des KPdSU-Generalsekretärs den Gedanken an Euphorie in der amerikanischen Administration aufkommen zu lassen. Bush verwies darauf, daß ein Generationenwechsel an der Spitze der sowjetischen Partei stattgefunden habe. Die USA betrachteten dies zwar als eine „neue Ära", aber „nicht in einem naiven Sinne", wie der US-Vizepräsident hinzufügte. Beachtung fand in den USA vor allem Gorbatschows Äußerung, an der „Fortsetzung des Prozesses der Gestaltung einer friedlichen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit" teilhaben zu wollen und keine einseitige Überlegenheit über den Westen zu suchen.

Reagan selber wies vor Journalisten darauf hin, daß er seit seinem Amtsantritt 1981 stets bereit gewesen sei, mit den drei Vorgängern Gorbatschows (Breschnew, Andropow und Tschernenko) zusammenzutreffen. Er, Reagan, habe es als einziger US-Präsident nun schon mit vier verschiedenen Persönlichkeiten an der Kreml-Spitze zu tun gehabt. Diese Bemerkung ist eine unmißverständliche Anspielung darauf, daß die Vorgänger Gorbatschows allesamt kränklich waren, die Fühler, die von Washington zur Erkundung der Chancen für eine „Gipfelbegegnung" ausgestreckt worden waren, nicht durch amerikanische Schuld ins Leere gingen. Als Kriterien für das Zustandekommen einer Begegnung mit dem neuen Mann in Moskau nannte der Präsident: die Überzeugung, daß ein derartiges Treffen „einen positiven Beitrag zur Entwicklung unserer Beziehungen zur Sowjetunion leisten könnte" und daß es „der Sache des Friedens dienlich wäre".

Vom Weißen Haus wurde ferner erklärt: „Es ist nicht so, daß sich unsere Haltung geändert hätte. Vielmehr hat sich die Natur ihrer (der sowjetischen) Führung geändert." Eine Begegnung mit dem vergleichsweise jungen Gorbatschow müsse daher in einem anderen Licht gesehen werden als ähnliche Gedanken, die sich an die Vorgänger knüpften. Im übrigen war man in Washington bemüht, dem Eindruck entgegenzuwirken, als habe sich Reagan jetzt entschlossen, seine Vorbedingungen für das Zustandekommen einer Begegnung einzuschränken. Die USA bestehen nach wie vor darauf, daß ein Treffen Reagan–Gorbatschow gut vorbereitet sein und eine fest umrissene Tagesordnung haben müsse.

Kohl und Honecker sehen neue Chancen

Gorbatschow spricht von „gutnachbarlichen Beziehungen" / Spitzengespräche in Moskau

DW. Moskau

Bundeskanzler Helmut Kohl ist gestern in der Reihe seiner Spitzengespräche am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für den gestorbenen sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko auch mit dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Moskau zusammengetroffen. Zuvor hatte es ein rund zweistündiges Gespräch auch mit SED-Chef Erich Honecker gegeben, in dem beide Seiten unterstrichen, Bonn und Ost-Berlin wollten alle Anstrengungen unternehmen, um auf der Basis des Grundlagenvertrages „normale gutnachbarliche Beziehungen im Interesse von Frieden und Stabilität zu entwickeln und auszubauen". Dies ist der Kern einer gemeinsamen Erklärung, die anschließend veröffentlicht wurde. Regierungssprecher Peter Boenisch bezeichnete die Atmosphäre als „sachlich und aufgeschlossen".

In der Begegnung, über die gestern auch in den „DDR"-Medien mit positivem Tenor berichtet wurde, unterstrichen Kohl und Honecker übereinstimmend, mit der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR könne eine neue Phase in den West-Ost-Beziehungen eingeleitet werden. Deshalb komme – so heißt es in der Abschlußerklärung – dem politischen Dialog und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West gerade jetzt großes politisches Gewicht zu.

In der Erklärung wird weiter auf die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Achtung der territorialen Integrität sowie die Souveränität aller Staaten in Europa hingewiesen. Beide Politiker hätten betont, daß „von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf", daß von deutschem Boden Frieden ausgehen müsse.

SEITE 3:
Das Begräbnis
Porträt Gorbatschow

Die Ostberliner Zeitungen berichteten gestern ausführlich in Wort und Bild über die innerdeutschen Gespräche der vergangenen zwei Tage, ohne daß das strittige Thema Abrüstung in den Vordergrund gerückt wurde. Die Zeitungen betonten vielmehr das Thema der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" „auf der Basis friedlicher Koexistenz".

Nach der Beisetzung Tschernenkos an der Kreml-Mauer traf sich Kohl mit den Parteichefs aus Polen und der CSSR, Jaruzelski und Husak. Die erste persönliche Begegnung des Bundeskanzlers mit Jaruzelski wurde in Kreisen der deutschen Delegation als ein „offenes Gespräch in sehr guter Atmosphäre" bezeichnet. Beide hätten sich für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ausgesprochen. Anschließend traf sich der Bundeskanzlers mit Gorbatschow. Dessen Antrittsrede (WELT v. 13.3.) und auch seine Trauerrede gestern auf dem Roten Platz hatten im Westen ein vorsichtig positives Echo gefunden. Gorbatschow hatte unterstrichen, daß die UdSSR bereit sei, gutnachbarliche Beziehungen zu allen Ländern auf der Grundlage friedlicher Koexistenz zu unterhalten.

Mehr als 100 Delegationen aus aller Welt waren gestern in Moskau versammelt, um an der Beisetzung Tschernenkos an der Kreml-Mauer teilzunehmen. Dabei wurde auch ein informelles Treffen der Führer aller Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes unter der Leitung von Gorbatschow einberufen.

Vorrang für Sicherheit der Bürger

Neue gesetzliche Regelungen ohne Datensammlungen „für unbestimmte Zwecke"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung ist gegen eine „maximalistische Interpretation" des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts, soweit es dabei um die Erhebung und Verwendung von Daten im Sicherheitsbereich geht. „Sie könnte zu einer Vielzahl schwer durchschaubarer gesetzlicher Regelungen sowie zum Stillstand weiter Teile der Verwaltung und teils auch zu einem erheblichen Bürokratiezuwachs führen".

Diese Auffassung vertritt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD, die gestern im Bundeskabinett behandelt wurde. Aber zugleich verweist die Regierung darauf, „daß aus dem Urteil erhebliche Folgerungen für die Datenerhebung und die Datenverarbeitung im Bereich der Polizei- und der Verfassungsschutzbehörden zu ziehen sind". Entsprechende Gesetze sollen noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

Im einzelnen denkt die Bundesregierung an ein Gesetz, das die „Aufgaben und Befugnisse" des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) regelt. Hinzu kommen soll ein weiteres Gesetz „über die informationelle Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Staats- und Verfasssungsschutzes".

Ausgewogene Lösungen seien notwendig, vor allem im Interesse der Sicherheit: „Neue gesetzliche Regelungen müssen den Sicherheitsbehörden die erforderlichen Befugnisse geben oder erhalten, damit sie ihre im Interesse der Sicherheit der Bürger liegenden Aufgaben wirksam erfüllen können". Als unwahrscheinlich gilt, daß die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine gesetzliche Regelung für den Bundesnachrichtendienst (BND) vorsehen wird, weil dessen Aufgaben zum einen in der Auslandsaufklärung liegen und zum anderen die Operationsmöglichkeiten des Dienstes dadurch gelähmt werden könnten.

„Fachgesetze", so heißt es in der Antwort, sollen nicht nur die Datenverarbeitung bei den Verfassungsschutzbehörden, sondern auch den Austausch von Daten zwischen den Nachrichtendiensten, dem Grenzschutz und den Polizeibehörden regeln, wobei der Gesichtspunkt des „Bedarfs" ausschlaggebend sein soll.

Entschieden widerspricht die Bundesregierung der Annahme, im Bereich der Sicherheitsbehörden finde eine „Datensammlung auf Vorrat zu unbestimmten Zwecken" statt. Ein solches Verfahren gebe es nicht. Zugleich verweist sie darauf, daß ein Verbot der „automatisierten Herstellung von Persönlichkeitsprofilen und Bewegungsbildern" weder der Verfassung noch dem Volkszählungsurteil zu entnehmen sei.

Sabotage an Pertinis Jumbo-Jet?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Für den italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini hatte die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Konstantin Tschernenko eine bewegte Vorgeschichte: „Mit Absicht vorgenommene Manipulationen" an seinem Flugzeug erweckten den Verdacht eines Sabotageaktes, und Indiskretionen aus Regierungskreisen ließen auf Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsident Bettino Craxi schließen, der ursprünglich vorhatte, die Delegation seines Landes in Moskau selbst zu leiten.

Als Tschernenko starb, befand sich Pertini zu einem Staatsbesuch in Argentinien, von wo aus er nach Brasilia zur Amtseinführung des brasilianischen Staatspräsidenten Tancredo Neves weiterreisen wollte. Ohne Craxi zu konsultieren, beschloß er jedoch, den Argentinien-Besuch sofort abzubrechen, den Brasilien-Besuch ganz abzusagen und über Rom nach Moskau zu fliegen.

Die Besatzung des Alitalia-Jumbos, der ihn zurück nach Europa bringen sollte, stellte jedoch am Montag nachmittag auf dem Flugplatz von Buenos Aires bei einer letzten Inspektion fest, daß an fünf Rädern des Fahrgestells die Ventilkappen fehlten. Eine davon wurde nach Angaben des argentinischen Verteidigungsministeriums in der Ansaugturbine eines der vier Düsenmotoren gefunden, eine weitere im Auspuffturbo eines anderen Motors. Die argentinische Luftwaffe, in deren Verantwortungsbereich der Vorfall geschah, erklärte demgegenüber, keine der Kappen hätte sich wiedergefunden. Die Triebwerke hätten einen problemlosen Probelauf gehabt.

Der Flugkapitän entschied sich für eine Generalinspektion und sagte den Flug ab. Erst mit fünf Stunden Verspätung konnte Pertini mit einer DC 10 starten, die ihm der argentinische Staatspräsident Alfonsin zur Verfügung stellte.

In Rom glaubt man zwar nicht an einen Attentatsversuch, schließt aber auch menschliches Versagen aus. Man fragt sich, ob nicht Kreise des ehemaligen argentinischen Militärregimes für die Tat verantwortlich sind, die damit dem demokratischen Staatspräsidenten Alfonsin warnend signalisieren wollten, wozu sie noch immer fähig sind. Die „mit Absicht vorgenommene Manipulation" am Flugzeug war nach Darstellung der Alitalia so offensichtlich, daß sie vor dem Start entdeckt werden mußte.

Ministerpräsident Craxi ließ über die Nachrichtenagenturen verbreiten, daß er selbst „an der Beerdigung Tschernenkos in Moskau teilgenommen hätte, wenn Staatspräsident Pertini nicht seine Südamerikareise unterbrochen hätte, um sich in die sowjetische Hauptstadt zu begeben".

DER KOMMENTAR

Ohne Euphorie

HEINZ BARTH

Nach dem dritten Machtwechsel, der sich im Kreml innerhalb von wenig mehr als zwei Jahren vollzogen hat, geht es diemal auffallend schnell mit Verkehr zwischen den beiden Supermächten. In dem Brief, den er Vizepräsident Bush mit auf den Weg nach Moskau gab, hat Ronald Reagan den Sowjets seine Gesprächsbereitschaft mit allen Zeichen der Aufgeschlossenheit signalisiert. Diese Kontaktnahme stellt fürs erste alles in den Schatten, was zwischen den Genfer Delegationen Amerikas und der Sowjetunion in den nächsten Wochen und Monaten diskutiert werden könnte.

Der Präsident ließ Michail Gorbatschow, dem neuen sowjetischen Parteichef, wissen, daß er zu einem Treffen bereit ist, sobald sich „die Gelegenheit dazu ergibt". Hierzu ist festzuhalten, daß diese Bereitschaft der Reagan-Administration schon immer vorhanden war. An den Kriterien dafür hat sich nichts geändert. Der Präsident hat immer wieder erklärt, ein solches Treffen auf höchster Ebene müsse gut vorbereitet sein, und eine feste Tagesordnung haben und Aussicht auf konkrete Ergebnisse bieten.

Die Wachablösung in Moskau hat nichts an dieser Einstellung des Präsidenten geändert. Wie der Pressesprecher des Weißen Haues bekanntgab, hat Reagan schon unter den drei Amtsvorgängern Gorbatschows seine Fühler ausgestreckt, um ein Gipfeltreffen zustande zu bringen. Dies scheiterte immer wieder an dem Umstand, daß die angeschlagene Gesundheit Breschnews, Andropows und Tschernenkos – und damit die mangelnde Verhandlungsfähigkeit der Sowjetführung – eine Begegnung unmöglich machten.

Es verdient unterstrichen zu werden, daß Reagan auf diese Klarstellung ausdrücklichen Wert gelegt hat. Er hat es im Gegensatz zu den meisten anderen westlichen Staatsmännern vermieden, zur Beisetzung Tschernenkos nach Moskau zu eilen. Auf keinen Fall möchte er den Eindruck aufkommen lassen, daß er die euphorischen Erwartungen teilt, die der Stil des neuen Mannes im Kreml – wie schon im Fall Andropow – fast überall in den westlichen Öffentlichkeit auslöste. Reagans Haltung bleibt aufgeschlossen, aber sie läßt sich nicht darauf ein, das Klima der Erwartungen anzuheizen, die jetzt die Verhandlungsatmosphäre einseitig belasten könnten.

Lebenslange Haftstrafen für Schleyer-Mörder

hy. Düsseldorf

Die RAF-Terroristen Adelheid Schulz (30) und Rolf-Clemens Wagner (41) sind gestern in Düsseldorf wegen der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer und vier seiner Begleiter zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Damit sind jetzt die Prozesse gegen insgesamt vier Terroristen der „Roten Armee Fraktion" beendet. Heute werden die Bundesanwälte in Stuttgart-Stammheim ihre Plädoyers gegen die mutmaßlichen Rädelsführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt beginnen.

Der 5. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes sah es als erwiesen an, daß Schulz und Wagner maßgeblich an der Tat im Herbst 1977 beteiligt waren. Adelheid Schulz wird außerdem die Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto im Sommer 1977 zur Last gelegt. Sie trat vor allem als „Quartiermacherin" der Bande auf. Wagner gilt als Waffenbeschaffer. Anhand von Stimmenvergleichen wies die Anklagebehörde nach, daß er der Sprecher bei der Schleyer-Entführung war. Schon zu Beginn des Prozesses hatten die beiden Schleyers Ermordung als „notwendig im Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen" qualifiziert. Wie bei den vorausgegangenen Terroristen-Prozessen gab es kein individuelles Tatgeständnis. Wagner, der im Herbst 1979 nach einem Banküberfall in Zürich auf der Flucht eine 56jährige Hausfrau erschoß, wird wieder in die Schweiz gebracht, wo er 1980 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

MX-Programm nimmt die erste Hürde

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat im Ringen um die umstrittene MX-Interkontinentalrakete einen psychologisch möglicherweise wichtigen Sieg errungen. Ein Unterausschuß des von der demokratischen Partei beherrschten Repräsentantenhauses stimmte für die Freigabe von 1,5 Milliarden Dollar, mit denen nach den Vorstellungen der Regierung in diesem Jahr 21 MX-Atomraketen gebaut werden sollen. Die Zustimmung kam von Politikern beider Parteien.

Zu den ersten entscheidenden Abstimmungen im Senat und im Repräsentantenhaus wird es vermutlich um den 20. März (Senat) und um den 25. März (Repräsentantenhaus) kommen. Nach einem komplizierten Verfahren, auf das sich der Kongreß im vergangenen Herbst einigte, muß die Auszahlung der Gelder für die 21 Raketen bei jeweils zwei Abstimmungen in beiden Häusern des Parlaments gebilligt werden.

Reagan, Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Außenminister George Shultz hatten in den vergangenen Wochen wiederholt auf die Bedeutung der MX-Raketen hingewiesen. Sie argumentierten, die Aufgabe des Programms würde von der Sowjetunion als Zeichen der Schwäche verstanden werden und die US-Position bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf schwächen.

Das Weiße Haus hatte ursprünglich 100 Exemplare der umstrittenen, von Experten teilweise als überholt betrachteten Waffe mit zehn Sprengköpfen gefordert. Bisher hat der Kongreß nur den Bau von 21 Exemplaren bewilligt.

Besondere Schutzmaßnahmen für US-Diplomaten in Libanon

Terrordrohungen nach US-Veto gegen Verurteilung Israels

DW. New York

Mit dem Veto der USA ist im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine von Libanon eingebrachte Resolution verhindert worden, in der Israel wegen des Vorgehens seiner Truppen in Südlibanon verurteilt werden sollte. Elf der 15 Mitglieder des Sicherheitsrats stimmten für die Entschließung, nur die US-Delegierte Jeane Kirkpatrick votierte dagegen. Großbritannien, Dänemark und Australien enthielten sich der Stimme.

In der jetzt gescheiterten Resolution sollten die jüngsten israelischen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung verurteilt werden. In dem Entwurf hieß es, diese Maßnahmen seien völkerrechtswidrig und ein Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1949.

Weiter sollte Israel aufgefordert werden, als Besatzungsmacht in Südlibanon von allen Repressalien gegen die Bevölkerung abzusehen und alle Beschränkungen und Hindernisse aufzuheben, die der Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der Region entgegenstehen.

Schon vor der Abstimmung im Sicherheitsrat hatten mehrere libanesische Schiiten-Gruppen angekündigt, im Fall eines amerikanischen Vetos wollten sie sich an den USA mit Terroranschlägen gegen US-Bürger und amerikanischen Einrichtungen in Libanon rächen. Die Washingtoner UN-Botschafterin verwies vor dem Sicherheitsrat auf diese Ankündigung und rief den Rat auf, solche Terrordrohungen zurückzuweisen, weil sonst kein Mitglied des Sicherheitsrats mehr vor Erpressungen und Einschüchterungen sicher sei.

Unterdessen sind der amerikanische Botschafter in Beirut, Reginald Bartholomew, und andere führende US-Diplomaten nach einem Bericht des US-Fernsehens an „sichere und geheime Orte" in Libanon gebracht worden. Damit solle Anschlägen fanatischer Libanesen vorgebeugt werden.

Das US-Außenministerium erklärte, die Sicherheit der amerikanischen Diplomaten in Libanon werde ständig neu überprüft. An eine Evakuierung sei derzeit nicht gedacht.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Früchte der Stabilität

Von Heinz Heck

Von den Steuerschätzern kommt eine frohe Botschaft aus München für die Wirtschaft und alle Bürger, die über die wachsende Abgabenlast stöhnen: Die Steuereinnahmen – vor allem die des Bundes – steigen nicht mehr so stark wie bislang vorausberechnet. Die trotz anhaltender Dollarhausse (und dadurch verteuerten Einfuhren) zunehmende Preisstabilität mindert also die heimlichen Steuererhöhungen bereits, bevor die Lohn- und Einkommensteuerreform 1986/88 hier zu einer ersten deutlichen Korrektur führt.

Für Bund, Länder und Gemeinden ist die Nachricht naturgemäß weniger erfreulich. In den letzten Jahren hatten sich unsere öffentlichen Hände selbst bei wirtschaftlicher Stagnation munter sprudelnder Einnahmen erfreut. Die von Finanzminister Stoltenberg maßgeblich unterstützte Stabilitätspolitik der Bundesbank löst Stockungen aus.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich für einen auf Einnahmen bedachten Finanzminister eine ständige Versuchung, die Stabilitätspolitik *nicht „so eng zu sehen"*. Umso verdienstvoller ist die Beharrlichkeit Stoltenbergs, die ihm gerade in den Wahlkampfzeiten der nächsten Jahre und bei fortschreitender Haushaltskonsolidierung auch Kritik aus den eigenen Reihen bescheren dürfte.

Die Erfolge an der Stabilitätsfront dürften auch dazu führen, daß der Entlastungseffekt der Steuerreform – zumindest scheinbar – etwas geringer ausfällt, als bisher (mit insgesamt 20,2 Milliarden Mark) beziffert. Denn Steuerschätzungen gehen *immer von bestimmten Annahmen – unter anderem zur Preisentwicklung* – aus. Bleibt die tatsächliche Entwicklung dahinter zurück, erfüllen sich die Erwartungen nicht. So wie dies bei den gestrigen Ergebnissen sichtbar wurde, so schlägt es sich auch bei den aus der Steuerreform resultierenden Einnahmeausfällen nieder.

Im Klartext: Wenn nominale Zuwachsraten kleiner ausfallen, sind auch die Steuerentlastungen niedriger. Daraus darf nicht auf materielle Abstriche geschlossen werden, obwohl mit solchen Interpretationen – erst recht *in heißen Wahlkampfphasen* – zu rechnen ist.

Seltsames über Berlin

Von Ernst Cramer

Als Thema der Sendung des Dritten Programms der Nordkette stand lakonisch „Beziehung Berlin–USA" im Programm. Es gab viele Köche, die diesen Brei anrührten.

Chefkoch, Moderator genannt, war ein in Washington akkreditierter Kritiker des US-Präsidenten und der NATO-Nachrüstung. Ihm wurde von einem anwesenden Ostberliner Schriftsteller, der drüben nicht mehr zu den Lieblingen des Regimes gehört, bescheinigt, er habe sich in der „Hauptstadt der DDR" als Korrespondent sehr bewährt.

Für die Zutaten war ein Schriftsteller aus dem Westen der Stadt zuständig; dessen Kompetenz und Objektivität waren durch folgende Äußerung von vornherein garantiert: „Nur wenn die Vereinigten Staaten sich in Westeuropa desengagieren, entsteht die Voraussetzung, daß die Sowjetunion ihre Kontrolle über Osteuropa lockert."

Die Würzen wurden von einem jungen Politologen der Bostoner Universität beigetragen. Nach dessen Meinung ist West-Berlin deshalb so interessant, weil es da die „Kommune eins" gebe, die Studentenrevolte noch weiterwirke und die „Alternativen" eine neue Zukunftschance böten.

Ein gerade pensionierter amerikanischer Diplomat und ein deutscher Universitätsprofessor versuchten, gelegentlich erstaunlicherweise von dem Mann aus Ost-Berlin sekundiert, die Diskussion einigermaßen objektiv zu gestalten; vor allem auch darzulegen, wie hoch Berlin in der Wertskala des Durchschnittsamerikaners liegt. Ihr Erfolg blieb gering.

Das Fazit der Veranstaltung war, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Hirngespinste über Revitalisierung durch Einladung an internationale Gremien wurden ausgebreitet; *was man dem Osten dafür anbieten müsse*, wurde gefragt.

Wenn aber der Exdiplomat oder der deutsche Professor ein *paar gute Seiten von West-Berlin hervorkehren wollten*, wurde das mit mitleidigem Lächeln quittiert. Daß das freie, von Amerika geschützte Berlin nach wie vor für Millionen Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich ein unverzichtbarer Hoffnungsstrahl ist, diese Feststellung wurde in dieser Klarheit nicht gemacht.

Die Ostberliner Desinformationsabteilung hätte es nicht besser machen können, wäre sie am Regiepult gestanden.

Zu akademisch?

Von Eberhard Nitschke

Wer blinden Aktionismus einer soliden Forschungsbasis bei der Bekämpfung des Waldsterbens vorzieht, mag die Lektüre des Zweihundert-Seiten-Berichts „Ursachenforschung zu Waldschäden" nicht als Fortschritt empfinden. *Ansonsten* aber kann Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber sehr gelassen den Angriff ertragen, den für die Opposition der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Volker Hauff vortrug. Für ihn sind in dem Bericht offenbar nicht genug Krimi-Partikel – er ist ihm „zu akademisch", es wird ihm nicht genug „politischer Aufbruch gewagt".

Es ist wahr: Die Bundesregierung bedient sich bei der Bekämpfung einer Krankheit nicht des Doktors Eisenbart, bei dessen Vorführungen das Volk applaudieren durfte, sondern *der Fachärzte, die den Rummel hassen und sich auf Symptome* konzentrieren. So gesehen sind die Berichte zur Lage, die da vorgelegt werden, über Passagen den jeweils vorhergehenden ähnlich; sie sind leise und werden laut oder bestimmt nur da, wo unwiderlegliche Erkenntnisse erzielt wurden.

Riesenhuber kann also einen solchen Bericht, auch wenn er nun in großer Auflage ins Land hinausgeht und zur Grundlage künftiger Gesetzesarbeit gemacht wird, nicht durch einen kühnen Waschzettel zum Bestseller machen. Seine Anmerkungen zum Werk sind von jenem vorsichtigen Optimismus getragen, der ihm als gelerntem Wissenschaftler vertretbar erscheint. Für den Waldspaziergänger, der eine braune Tanne sieht, mag die Erkenntnis nicht viel bedeuten, daß zwei Wirkungswege diesen beklagenswerten Zustand herbeiführen. Für ihn sind Begriffe wie Photooxidantien oder Stickstoffoxide, auch wenn sie in der Debatte immer wiederkehren, möglicherweise nur Gelehrtengerede, was ihm niemand übel nehmen kann.

Dennoch hat der „politische Aufbruch" in Sachen Waldsterben, nach dem die Opposition sich sehnt, schon lange stattgefunden. Ihn führen allerdings nicht Populisten an, und es wird dabei auch nicht auf die Pauke gehauen. Da kann man so ein Ereignis schon verschlafen.



ZEICHNUNG: BROOKINS / RICHMOND TIMES DISPATCH

Der Blick über das Grab

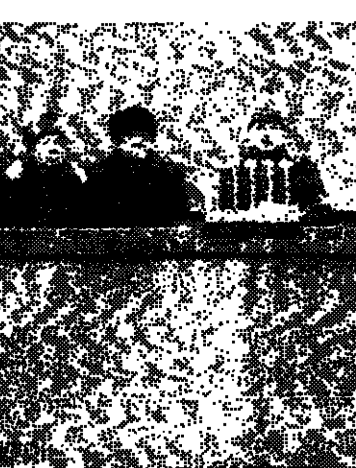
Von Herbert Kremp

Er sieht aus wie ein Rechner, und er spricht auch so. Michail Gorbatschow hielt am Grabe seines Vorgängers eine Rede, die sich von den Abschiedsworten Andropows und Tschernenkos in wichtigen Punkten unterscheidet. Wie überall in der kommunistischen Welt ist die Grabrede des neu bestimmten Generalsekretärs der Partei dessen erste öffentliche Bekundung. Sie enthält die Hauptakzente des Regierungsprogramms, wie es vorher im Politbüro festgelegt wurde – natürlich unter dem Einfluß des neuen Mannes, der sich in dem für Ein-Parteiensysteme typischen Machtkampf durchgesetzt hat. Gorbatschow sprach kürzer als seine Vorgänger am selben Platz. Die Äußerungen klangen lakonisch, kühl, kurz angebunden. Sie enthielten Ankündigungen, die man *als Drohungen deuten kann*. Drohungen nicht nach außen, sondern nach innen.

Das banale Bild vom neuen Besen, der gut kehre, stellt sich ein. Gorbatschow nahm die Verbindlichkeit des Leichenbegängnisses, *er nahm die Kulisse der einhundert* ausländischen Delegationen zum Anlaß, die Passivität in Gesellschaft und Arbeitswelt, das Parasitentum und die Phrasendrescherei anzuprangern. So hat, wenn man die Texte vergleicht, bis jetzt noch keiner über die Leiche hinweg geredet. Da muß es vorher lebhafte Debatten gegeben haben. Wenige Sätze weiter knallte die Peitsche das zweite Mal: Es müsse sorgsam gearbeitet werden, sagte Gorbatschow sinngemäß. Bekannt sind *die Ziele der höheren Produktqualität*, die Einführung neuer Technologien, das Knausern mit jeder Minute Arbeitszeit, jeder Tonne Rohmaterial und jedem Rubel. Das ist sehr viel auf einmal. Realisiert, wäre es das Ende des bisherigen sowjetischen Systems.

In die Gesichter der Männer, die links und rechts von dem glattwangigen Gorbatschow standen, haben sich die Runen der Kämpfe und der Enttäuschungen eingegraben. Der Neue in ihrer Mitte ist ihre Kreszenz, *ihr Erziehungsprodukt*. Er soll noch einmal und mit frischen Kräften versuchen, das System in Trab zu bringen – auf der Bahn der sakrosankten, aber morastigen „Grundsätze der sozialistischen Wirtschaft", der bewegungshindernden Ideologie. Eine Illusion, zu glauben, Gorbatschow würde auch nur um einen Millimeter von dieser großen Bremse gehen, in der die parteiliche Lehrmeinung immer noch den Gashebel der Geschichte erblickt. Gorbatschow erwähnt in seiner Rede die Mittel der Ordnung, Organisation und *Disziplin*, den Patriotismus, die Askese und den Atheismus, als lasse sich über diese Schrauben des repressiven Regimes das Tempo, die Moderne, die Lust an der Leistung herbeimechanisieren. Gorbatschow – ein Technokrat?

Viele im Westen glauben das. Viele winden ihm den Kranz aus Vorschußlorbeeren. Da ist ja endlich der „junge Mann". Und ein junger Mann gilt im Westen per se als pragmatisch, als aufgeschlossen, als ideologisch unbehaust. Teile seiner Rede scheinen dies zu bestätigen. Vor allem in den Absätzen zur Außenpolitik gibt sich Gorbatschow gemäßigt. Andropow hatte am Grabe von Breschnew erklärt, die Kräfte des Imperialismus suchten die Völker auf den Weg der Feindschaft und militärischen Konfrontation zu drängen. Tschernenko hatte am Grabe Andropows erklärt, die Sowjetunion werde gegen die Anschläge des Imperialismus Front machen. Gorbatschow sagt am Grabe Tschernenkos nichts dergleichen. Er enthält sich jeden Ausfalls und spricht von Koexistenz. Auf der Tribüne der Gäste vor dem Lenin-Mausoleum und auf die Beobachter und Zuschauer im Westen macht diese Enthaltsamkeit sofort und ungeprüft einen tiefen Eindruck. Gorbatschow – ein Mann des Friedens?



Das Überkommene halten und mehren: Gorbatschow bei der Totenrede auf der Kremlmauer FOTO: AP

Die Welt will betrogen werden, weil dies ihre Befindlichkeit für einen Moment verbessert. In Wahrheit tritt Gorbatschow in die weltpolitische Lage seiner Vorgänger ein. Nichts hat sich geändert. Die Sowjetunion hat globale strategische Interessen. Ein Rechner wie Gorbatschow weiß, daß sie diese nur mit Macht und Machtanwendung verfolgen kann. Die Sowjetunion kämpft in Afghanistan, sie *unterstützt Nicaragua, sie ist der* Pate Mengistus, die PLO ist ihre Klientel. Die Sowjetunion verfügt über die kopfstärkste Raketenmacht der Erde, die Flotte ankert in Vietnam, die Armee hält halb Europa besetzt. Die Sowjetunion fühlt *sich von jedem bedroht, der sich* nicht für unterlegen erklärt, der ihre Landkarten anzweifelt und ihrer Geschichtsschreibung die Reverenz verweigert. Sie huldigt dem Territorial-Prinzip: zu bleiben, wohin der Stiefel tritt. Sie weiß, daß *von deutschem Boden kein Krieg* mehr ausgehen kann, ermuntert aber zum Aufsagen. Das ist die Sowjetunion, und das ist Gorbatschow. Michail Gorbatschow – der Exponent seines Systems.

Er *könnte auch nichts* anderes sein. Der erste Führer der sowjetischen Nachkriegsgeneration trägt die Verantwortung für die Summe des Erreichten. Er hat nach dem Verständnis der Sowjetmacht die „vaterländische" und die leninistische Pflicht, das Überkommene zu erhalten und zu mehren. In Genf und in Kabul. Charakterlich ein Anti-Chruschtschow, ein rationaler Kopf, der nicht daran dächte, in der UNO den Schuh auszuziehen, verfolgt er die alten Ziele mit neuen Mitteln, zu denen der nomenklatura-ferne Charme gehört. Er ist ein Politiker. Er weiß, daß er die Korruption bekämpfen und die Generäle niederhalten muß. Er weiß, daß die Aneignung und die Anwendungen der Technologie wichtiger sind als die gebauten Raketen. Er beschäftigt sich mit der Macht der Sowjetunion im Jahre 2000, das in der Reichweite seiner politischen Lebenserwartung liegt. Das ist es, was wir von Michail Gorbatschow zu erwarten haben.

IM GESPRÄCH Jake Garn

Senator nach oben

Von Fritz Wirth

Jeder Politiker will hoch hinaus. Niemand jedoch hat dies so wörtlich genommen wie ein bis dahin in der Welt relativ *unbekannter*, fast glatzköpfiger 53jähriger Senator aus Utah namens Jake Garn. Er will sich als erster Politiker in den Weltraum schießen lassen.

Seinen Ehrgeiz stellte *er am* 12. Mai 1981 auf die Startrampe. Der Republikaner Garn ist Vorsitzender jenes Unterausschusses im Senat, der für das Budget der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa zuständig ist. An jenem 12. Mai begann Garn die Senatsanhörung des Nasa-Chefadministrators Alan Lovelace mit der Frage: „Wann hat der Vorsitzende dieses Unterausschusses die Chance, in einer Weltraumfähre mitgenommen zu werden?"

Lovelace, der für seine Nasa stets Geld braucht und nicht zu jenen Leuten gehört, die sich ihre eigenen Brieftaschen zunähen, antwortete spontan: „Wann immer Sie es wünschen, Senator."

Im Herbst des letzten Jahres begann *Garn mit dem Training, im* Dezember sollte er mit der Fähre „Challenger" nebst zwei Fernmeldesatelliten ins All geschossen werden, und die Amerikaner schauten ehrfürchtig *und neidvoll zugleich auf den mutigsten* Mann im Kongreß.

Inzwischen ist die Ehrfurcht leichter Lächerlichkeit gewichen, denn bis heute ist dieser Senkrechtstart des *Mannes* aus Utah siebenmal verschoben worden. Man wechselte inzwischen sogar das Fahrzeug von einer „Challenger"- zu einer „Discovery"-Fähre, weil die erste technische Mängel aufwies. Die „Discovery" sollte ihm am 28. März 65mal um die Erde tragen. Am letzten Wochenende brach während der Vorbereitungsarbeiten jedoch ein Baugerüst zusammen und beschädigte einige Einrichtungen an der „Discovery". Der neue Starttermin soll Anfang April sein.

Je länger Garn wartet, desto bissiger wird der Spott. Man fragt immer öfter, was denn der Senator dort oben eigentlich Sinnvolles zu suchen und zu tun habe. Schon wird der Flug „Super-Junket" genannt. Ein Junket ist im amerikanischen Sprachgebrauch ein „Spesenritt". Das brachte den Robin Hood der amerikanischen Verbraucher, Ralph Nader, auf den Plan, der prompt Garn aufforderte, gefälligst das Gehalt von jenen hundert verlorenen Senatoren-Dienststunden zurückzuzahlen, die er bisher für das Weltraumtraining verbracht hatte.



Die Gattin ist auch gegen den Raumflug: Garn FOTO: CAMERA PRESS

Das wiederum veranlaßte die Weltraumbehörde Nasa, *der Reise* des Senators einen Sinn zu geben. Da feststeht, daß Garn von der Weltraumübelkeit heimgesucht werden wird, machte man ihn zum Versuchskaninchen zur Untersuchung der Weltraumkrankheit. Daraufhin taufte der Karikaturist Trudeau die Weltraumfähre „Discovery" *in einen* „Kotz-Kometen" um.

Dabei ist der *Spott* über Garn kaum gerechtfertigt, denn es gibt außer Senator John Glenn, der den umgekehrten Weg wie Garn wählte und nach dem Schuß ins All politische Karriere bei der Demokratischen Partei machte, keinen Mann im Kongreß, der für diesen Flug geeigneter wäre. Garn ist ein ehemaliger Oberst der amerikanischen Luftwaffe und hat als Pilot bereits mehr als zehntausend Flugstunden hinter sich. Er ist fitter als jeder andere Senator und legt seit Jahren ein wöchentliches Lauftraining von fünfzig Kilometern zurück.

Zu den Kritikern seines Weltraum-Abenteuers gehört im übrigen seine Frau. Garn tröstet sich selbst mit der Versicherung über ihre Sorgen hinweg: „Wenn etwas schiefgehen sollte, so weiß sie, daß ich mit einem Lächeln im Gesicht sterben werde."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Mit der Ernennung Gorbatschows zum neuen sowjetischen Parteichef wird sich nach Auffassung des New Yorker Blattes nichts Wesentliches an der Politik Moskaus ändern:

Heute sitzen sie wieder am Tisch, in der Hoffnung, Ronald Reagans Strategische Verteidigungsinitiative zu blockieren. Diesmal werden die Westeuropäer mit sowjetischen Versprechungen neuer Rüstungszugeständnisse umschmeichelt, wenn sie nur dabei *mittun, Herrn Reagan* vom Wahnsinn der nuklearen Verteidigung zu überzeugen. Kurz gesagt, Herr Gorbatschow setzt die langfristige sowjetische Strategie fort, zu versuchen, einen Keil zwischen die USA und ihre westlichen Verbündeten zu treiben.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt kommentiert das WDR-Gesetz:

Daß darüber hinaus nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir" der WDR nun künftig auch in den Pressemarkt *vorstoßen darf, ist eine Verhöhnung* der von Rau oft versprochenen Chancengleichheit von privaten Medienanbietern gegenüber dem WDR. So vor unliebsamer Konkurrenz von außen weitestgehend wirtschaftlich abgeschirmt, wird der um 20 Personen erweiterte Rundfunkrat zweifelsohne bald dafür sorgen, die sozialdemokratische Hausmacht im Kölner Hochhaus auch intern zu sichern. Dennoch erscheint es fraglich, ob es den NRW-Genossen mit diesem machtverfestigenden Medienpaket gelingen wird, die private Konkurrenz mundtot zu machen. Auch beim Angebot der *neuen* Medien dürften sich *marktwirtschaftliche* Gesichtspunkte letztlich durchsetzen. Daß die SPD davor Angst hat, zeigt dieses durchgepeitschte Gesetz, das den mündigen *Bürger an Radio und Fernseher wohl* eher fürchtet, als ihm diese Mündigkeit durch objektive Beiträge erst zu ermöglichen.

Lübecker Nachrichten

Zum Streit über ein Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge meint die Zeitung:

Politisch mag ein solches Gesetz wünschbar sein. Ob es aber der Rechtssystematik entspricht, ist eine andere Frage. Demokratien sind Strafvorschriften, die aus politischen Gründen erlassen werden, wesensfremd. Diejenigen, die die Massenvernichtungen von Juden durch die Nazis noch immer leugnen, sind eine kleine verbohrte Minderheit. Die Frage erhebt sich, ob verbohrte Dummheit strafbar sein kann. Mit solchen Leuten sollte die Gesellschaft auch ohne Strafgesetz fertig werden.

Die Waffengleichheit gerät aus dem Lot

Aussperrung wird allmählich zur Ausnahme / Von Peter Gillies

Regel und Ausnahme sind Prinzipien, deren Vermengelung nicht nur in der Umgangssprache üblich ist. Wenn jemand behauptet, er sei „grundsätzlich" für etwas, will er damit oft nur tarnen, daß er in Wahrheit dagegen ist, die Regel bejahe, sich aber im vorliegenden Fall für die Ausnahme entscheide. Juristen verfahren nicht anders. Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt die Aussperrung in der Druckindustrie 1978 als rechtswidrig bezeichnet; es fügte aber hinzu, „grundsätzlich" hätten die Arbeitgeber nach wie vor das Recht auf eine sogenannte Abwehraussperrung.

Die als Regel camouflierte Ausnahme prägt schon seit Jahren das deutsche Arbeitskampfrecht. Die vorstoßende Taktik der Gewerkschaften, das Defensivverhalten der Arbeitgeber, die Untätigkeit des Gesetzgebers und die Wandlungen der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit haben nahezu lautlos die Kampfparität der Tarifparteien aus dem Lot gebracht. Wird dieser Kurs fortgesetzt, ist der Zeitpunkt absehbar, an dem die Gewerkschaften nahezu risikolos nach Belieben Arbeitskämpfe vom Zaun brechen und so das wirtschaftliche Geschehen diktieren könnten.

Streik und Aussperrung sind in der Verfassung nicht erwähnt, sondern werden nur aus der Koalitionsfreiheit des Artikels 9 abgeleitet. Dem von der Rechtsprechung formulierten Streikrecht Mitte der fünfziger Jahre folgte später in Schritten die Aussperrung. Sie steht in der Logik der Kampfparität: Keine Seite soll *die andere* risikolos niederringen können. Hinzu kamen weitere Maßstäbe: Gekämpft werden darf nur um Tarifverträge (nicht um Politik), der Streik sei nur letztes Mittel („Ultima-ratio-Prinzip"), keine Seite darf das Übermaßverbot verletzen.

Recht und Praxis früherer Arbeitskämpfe fanden letztlich im Konsens statt. Das hat sich geändert. 1973 inszenierte das Gewerkschaftslager eine Kampagne gegen die Aussperrung, die es nicht als Gegenwaffe zum Streik, sondern als unternehmerische Willkür bezeichnete. Mit Zeitverzögerung wurden auch die Gerichte davon beeindruckt. Die aus dem Lot geratene Waffengleichheit von heute entstand *durch die Ausweitung* des Streikrechts und die Einschränkung der Aussperrung. Die gewerkschaftlichen Waffen wurden schärfer und gefährlicher, die der *Arbeitgeber schartiger*.

Auf dem juristischen und personellen Marsch durch die Gerichte gelang es den Gewerkschaften, die Gegenwaffe der Aussperrung weiter abzustumpfen. *Gerichte stellten* eine Arithmetik auf, nach der die Unternehmen nur bestimmte Quoten aussperren durften. Lasse die Gewerkschaft die Hälfte der *Arbeitnehmer streiken, dürften die* Unternehmen sogar niemand mehr aussperren. Diese Quotierung entbehrte seit je der juristischen, noch mehr der wirtschaftlichen Logik, weil sie der arbeitsteiligen Wirtschaft widerspricht.

Die Wirklichkeit – einige tausend Gewerkschaftler in Schlüsselbetrieben legen erst eine Branche, dann die ganze Wirtschaft lahm – kommt in dieser buchhalterhaften Arbeitskampf-Philosophie nicht vor. Einen weiteren Sieg errangen die Gewerkschaften mit dem Warnstreik-Urteil. Das Bundesarbeitsgericht erklärte die Warnstreiks (die IG Metall nannte sie „neue Beweglichkeit") auch während laufender Tarifverhandlungen für zulässig. Die Arbeitgeber, gegen diese Nadelstich-Taktik machtlos, sahen mit Sorge, daß das BAG sogar das Ultima-ratio-Prinzip in Frage stellte.

Im Arbeitskampf 1985 hatte der Streik von nur 13 000 Arbeitnehmern in Nordwürttemberg-Nordbaden praktisch die gesamte Automobilindustrie lahmgelegt. Die Arbeitgeber *vermochten sich nur un*zureichend zu wehren und wurden auch von der Politik unterderhand zur Mäßigung ermahnt, obgleich Legitimation und Vernunft des Streiks um die 35-Stunden-Woche alles anderes als zwingend waren.

Der bedeutendste Coup gelang den Gewerkschaften jedoch vor den Sozialgerichten. Dort stand der Franke-Erlaß, wonach die Bundesanstalt für Arbeit wegen ihrer Neutralität bei Streiks kein Kurzarbeitergeld an mittelbar Betroffene zahlen durfte, auf dem Prüfstand. Die Sozialrichter wiesen mit dem Daumen nach unten. Damit bekam die Gewerkschaft den Zugriff in die Kasse der Bundesanstalt. Die Beiträge von Unternehmern, Arbeitnehmern und Steuerzahlern dienen als Streikkasse der Gewerkschaften. Nach dem rechtlichen Risiko konnten sie erfolgreich auch ihr finanzielles verringern.

Ein schüchterner Versuch von 150 Bundestagsabgeordneten, wenigstens für die Nürnberger Kasse wieder strikte Neutralität herzustellen, droht steckenzubleiben. Der *entsprechende Aufschrei von* DGB-Chef Ernst Breit kauft der Koalition den Schneid ab. Schließlich möchte man von den Gewerkschaften wenigstens ein bißchen geliebt werden. Vielleicht war die Zurückhaltung des Staates im Arbeitskampfrecht einst geboten. Heute ist sie es nicht mehr. Die verlorene Waffengleichheit muß ihn in höchstem Maße beunruhigen.



Konstantin Tschernenko an der Kreml-Mauer beigesetzt – Kann Gorbatschow dem sowjetischen Koloß eine andere Richtung geben?

An Gorbatschows Aufgabe scheiterten schon die Zaren

Von CARL G. STRÖHM

Seit Stalins Tod ist noch jeder Nachfolger an der Spitze der sowjetischen Partei von der Außenwelt (und manchmal auch von den Sowjetbürgern) als Hoffnungsträger einer besseren Zukunft begrüßt worden. Das galt für Nikita Chruschtschow ebenso wie für Leonid Breschnew, es galt sogar für den zum Parteichef aufgestiegenen KGB-Chef Jurij Andropow.

Auch der bereits todkranke Tschernenko wurde vor 13 Monaten gleichfalls gelobt – als bedächtiger Mann, der die Sowjetunion gegen den Widerstand gewisser Scharfmacher wieder an den Genfer Verhandlungstisch führen werde. Wird es eines Tages auch Michail Gorbatschows Schicksal sein, ganz woanders zu enden als dort, wo er begonnen hat oder wohin er ursprünglich gehen wollte?

Ein prominenter russischer Dissident meinte einmal, sogar der Heilige Franz von Assisi würde, sollte er durch ein Wunder zu irdischem Leben erweckt und zum Generalsekretär der KPdSU ernannt werden, nicht anders handeln können als die bisherigen Träger dieses Amtes. Vieles ist vorgegeben: Der Apparat mit seiner Geheimniskrämerei, die totalitäre Struktur der Partei, der jahrzentelang praktizierte Primat der Politik und Ideologie über die Wirtschaft und die Gesellschaft, das Streben nach ideologischer „Weltbeglückung" und – im Zusammenhang damit – nach militärischer Expansion.

Im Russischen Reich ließen sich schon zu Zeiten des Zaren Veränderungen nur mühsam verwirklichen. Das Beharrungsvermögen des unermeßlichen Landes war zu groß. Vieles, was im besten Willen und oft auch mit Klugheit in der Zentrale begonnen wurde, versandete auf dem Weg in die Provinzen und verkehrte sich in das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. Diese Situation hat sich im superzentralistischen Sowjetstaat und der sowjetischen Partei mit ihren versteinerten Strukturen noch verschärft.

Kann Gorbatschow, der Zögling des stalinistischen und dogmatischen Partei-Ideologen Suslow, der vom KGB-Chef Andropow geförderte Jung-Funktionär, das Wunder vollbringen, dieses bisher als nicht-reformierbar geltende System dennoch zu reformieren? Kann Gorbatschow, der Mann, der seit 1978 für die sowjetische Landwirtschaft (und damit für mehrere Mißernten) Verantwortung trug – ohne wie manch einer seiner Vorgänger auf dieser Position schweren Schaden zu nehmen oder zu scheitern, dem sowjetischen Koloß eine andere Richtung geben? Das Problembewußtsein ist bei ihm zweifellos vorhanden. Das zeigen seine Reden und öffentlichen Auftritte kurz vor und kurz nach seinem Machtantritt. Obwohl seine erste Rede vor dem ZK als Parteichef erwartungsgemäß keine Sensationen bringen konnte, ließen sich drei innenpolitische Akzente bei ihm deutlich ausmachen:

1. Er vertritt die These, daß grundlegende Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem und damit auch in der Gesellschaft notwendig sind.
2. Er propagiert eine größere Flexibilität des Systems.
3. Mehr noch als Andropow unterstreicht er die Notwendigkeit der Effizienz, an der es bisher am gesamten Sowjetsystem haperte.

Noch im Dezember 1984 hatte Gorbatschow in einer Rede vor politischen Funktionären erklärt, daß eine völlige Transformation des Wirtschaftssystems notwendig sei, wenn die Sowjetunion sich als Großmacht auch im 21. Jahrhundert behaupten wolle. Gorbatschow wörtlich: „Wir werden profunde Veränderungen in der Wirtschaft ... und in den gesellschaftlichen Beziehungen durchführen müssen ... Diesem Prozeß muß ein wahrhaft gesamtnationaler Charakter gegeben werden ... Nur eine intensive, hochentwickelte Wirtschaft kann die Konsolidierung der Position des Landes in der internationalen Arena gewährleisten und kann es dem Lande gestatten, in das neue Jahrtausend als eine Großmacht und als ein blühender Staat einzutreten."

Obwohl es sich hier um ein scheinbar innenpolitisches Programm handelt, läßt sich indirekt bei Gorbatschow so etwas wie eine Kritik an der bisherigen Außen- und Weltpolitik der Sowjetunion herauslesen. Denn bisher war es – seit Breschnews Zeiten – das Programm des Kreml, inneren Reformen durch eine expansive Haltung nach außen und durch massive Aufrüstung zu entgehen.

Während Gorbatschow klar zu erkennen scheint, daß eine Weltmacht am Ende des 20. Jahrhunderts nicht in erster Linie an ihren Waffensystemen und Raketen, sondern an ihrer ökonomischen Effizienz und sozialen Attraktivität gemessen wird, gibt es in der sowjetischen Führung immer noch starke Kräfte, die den Begriff „Sowjetmacht" in erster Linie militärisch und ideologisch-parteipolitisch interpretieren und praktizieren.

Diese Erkenntnis Gorbatschows kommt nicht von ungefähr. Den jüngeren, geschulten Kräften in der Sowjetführung kann in den letzten Jahren nicht verborgen geblieben sein, daß das Wirtschaftswachstum der UdSSR rapide zurückgegangen ist, daß die Probleme einer hochspezialisierten Ökonomie im Zeitalter der technologischen Revolution sich immer mühsamer durch den zentralen Planapparat lösen lassen, daß ferner die Beziehungen der Sowjetunion zu ihren Vasallenstaaten und zur gesamten kommunistischen Weltbewegung sich in einer schweren Krise befinden – und daß innerhalb der UdSSR soziale und nationale Unzufriedenheit sich unter einer scheinbar bewegungslosen Oberfläche akkumuliert.

Die immer noch beachtliche militärische Oberhoheit in Osteuropa, die konventionelle Überlegenheit gegenüber der NATO, die Raketensilos – das alles droht zu einer toten Investition zu werden. Ebenso übrigens wie das sowjetische Engagement in der Dritten Welt.

Voraussetzung für diese Erkenntnis des neuen ersten Mannes in Moskau ist die erfolgreiche Politik Reagans und der USA. Durch die amerikanische Entschlossenheit und durch das amerikanische SDI-Programm im Weltraum wurden die Sowjets zum Einlenken, vielleicht sogar zu einer grundlegenden Überprüfung ihrer Positionen gezwungen. Die Frage ist nun: Kam Gorbatschow zu seinen Erkenntnissen, weil er die Folgen der amerikanischen Politik für die Sowjetunion richtig einschätzte – oder hatte er die Erkenntnisse schon vorher und gelangte an die Spitze, weil die Gegenpartei der „Eisenfresser" und „Hegemonisten" kürzlich in eine Sackgasse geraten ist?

Ein Machtwechsel im Kreml kann bei nüchterner Betrachtung kaum Anlaß zur Euphorie sein. Die Sowjetunion ist und bleibt auf lange Sicht für alle ihre Nachbarn ein ungemütlicher Partner. Immerhin sollte man aber auch die positiven Seiten sehen: Gorbatschow kommt aus einer Generation, die mit den furchtbaren Belastungen, Vorurteilen und den „Wolfsgesetzen" des Stalinismus und des Zweiten Weltkriegs nicht mehr direkt in Berührung gekommen ist. An seinen Händen klebt kein Blut. Er teilt offenbar auch nicht die Haß- und Angstgefühle der Älteren, die sich in Aggressivität und brutaler Härte zu entladen pflegten. Wenn er Zeit gewinnt und seine älteren Politbüro-Kollegen physisch und geistig zu überleben vermag, wenn er genug eigene Leute findet, um die großen Probleme anzupacken – dann könnte er als Reformer in die Geschichte seines Landes und der Welt eingehen.



Michail Gorbatschow: ein Zögling von Suslow und Andropow FOTO: CAMERA PRESS



Das letzte Geleit für Konstantin Tschernenko: Hinter dem Sarg der neue Parteichef Gorbatschow und Außenminister Gromyko FOTO: AP

Wegweisungen am Grab Tschernenkos

Von R.-M. BORNGÄSSER

In der Nacht war leichter Schnee gefallen, hatte die Kuppeln und Türme des Kreml weiß überpudert. Es ist kalt und feucht an diesem 13. März in Moskau, dem Tag, an dem Konstantin Tschernenko beigesetzt wird. Auf der steinernen Tribüne des Lenin-Mausoleums und auf dem Roten Platz stehen dichtgedrängt die Trauergäste. Staatsoberhäupter und Regierungschefs aus der ganzen Welt haben sich in Moskau versammelt: Vizepräsident Bush aus den USA, Margaret Thatcher aus Großbritannien, Bundeskanzler Kohl, der französische Präsident Mitterrand, Pertini aus Italien und auch PLO-Chef Arafat reisten in die Sowjet-Metropole.

Als der Zeiger der Kreml-Uhr am Erlöserturm auf 12.30 Uhr vorspringt, öffnen sich die Türen des Gewerkschaftshauses, wo der Leichnam des verstorbenen Staats- und Parteichefs aufgebahrt war, für Tschernenkos letzte Fahrt. Der Sarg, verhüllt in rote und schwarze Tücher, wird hinausgetragen, auf eine verhangene Geschützlafette gelegt, die von einem Schützenpanzer gezogen wird. Chopins Trauermarsch hebt an. Der Zug setzt sich in Bewegung. Wachsoldaten mit aufgepflanztem Bajonett begleiten im Stechschritt das Gefährt ins Mausoleum an der Kreml-Mauer.

Hier, unter den Blautannen, enden sie alle, die Sowjet-Größen: Kalinin und Swerdlow, der Reitergeneral Budjonny und auch Stalin liegen hier begraben. Und hier findet auch der glücklose Führer Konstantin Tschernenko, der nur ein Jahr der mächtigste Mann in der Sowjetunion war, der Mann ohne Charisma, seine letzte Ruhestätte.

Der Menschenstrom der Auserwählten, Militär und hohe Funktionäre, zieht langsam von den Alexandergärten bis hoch zur Basilius-Kathedrale. Die Moskauer Bevölkerung darf an diesem Trauer-Zeremoniell nicht teilhaben, nicht einmal als Zaungäste. Seit 48 Stunden ist der Stadtkern abgeriegelt. Milizsoldaten patroullieren an den Barrieren. Vor dem Leichengefährt wird ein übergroßes Porträt Tschernenkos gleich einer Ikone von einem Offizier vorangetragen. Hinter dem Wagen folgt die Familie des Toten. In der Mitte Anna Dimitrijewa, seine Frau, gestützt von ihrem Sohn. Dann der Bruder, ein General der Sowjetarmee und die Schwester des Verstorbenen. Komitee-Mitglieder folgen.

Die verschiedenen Einheiten der Sowjetarmee in ihren grauen, schwarzen und olivfarbenen Uniformen bilden feste Inseln in diesem dunklen Menschenstrom. Der Zug geht am alten Nationalhotel vorbei über den Manegenplatz zum Roten Platz. Dort stehen die Kompanie-Blöcke der Armee, dahinter Delegierte aus dem ganzen Land, die Tschernenkos Foto auf Tafeln hochhalten. Tschernenko, der zeitlebens im Hintergrund blieb, der keinen Personenkult duldete, ihm wird im Tod ein prunkvolles Zeremoniell zuteil, das in seiner kultischen Starrheit fast barbarisch anmutet. Ein Aufmarsch, der vor aller Welt zeigt, daß das Individuum hier nichts gilt, nur die Masse stark macht.

Präzise wie ein Uhrwerk läuft dieses pompe funèbre ab: Punkt 13.00 Uhr hat der Zug das Lenin-Mausoleum erreicht. Hier auf der Balustrade tritt der neugewählte Parteichef Michail Gorbatschow ans Mikrophon, um die Trauerrede zu halten. Schon scharen sich um ihn die alten, neuen Männer der Führung: Regierungschef Tichonow, Außenminister Gromyko, Moskaus Statthalter Grischin und das Politbüro-Mitglied Tscherbitzki.

„Disziplin und Initiative" lautet die Parole

Kräftig und voll tönt die Rede des neuen Parteiführers über den Roten Platz, hallt wider von den Wänden der Kreml-Mauern. „Disziplin und Initiative" lauten seine neuen Parolen. „Wir werden alle fördern, die nicht mit Worten, sondern mit Taten und ehrlicher Arbeit zum Aufbau unserer Gesellschaft beitragen – wir sind auch gegen alles, was gegen die sozialistischen Normen verstößt." Seine Rede mündet in den Appell zur „Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft".

Grischin, der immerwährende Verlierer, tritt danach ans Rednerpult. Er preist den Toten, nennt ihn einen ruhmreichen Sohn, dessen Erbe man bewahren wolle. Aus Tschernenkos Heimat Krasnojarsk tritt eher schüchtern ein Bauer ans Mikrophon. „Auf Wiedersehen", ruft er dem Verstorbenen nach. Der Akademiepräsident und der Erste Sekretär des Komsomol-Verbandes folgen. Sie preisen den Toten. Der Sargdeckel wird abgenommen. Die Witwe nimmt Abschied von ihrem Mann. Die kleine bäuerliche Frau beugt sich über das Gesicht des Toten, küßt und herzt ihn, streicht immer wieder über sein Haar. Man muß sie von der Leiche wegziehen. Auch die Schwester nimmt bewegt Abschied. Dann wird der Sarg verschlossen und in die Gruft gelegt.

Der Staatsakt ist beendet. Und in diesem Augenblick erschrillen drei Minuten lang die Sirenen der Fabriken und der Schiffe auf der nahen Moskwa, und im ganzen gewaltigen Sowjetreich wird mit Böllerschüssen Salut gefeuert. Marschmusik klingt auf, packende Weisen, die ins Bein gehen. Hier symbolisieren sie die Rückkehr zur Normalität des Alltags. Die Armee marschiert.

Wo sonst das Herz Moskaus pulsiert, wo sich sonst die Menschenmassen drängen und vorwärtsschieben, hatte vor der Beisetzung Stille über weiten leeren Plätzen gelegen. Gitter, vor denen zahlreiche Miliz-Soldaten patroullierten, versperrten den Zugang zur Innenstadt.

Eine vieltausendköpfige Menschenschlange wand sich vom Puschkin-Platz bis ins Gewerkschaftshaus, das weißgrüne stuckverzierte einstige Adelspalais. Delegationen aus dem ganzen Land waren angereist, Abgesandte aus den Fabriken, Brigaden aus Verwaltungsämtern, Kadetten aus den Offiziersschulen, Aufseher von Kolchosen und zahlreiche Funktionäre. Sie wurden auserwählt und abkommandiert, dann geschlossen in Autobussen in die Stadt transportiert. Nicht das Volk nimmt Abschied von seinem obersten Parteichef, sondern die „Vertreter" des Volkes.

Die Schlange schob sich durch Vorhallen, Treppen hinauf, durch Säle. Rote Teppiche schluckten jedes Trittgeräusch. Junge Wachsoldaten in tadellos geschneiderten Uniformen standen in strammer Haltung auf jeder zweiten Treppenstufe. Funktionäre mit schwarzen Krawatten und rotschwarzen Armbinden wieselten eifrig umher. Die Männer gaben ihre Pelzmützen an der Garderobe ab. „Knöpfen sie den Mantel zu", befahl ein Offizier einem Trauergast. Schweigend zog der Zug durchs Treppenhaus. An den Wänden lehnten üppige Blumengebinde mit breiten Taftschleifen, davor ein Meer von Kränzen aus dem ganzen Land, ja, aus der ganzen Welt. Die Luft in diesem alten Palais war heiß und stickig.

Die gewaltigen Kronleuchter an der Decke waren mit schwarzem Trauerflor verhängt, verbreiteten gedämpftes Licht. In einer Ecke verdeckt spielte ein kleines Orchester gesetzte Chopin-Weisen, die feierlich stimmten. In einem Beet von Blumen, von roten und weißen Nelken, lag der Leichnam von Konstantin Tschernenko, in einen dunklen Straßenanzug gehüllt.

Ein Abschied mit strengem Protokoll

Sein Gesicht wirkte natürlich, die Züge entspannt, wie bei einem Schlafenden. Ein Hauch von Rosa breitete sich über sein Antlitz. Im Vordergrund, zu seinen Füßen, auf roten Kissen, wie ein Mosaik angelegt, die zahlreichen Ehren- und Ordenszeichen, die er zu Lebzeiten erhielt. Neben dem Toten rechts und links standen Wachsoldaten aus der Kreml-Garnison. Sie hielten in ihren weiß behandschuhten Händen Sturmgewehre mit aufgepflanztem Bajonett.

Hohe Offiziere dirigierten lautlos das Geschehen. Ein winziges Verweilen, einen Blick lang nur, war erlaubt. Protokoll bis zur Bahre. Die Schlange schob sich lautlos weiter. Hohe Polit-Funktionäre wurden durch Seiteneingänge zum Toten geleitet. Stumm, mit verschränkten Armen, erweisen sie ihm ihre Reverenz. Rechts vom Toten saßen die nahen Angehörigen. Die Frauen schwarz verhüllt, im Schmerz erstarrt wie Marmor-Statuetten. In der ersten Reihe die Witwe stumm, zerquält, eine leidende alte Frau. Manchmal trat ein Politbüro-Mitglied zu ihr, drückte ihr die Hand und küßte die Wangen.

Durch Hallen und Vorhallen wurde der Strom der Menschen wieder hinausdirigiert. Eisiger Wind fegte ihnen draußen ins Gesicht. Moskaus Himmel war trüb. Doch den Menschen, die hier harrten, schien die Kälte nichts auszumachen. Sie standen stoisch da – denn schon oft haben sie dieses Toten-Ritual in den letzten Jahren erlebt.

Das Gesetz über die „Auschwitz-Lüge" im Pro und Contra / Heute Debatte im Bundestag

Engelhard: Jüdischen Mitbürgern schuldig

Von STEFAN HEYDECK

In der Regierungskoalition zeichnete sich einen Tag vor der heutigen Bundestagsdebatte keine Einigung darüber ab, ob das Leugnen oder Billigen von nationalsozialistischen Gewalttaten („Auschwitz-Lüge") künftig unter Strafe gestellt wird. Auch bei einem neuerlichen Koalitionsgespräch konnten sich die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und FDP nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen. Ein weiteres Gespräch soll heute Mittag stattfinden. Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, war gestern bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem vorliegenden Gesetzesentwurf geblieben. Die Liberalen hielten dagegen an dem am Vortag von Bundesjustizminister Hans Engelhard vorgelegten Kompromiß fest, nach dem im Strafgesetzbuch-Paragraphen 194 der Tatbestand der Beleidigung zum Offizialdelikt erklärt werden soll.

Engelhard bekräftigte in einem WELT-Gespräch, daß die FDP daran festhalte, das Leugnen von NS-Verbrechen „schlechtweg unter Strafe zu stellen". Dies sei „wir sowohl unseren jüdischen Mitbürgern als auch dem Ausland, aber nicht zuletzt auch uns selbst gegenüber angesichts unserer jüngsten Vergangenheit schuldig". Es müsse verhindert werden, „daß jemand die historische Tatsache der Greueltaten der Nationalsozialisten an den Juden bestreitet". Hier könne „am besten mit den Mitteln des Strafrechts ein Riegel vorgeschoben werden". Der Minister wandte sich dagegen, dieses Problem „allein der politischen Auseinandersetzung" zu überlassen. Denn es werde „rein generationsbedingt in einigen Jahren niemanden mehr geben, der aus eigenem Erleben" über die NS-Verbrechen berichten können wird. Mit seinem Kompromiß würden Juden nicht mehr gezwungen sein, von sich aus einen Strafantrag stellen zu müssen. Dies sei ihnen nicht zuzumuten.

In dem Kompromiß ist nicht mehr vorgesehen, daß auch das Leugnen von Vertreibungsverbrechen an Deutschen unter Strafe gestellt werden soll. Dies mache auch „überhaupt keinen Sinn". Engelhard: „Wer hat denn je nach dem Krieg geleugnet, daß es auch schwerste Verbrechen an Deutschen gegeben hat?"

Sollte die CDU/CSU dem Vorschlag der FDP nicht folgen, wollen die Liberalen wieder auf den ursprünglichen Entwurf zurückgreifen. Bei der Abstimmung solle es dann keinen Fraktionszwang geben.

Nach CSU-Chef Franz-Josef Strauß hat jetzt auch der bayerische Kultusminister Hans Maier, der auch Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ist, den Gesetzentwurf als abwegig bezeichnet. Im „Münchner Merkur" meinte er, es sei „ein merkwürdiger Einfall, den Staatsanwalt zu mobilisieren, wo historische Tatsachen zur Debatte stehen". Es sei schwerer Schaden für das Ansehen der Deutschen zu befürchten, wenn am Ende einer Gerichtsverhandlung „dann Freispruch oder geringe Strafzumessung erfolgt". Dagegen richtete der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde Heinz Galinski an die Bundestagsfraktionen und die Bundesregierung erneut einen dringenden Appell, den Gesetzentwurf über die „Auschwitz-Lüge" endlich zu verabschieden. Auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker solle seinen moralischen Einfluß geltend machen, meinte Galinski gegenüber dpa. Als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Opposition, die einen Entschließungsantrag vorlegt hat, kritisierte Alfred Emmerlich die Haltung der Union als „unverantwortlich".

Waigel: Gefordert ist geistige Bewältigung

Von THEO WAIGEL

Es ist eine staatspolitische Aufgabe aller Demokraten und zudem eine christliche Pflicht christlicher Demokraten, allen Versuchen zur Leugnung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen und damit zur Wiederbelebung des Rassenhasses entgegenzutreten. Dies muß jedoch in erster Linie im Wege einer politischen und geistigen Auseinandersetzung erfolgen. Dies ist die Aufgabe der Politik, der Geschichtswissenschaft und der Unterrichtung und Aufklärung in den Schulen.

Die Einführung einer neuen Strafrechtsnorm ist dagegen äußerst problematisch. Im einzelnen habe ich folgende Bedenken dagegen:

– Es fehlt eine für die Gerichte praktikable Definition des Tatbestandes (was ist im Einzelfall Leugnung oder Verharmlosung).

– Es fehlt eine für die Gerichte praktikable Abgrenzung von nicht-strafwürdigem Verhalten (Stammtischgespräche, Polit-Witze).

– Es ergeben sich für die Gerichte enorme Beweisschwierigkeiten (Nachweis der Verbreitung objektiv falscher Geschichtsfakten wider besseres subjektives Wissen); Problematik bisheriger Verfahren.

– Es ergeben sich verfassungsrechtliche Probleme im Hinblick auf Artikel 5 Grundgesetz (Schutz der freien Äußerung auch von offensichtlich unsinnigen oder falschen Meinungen).

– Es besteht die Gefahr der Lächerlichmachung deutscher Gerichte (wenn Angeklagte wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden müssen).

– Es besteht die Gefahr einer Politisierung von Gerichtsverfahren (wie die RAF-Mitglieder könnten angeklagte Rechtsextremisten Auschwitz-Verfahren als öffentliches Propagandaforum benutzen).

Alle genannten Bedenken gelten im übrigen auch für die von der Union früher geforderte Einbeziehung der Leugnung oder Verharmlosung von Verbrechen im Rahmen des Vertreibungsprozesses.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß fast alle Kommentatoren der Tages- und Wochenzeitungen, unabhängig von ihrer politischen Richtung, sich nachdrücklich aus rechtspolitischen Erwägungen heraus gegen diesen Gesetzentwurf gewandt haben. Die Vergangenheit hat gezeigt, auch die Diskussion um die Verlängerung der Verjährung, daß Sondergesetze und Gerichtsverfahren die historische Bewältigung von Problemen nicht ersetzen können.

Man weist ja auch bei anderen rechtspolitischen Auseinandersetzungen immer wieder darauf hin, daß das Mittel des Strafrechts nicht ausreicht, um wichtige Rechtsgüter zu schützen. Bei der Diskussion um den besseren Schutz des werdenden Lebens, aber auch bei der Frage der Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst wird die geistige Auseinandersetzung zur Bewältigung dieser Probleme gefordert.

Es gehört zum Wesen unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie, straflos Unsinniges, Falsches und Törichtes behaupten zu können. Es ist auch nicht strafbar, wenn ein Angeklagter vor Gericht seine Tat leugnet. Man kann die Staatsform und diese Demokratie in Frage stellen, ohne daß dies strafbar ist.

Aus all diesen Gründen ist es notwendig und erforderlich, den Irrweg dieses Gesetzentwurfs zu beenden.

Theo Waigel ist der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn.

Schmude: Im Ausland droht großer Schaden

Von JÜRGEN SCHMUDE

Wir haben in Kürze den 8. Mai zu begehen, an dem von uns erwartet wird, daß wir uns zu unserer Vergangenheit und zu unserer Verantwortung für die Folgeentscheidungen stellen – Folgeentscheidungen heißt auch, daß nicht in einer den öffentlichen Frieden und das allgemeine Rechtsbewußtsein beeinträchtigenden Weise die verbrecherischen Geschehnisse geleugnet oder verharmlost werden können. Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion alles daran setzen, daß bis zu diesem 8. Mai die Abgeordneten des Deutschen Bundestags namentlich abstimmen können, ob das Leugnen des millionenfachen Mordes an Juden zum Offizialdelikt wird.

Die Bundesregierung und der Bundeskanzler selber haben durch ihr Verhalten die Erwartung geweckt, daß diese Änderung des Strafrechts wirklich vollzogen wird. Die immer dreistere und häufigere Leugnung des Massenmordes an Juden hat sich seit Ende der siebziger Jahre zu einem solchen Ärgernis entfaltet, daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Ich weiß, daß man in Israel seit langem erwartet, daß wir dieses Gesetz verabschieden; daß man seit langem erwartet, daß sich unser Staat verantwortlich fühlt für die Strafverfolgung solcher Störungen des öffentlichen Friedens.

Mein Amtsvorgänger Vogel und ich haben es uns als Bundesjustizminister nicht leicht gemacht, ehe wir den Gesetzentwurf eingebracht haben. Die Frage, ob wir den Streit über geschichtliche Ereignisse mit Hilfe von Staatsanwalt und Strafrichter schlichten wollen, hat uns lange beschäftigt. Deshalb gab es sorgfältige Klärungen und Überlegungen, gab es Befragungen der Justizverwaltungen, des Bundesgerichtshofs, des Generalbundesanwalts, Diskussionen in der damaligen Koalition. Aus alledem hat sich dieses Ergebnis, das jetzt vorliegt und vom amtierenden Bundesjustizminister wieder eingebracht wurde, als Initiative herauskristallisiert. Es ist sozusagen eine reife Entscheidung, die da ansteht. Sie muß nur noch getroffen werden.

Die bisherige gerichtliche Praxis bestärkt mich in meiner Überzeugung, daß die Anwendung des Gesetzes kein Problem bringen würde. Denn auf Antrag der Hinterbliebenen eines Opfers wird heute schon ein Strafverfahren durchgeführt, werden Strafurteile ausgesprochen. Wir meinen aber, daß man es nicht den Opfern oder deren Hinterbliebenen überlassen kann, durch einen eigenen Strafantrag ein Verfahren in Gang setzen zu müssen, in das sie dann hineingezogen, innerhalb dessen dann auch sie angegriffen werden. Es muß die Aufgabe des Staates, das heißt des Staatsanwalts sein, aktiv zu werden und für die Bestrafung zu sorgen. Der Völkermord an Juden ist hinreichend geklärt. Da gibt es eine feststehende Rechtsprechung ohne große Beweisnotwendigkeiten.

Wenn das Gesetz gegen die sogenannte „Auschwitz-Lüge" nicht zustande kommen sollte, wäre der außen-, aber auch der innenpolitische Schaden erheblich: Es ist schon mißlich, daß jüdische Gottesdienste bei uns wieder unter Polizeischutz stattfinden müssen. Wenn die Weigerung hinzukäme, schwerwiegendes Propagandaunrecht durch ein Strafgesetz zu normieren, dann wird die Verbitterung nicht ausbleiben. Im Ausland würde man das als Signal der Uneinsichtigkeit, der Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Geschichte verstehen, unsere Erklärungen zum 8. Mai mit anderen Augen sehen.

Jürgen Schmude ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Schily im Kreuzfeuer der Fraktion

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen im Bundestag halten es für „notwendig", mit inhaftierten *Terroristen* „Gespräche und politische Auseinandersetzungen zu suchen". Mit einer Drei-Punkte-Resolution stellte sich die Fraktion mit großer Mehrheit hinter einen entsprechenden Vorstoß ihrer Vorstandsmitglieder Antje Vollmer und Christa Nickels. In ihr sprechen die Grünen nicht mehr wie zuvor die beiden Frauen von „politischen Gefangenen", sondern von „politischen Gewalttaten". In einer vorausgegangenen, teilweise aggressiven Diskussion war Otto Schily massiv kritisiert worden. Er hatte sich am Freitag klar von der Initiative der beiden Frauen distanziert, die einen Brief an fünf Mitglieder der Roten Armee-Fraktion (RAF) geschrieben hatten.

Genauso wie zuvor der Bundesvorstand versuchten auch die Abgeordneten, mit massiver Kritik an führenden Politikern von CDU/CSU und FDP, die sie aufgrund der Initiative von Nickels und Vollmer zu einer eindeutigen Absage an den Terrorismus aufgefordert hatten, von dem eigentlichen Vorgang abzulenken. So sprachen sie von einem Bruch des Postgeheimnisses. Der Brief an die Terroristen sei bewußt kurz vor den Wahlen am letzten Sonntag in die Öffentlichkeit lanciert worden, um den Grünen zu schaden. In ihrer Resolution, die zunächst nicht vorgesehen war, bezeichneten sie Äußerungen von Unionspolitikern, nach denen die Grünen eine „Kumpanei mit Mördern" betrieben und es eine „geistige Verbindung zwischen grüner Politik und politisch motivierter Gewalt gebe", als „eine Unverschämtheit".

Einen weiteren Schwerpunkt der Debatte bildete der Streit darüber, wer sich wem gegenüber „unsolidarisch" gezeigt habe: Nickels und Vollmer, weil sie sich ohne Absprache an die Terroristen gewandt hatten, oder Schily, weil er deren Alleingang zurückgewiesen hatte. Vollmer warf Schily unter zustimmendem Geklopfe ihrer Kollegen vor, er habe mit seiner Reaktion „den Schwarzen Peter des RAF-Sympathisantentums an uns" weitergegeben. Sie fühlte sich von ihm „in die Kniekehle geschossen". Dirk Schneider beschuldigte ihn, den beiden Frauen „in den Rükkcken" gefallen zu sein.

Nickels verteidigte ihre Aufforderung an die Terroristen, den damaligen Hungerstreik aufzugeben damit, daß es bei einem Todesfall möglicherweise zu einer neuen „Welle der Gewalt" gekommen wäre. Sie und Vollmer seien der Meinung, daß alles zur Resozialisierung der Terroristen unternommen werden müsse.

Dem hielt Schily entgegen, daß die Inhaftierten ihren Hungerstreik sofort nach dem Mord an dem MTU-Manager Ernst Zimmermann von sich aus abgebrochen hätten. Joseph Fischer bezeichnete es als „absolut illusionär", an Terroristen herankommen zu können. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, „mit welchem Zynismus" sie auf derartige Versuche reagieren würden. Eine „Amnestiekampagne" wäre „unglaublich wichtig und sinnvoll". Voraussetzung müsse aber sein, daß die Terroristen ihre Gewaltaktionen beendeten. Es müsse den Grünen „darauf ankommen", daß es zu keiner „weiteren Solidarisierung der Gewalt" kommt. Wolfgang Ehmke meinte, man könne die RAF „nicht mit Kranken vergleichen". Am „schwerwiegendsten" sei, daß Vollmer und Nickels als Fraktionssprecherin und -geschäftsführerin geschrieben hätten: „Bei mir zu Hause sind sehr viele Leute verunsichert über diesen Brief."

Waltraud Schoppe versuchte das Vorgehen ihrer Kolleginnen mit „einer christlichen Motivation" zu rechtfertigen. Insgesamt betonten die Grünen ihr Eintreten für Gewaltfreiheit. Vollmer hatte zuvor eingeräumt: „Wir haben keine Lebenserfahrung im Zusammenhang mit der RAF."

In ihrer Resolution treten die Grünen dafür ein, „jede Chance" zu nutzen, um eine „Eskalation der Gewalt zu verhindern und der bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken, die weiterhin Menschen zu politischen Gewalttaten zu treiben droht". Behörden und Gesellschaft müßten „ein Konzept im Umgang mit diesen Gefangenen" entwickeln, das „nicht durch Isolierung und besondere Haftbedingungen das Vorhandensein politischer Gewalttaten zementiert". Konkrete Lösungsmöglichkeiten zeigen die Grünen allerdings nicht auf.

Ein Plädoyer für die Innere Führung

Der scheidende Wehrbeauftragte Berkhan legt seinen letzten Jahresbericht vor

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der in diesen Tagen nach zehnjähriger *Tätigkeit aus dem Amt* scheidende Wehrbeauftragte Karl-Wilhelm Berkhan hat nicht die Sorge, die Bundeswehr könnte bedingt durch die öffentlichen Diskussionen über die NATO, ihre Militärstrategie, die vorzeitige Zurruhesetzung von Berufsoffizieren des Truppendienstes oder die Belästigung der Bevölkerung durch Fluglärm in der Gesellschaft in die Isolierung geraten. Im Gegenteil vertritt Berkhan in seinem gestern veröffentlichten Jahresbericht 1984 die Ansicht, viel spreche dafür, daß die Bundeswehr in den Augen der Bevölkerung einen Eckpfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bilde und ihr Platz in der Gesellschaft nicht gefährdet sei.

Wie in jedem Jahr unterstrich Berkhan auch in seinem letzten Bericht die Bedeutung der ihm vom Gesetz übertragenen Aufgabe, über die Einhaltung der Grundrechte und der Grundsätze der Inneren Führung in den Streitkräften zu wachen. Es fällt aber auf, daß er darin nicht wie früher über Fälle von Untergebenen-Mißhandlung, Ungehorsam und Ähnliches berichtet, sondern sich dieses Mal auf die Menschenführung und ihre Wirkung auf die Wehrpflichtigen als Teil ihres zivilen Umfeldes konzentriert. Vielen Vorgesetzten sei nicht bewußt, betonte Berkhan, daß Fehler in der Menschenführung Rückwirkungen auf die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft hätten. Er erwähnt Fälle, in denen Vorgesetzte Wehrpflichtigen die Teilnahme an der Beerdigung nächster Verwandter und der Hochzeit des Bruders, bei der der Betreffende als Trauzeuge auftreten wollte, versagten und sogar meinten, einem Wehrpflichtigen die Verschiebung der eigenen Hochzeit zumuten zu können, weil erst ein später festgelegter Termin für einen Übungsplatzaufenthalt mit dem der Hochzeit kollidierte. Solche Ereignisse tragen nach Berkhans Worten dazu bei, daß Verwandte, *Freunde und Bekannte den Eindruck* gewönnen, in der Armee herrsche immer noch Kommißdenken sowie Engstirnigkeit und Herzlosigkeit. Auch kritisierte er Vorgesetzte, die glaubten, die Untergebenen seien beliebig für die *eigenen privaten* Interessen einzusetzen.

Neben solchen Schatten, die auf die Bundeswehr fallen, erwähnte Berkhan aber auch lichte Vorfälle, die ihn schließen ließen: „Gottlob gibt es viele Einheiten und Verbände, in denen Soldaten spüren und erfahren, was Innere Führung ausmacht." Besonders hob er dabei das Bemühen von Vorgesetzten hervor, arbeitslosen Soldaten die Suche nach einer Beschäftigung zu erleichtern. Er erwähnte einen Bataillonskommandeur, der regelmäßig im letzten Halbjahr der Dienstzeit der Soldaten im Zusammenwirken mit Arbeitsamt, Berufsförderungsdienst und der Sozialberatung ein Informationsseminar veranstaltet mit dem Ziel, die Soldaten zu bewegen, sich schon während der Dienstzeit um die Suche nach einem *Arbeitsplatz zu kümmern.*

Schon lange, bevor die Bundeswehr den Anteil der wehrübenden Reservisten zur Erhaltung ihrer Präsenz drastisch wird erhöhen müssen, warnte Berkhan vor unausweichlichen Risiken. Soll die „Reservistenkomponente qualitativ greifen", müsse sich die Truppe um die Reservisten kümmern, meinte der Wehrbeauftragte, sonst blieben sie die „Stiefkinder der Inneren Führung". Ähnlich müsse sich die Bundeswehr auf die neuen Aufgaben vorbereiten, die ihr mit der notwendigen Einberufung auch älterer Grundwehrdienstleistender entstünden. Die Vorbereitung der zumeist jüngeren Ausbilder auf die Behandlung solcher Untergebener müsse rechtzeitig beginnen.

Ein besonderes Augenmerk richtete Berkhan auch auf die politische Bildung der Soldaten. Im Zusammenhang mit der heftigen sicherheitspolitischen Debatte in der Öffentlichkeit meinte der Wehrbeauftragte, Offiziere hätten nicht das Sprachrohr der Regierung zu sein. Sie müßten zwar die offizielle Sicherheitspolitik sachlich und nüchtern darstellen können. Für erlaubt aber hält es Berkhan, daß sich ein Offizier auch zu Anderem „bekennt". Doch müsse er dies in maßvollem Ton tun, ohne Andersdenkende zu verletzen.

In Berlins SPD weiß nur die Linke, was sie will

„Wir machen es wie Oskar" / Richtungsstreit in der FDP

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Die Berliner Sozialdemokraten sind nach der „Enthauptung" ihrer gesamten Spitzenmannschaft auf der Suche nach einem neuen Halt. Aber nur die straff organisierte Linke weiß, was sie will: die personelle und ideologische Machtübernahme, nachdem fast 40 Jahre die SPD-Rechten den Ton angaben. In der FDP droht der vorhersehbare Streit, welche Richtung die Partei nun einschlagen soll, um 1989 ihren Rekordsieg aus eigener Kraft zu verteidigen: Hermann Oxfort sieht den FDP-Standort rechts, Parteichef Walter Rasch „links von der CDU". Das sagte er zur WELT.

Nach dem Absturz in 30-Prozent-Bereiche herrscht unter den Sozialdemokraten an der Spree zwar Stimmengewirr, aber Sprachlosigkeit. Dafür steht der alte Parteifuhrmann Harry Ristock als Beispiel: „Ich habe mir im Leben nicht vorstellen können, daß die altehrwürdige Berliner SPD zu einer Drittel-Partei herabsinken würde", seufzte er am Morgen nach dem Debakel.

Die Tränen von Hans Apel in der entscheidenden SPD-Sitzung am Montagmorgen, als er sein „Berlin Ade" verkündete, sind zwar getrocknet, aber nur der alte linke Parteiflügel rammte schon vor Wochen seine Pflöcke ein: „Die Devise der Linken lautet jetzt – wir machen's wie Oskar", sagt ein hochrangiger Sozialdemokrat über den Lafontaine-Stil, mit dem die Linke der traditionell rechten und früher als „CSU der Gesamtpartei" getadelten Berliner SPD ein neues *Design verleihen will.*

Als neuer Landesvorsitzender steht Herbert Wehners Schützling, Ex-Staatssekretär Jürgen Egert, bereit. Für die Führung der 48-Mann-Fraktion benannte die „Vereinigte Linke" *den Kreuzberger Kreis-Chef Walter* Momper. Dabei zog gerade er sich in der AL-Hochburg Kreuzberg, einst sicherer *50-Prozent-Rayon* der SPD, schwere Wunden zu: Zum dritten Mal seit 1979 verlor die SPD in diesem Ausländer- und Zuwanderer-Bezirk fast acht Prozent. Momper selbst behauptete seinen Wahlkreis nur mit dem minimalen Vorsprung von 1,2 Prozent gegenüber dem AL-Kandidaten (30,4 zu 29,2 Prozent).

Auf der Suche nach einem neuen Chef

Während die Linke „den völligen *Durchmarsch probt*" (ein rechter SPD-Politiker), verläuft die Debatte über die angestrebte „Reform an Haupt und Gliedern" in der altmodisch gewordenen SPD bei allen, die nicht links stehen, zwar „in gesitteten *Bahnen*", aber bislang ohne erkennbaren Effekt.

Die Debatte über den künftigen *Landeschef mutet leicht gespenstisch* an: Der „Neue" soll ein wenig Lafontaine, sehr berlinisch, wie Diepgen, von großer „*Anfaßbarkeit*", parteiintern unverbraucht und zwischen 30 und 40 Jahre alt sein. Dieser „everybody's darling" darf, natürlich, auch eine Frau sein: Eine, die für die Führung einer tatsächlich erneuerten SPD in Betracht käme, winkte schon ab: Ingrid Stahmer aus Hans Apels Team meldete den Partei-Oberen, sie könne sich nur mit Einverständnis der „Vereinigten Linken" bewerben.

Auch den in die Debatte geworfenen Namen von DGB-Chef Michael Pagels nimmt niemand so recht ernst. Er sei eine „Primadonna", heißt es über den bulligen, durchaus präsentablen Gewerkschaftler, der über intakte Drähte zu Wirtschaftssenator Elmar Pieroth verfügt. Ohnedies kleinmütige Sozialdemokraten fürchten zudem, mit Pagels unter die Kuratel des DGB zu gelangen.

„Auf acht Jahre Opposition einstellen"

Bislang zeichnete sich nur ab, wer *am kommenden Dienstag um die* SPD-Fraktionsführung kämpft: Außer Links-Bewerber Momper werden es *noch Ex-Senator Gerd Löffler und* mit Hans-Georg Lorenz einer der beiden einzigen SPD-Direktwahlkreissieger sein. Momper verspricht sich, wie er intern sagte, von einem „Chaos der Ideen" viel Inspiration für eine Partei, die für lange Zeit vom guten Geist des Erfolgs verlassen sein dürfte: „Wer jetzt antritt, muß sich auf weitere acht Jahre Opposition einrichten", lautet der Grundtenor einsichtsfähiger „Sozis".

Parlamentsvizepräsident Longolius, vor einem Jahr Apels Gegenkandidat, schlug eine Kandidatur als Fraktionschef endgültig ab. Ex-Senator Klaus Riebschläger, kraft Intelligenz und Dynamik der geborene Chef, hält sich klugerweise zurück.

Im Koalitionslager laufen viele CDU-Mitglieder angesichts der 105 198 FDP-Wähler mit grimmig zusammengebissenen Zähnen herum. „Mit den Erststimmen hätten wir die absolute Mehrheit von 50,2 Prozent gehabt, die FDP hat bei diesen Stimmen und in den Bezirken nochmals gegenüber 1981 eingebüßt", weisen CDU-Politiker nach. Dennoch besteht kaum ein Zweifel, daß die Liberalen der CDU einen dritten Senato*renposten abverlangen, wenn heute* die Koalitionsgespräche beginnen: „Natürlich gibt unser Ergebnis dies her", stellte FDP-Chef Walter Rasch in der Nacht zum Mittwoch im FDP-Landesausschuß fest. Zugleich bat er „herzlich", das Ergebnis „nicht in den Medien zu zerreden".

Aber der für die Berliner Liberalen *offenkundig unvermeidbare Streit ist* längst ausgebrochen: Seit Hermann Oxfort, den sich Diepgen und auch FDP-Chef *Bangemann wünschen,* seinen Hut in den Bürgermeister-Ring warf (WELT v. 12. 3.), scheiden *sich die Geister. Oxforts Feststellung,* die FDP könne bis 1989 in Berlin ihren Platz nur „rechts von der CDU" *suchen, widersprach Rasch* entschieden: „Für mich ist unser Standort eindeutig links von der CDU."

Geißler sieht Berlin-Modell als Erfolgsrezept

kie. **Bonn**

In einer Analyse der jüngsten Landtagswahlergebnisse hat CDU-Generalsekretär Geißler das „Berliner Modell" als das „Erfolgsrezept" für die CDU empfohlen. In Berlin sei es gelungen, die Verschmelzung der Union als einer „sozialen Volkspartei" und einer „modernen Volkspartei" erfolgreich darzustellen und damit die Partei als Hoffnungsträger zu etablieren. Das am Berliner Modell orientierte „integrierte Konzept" der CDU brachte er auf den Nenner: Neuansiedlung von Industrien und Technologie-Bereitschaft einerseits, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik andererseits.

Die Erfolge der FDP bei den Landtagswahlen findet der CDU-Generalsekretär „erfreulich", doch beklagt er den „Stimmenaustausch", der die FDP begünstigt und der CDU geschadet habe. Die CDU müsse Wähler zurückgewinnen, aber auch dort nach Zuspruch suchen, wo er ihr bisher verweigert worden sei. Bei der SPD sieht Geißler nach den Landtagswahlen „noch keine schlüssige Strategie". Wenn das Beispiel Lafontaine im Saarland – „Aufsaugen" der Grünen – bundesweit Schule mache, verliere die SPD ihren einzig derzeit möglichen Koalitionspartner und müsse infolgedessen die absolute Mehrheit anstreben – ein aussichtsloses Unterfangen, wie Geißler meinte.

SPD-Bedenken bei Flick-Ausschuß

hey. **Bonn**

Der Obmann der SPD im Flick-Ausschuß, Peter Struck, hat Vorbehalte gegen den mit den Vertretern der Koalition vereinbarten Abschluß der Zeugenvernehmungen angemeldet. „Erst wenn die Einsicht" in die noch vom Bonner Landgericht zurückgehaltenen 58 Akten „keine neuen *Erkenntnisse bringt, bleibt es* bei der Beendigung der Beweisaufnahme Ende März", schreibt Struck in einer Zwischenbilanz an seine Fraktionskollegen. Sie werde mit der neuerlichen Befragung des ehemaligen Konzern-Managers Günter Max Paefgen und Friedrich Karl Flick am 27. und 28. März „zunächst" abgeschlossen sein.

Rohde für Änderung der Verfassung

dpa, **Düsseldorf**

Die nordrhein-westfälische FDP will nach der Landtagswahl am 12. Mai *mit der Forderung nach einer* Verfassungsänderung in mögliche Koalitionsverhandlungen mit der *CDU gehen. Sollte die zur Zeit nicht* im Landtag vertretene Partei die Fünf-Prozent-Hürde nehmen, will sie die Streichung des Artikels 27 der Landesverfassung verlangen, der die Verstaatlichung von Großbetrieben der *Grundstoffindustrie* und Monopolunternehmen vorsieht, meinte FDP-Spitzenkandidat Rohde.

Die Länderchefs mal Manager mal Monarch

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Bernhard Vogel, seit acht Jahren Regierungschef von Rheinland-Pfalz.

Über Wissenschaft zur Politik

Bernhard Vogel, Jahrgang 1932, ein Bruder des SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel, kam über die Wissenschaft zur Politik: Für seine Dissertation bei Dolf Sternberger hatte er sich mit den Freien Wählergruppen beschäftigt. Das rasche Avancement des Politikers B. Vogel unterband dann doch Habilitation und Professur. Er begann als CDU-Stadtrat in Heidelberg, kam 1965 in den Bundestag, legte das Mandat jedoch schon zwei Jahre später nieder, um als Minister für Unterricht und Kultus in die Mainzer Regierung einzutreten. Seit 1975 gehörte er dem CDU-Bundesvorstand an. Davor schon, im September 1974, hatte er in der Nachfolge Helmut Kohls den CDU-Vorsitz in Rheinland-Pfalz errungen. 1976 wechselte Kohl als Oppositionsführer nach Bonn, Bernhard Vogel wurde zum Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes gewählt. Der engagierte Christ – von 1972–1976 war er Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – wurde bei den Landtagswahlen im März 1983 mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt.

„. . . und wenn ihr mich braucht, komme ich wieder“

Sein Arbeitszimmer, meint Bernhard Vogel, sehe immer aus, als fände da gleich ein Staatsakt statt. Recht hat er, obwohl nicht leicht auszumachen ist, woran das liegen mag. Auch andere Ministerpräsidenten schreiten auf solchem Parkett, haben diese Furnier-Fluchten und diese Nußbaum-Nordwände hinter ihren Schreibtischen ragen; haben soviel kalte Pracht um sich her wie der Regierungschef des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Einzig die beiden Gobelins sind eine Besonderheit, ein ehrwürdiges Stück der eine, mit mythologischen Szenen darauf, in der Mainzer Staatskanzlei nach Vogels Vorvorgänger nur „der Altmeier“ genannt, und ein moderner Wandteppich, „Frau spielt Flöte“, von Salvador Dali, dem Surrealisten. Zwei Kunstwerke, zwei Welten, die ein Kraftfeld um sich legen wie die beiden Zentren einer Ellipse. Im Schnittpunkt aber dieser Magnetismen sitzt ein Ministerpräsident, der sich von solchen Gegensätzen offenkundig aufladen läßt wie ein Bernsteinstab.

Er selber, könnte man sagen, ist ein Beispiel dafür, wie sich das dialektische Widerspiel oftmals entgegengesetzter Neigungen und Strebungen in einen schöpferischen Prozeß einbringen läßt. Obwohl Bernhard Vogel Geschichte, Soziologie und Politische Wissenschaften studiert hat, weil ihn der Gedanke reizte, als akademischer Lehrer und Forscher tätig zu sein, war es am Ende doch die Vita activa, die praktische Politik, unter deren Gesetz er sein Leben stellte. Ehrgeiz leitete ihn, gewiß, und die Freude an der eigenen Tüchtigkeit, aber auch die Lust, Verantwortung zu tragen, und ein jünglingshaftes Bewegtsein von den idealistischen Aufschwüngen des Neubeginns, das noch heute nicht völlig erloschen ist.

Sein Verhältnis zur Wissenschaft freilich ist in mehr als zwei Jahrzehnten des politischen Handelns – acht Jahre davon als Regierungschef – zu einer, wie er formuliert, „geheimen Verbindung“ geworden, einer stillen Liebe, einer inneren Affinität. Sie drückt sich darin aus, daß er es liebt, über Probleme der politischen Philosophie zu reflektieren, das Verhältnis von Geist und Macht etwa, oder die spannungsreiche Beziehung der Intellektuellen und Künstler zum Parteienbetrieb. Wissenschaftlich geprägt endlich ist die Neigung Vogels, die Probleme, die sich einem Landesvater stellen, wie eine große Gleichung anzupacken: mit nur wenigen Bekannten und vielen Unbekannten. Vor schwierigen Entscheidungen setzt sich der Regierungschef von Rheinland-Pfalz buchstäblich mit einem Blatt Papier hin, um fein säuberlich Für und Wider zu notieren, einschließlich sämtlicher Optionen und Varianten. Parteipolitiker arbeiten zuweilen mit dem nassen Daumen im Wind, wenn sie wissen wollen, wohin die Reise geht, der Ministerpräsident eines Bundeslandes stützt sein Urteil wie moderne Manager auf die rationale Integrität der Prozedur.

Vogel weiß natürlich, daß sich die kühle Verstandeshaftigkeit eines politischen Konzeptes allein dem Bürger – und Wähler – nicht vermitteln ließe, und er hat sich, offensichtlich häufig schon, so seine Gedanken gemacht. „Als Anfänger im Amt“, gesteht er auf irgendeiner Überlandfahrt, „da hatte ich ein starkes Unbehagen bei der Vorstellung, daß ich nun so eine Art Landesvater abgeben sollte. Ich fand diese Rolle irgendwie schrecklich unmodern.“ Also die „emotionale Komponente“, wie das bei den Polit-Ingenieuren heute heißt. Wir brausen durch den Soonwald mainzwärts, die Dämmerung hat sich draußen breit gemacht und erleichtert das Gespräch zur Person. Denn es scheint doch, daß diesem Mann, den sein Amt auf eine Zuckmayer-Attitüde festnageln möchte, der eine würzige Zigarre schätzt und einen guten Schoppen, der es „gewiß merken“ würde, wenn er drei Tage hintereinander Bratkartoffeln vorgesetzt bekäme, daß diesem Mann eine gewisse Scheu geblieben ist. Vogel: „Heute weiß ich, daß die Menschen ein starkes Bedürfnis nach einer solchen Gestalt haben.“ Ihm gilt der „Landesvater“ mittlerweile für die Projektion der Wir-Gefühle, steht „stellvertretend für das Bedürfnis nach Wärme und für die Hinwendung zu Heimat, zu Brauchtum und Dialekt“.

Dem Ministerpräsidenten fällt überm Reden das Rheinland-Pfalz-Fest ein, vergangenen Sommer in Koblenz erstmals gefeiert, und er gerät unversehens ins Schwärmen darüber, wie der Andrang, die Begeisterung, die Trachten und Tänze vor aller Welt offenbart hätten, daß aus dem ehedem spöttisch apostrophierten Bindestrich-Ländchen ein Bundesland von unverwechselbarer Eigenständigkeit und selbstverständlicher Gemeinsamkeit erwachsen sei.

Eine erstaunliche Entwicklung, in der Tat, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieses Rheinland-Pfalz, wie manches andere auch, der Willkür der Sieger entsprungen ist: Ein französischer General hatte am 30. August 1946 mit der „Verordnung Nr. 57“ die Gründung verfügt. Das Bundesland, aus bayerischen, preußischen und hessischen Gebietsteilen entstanden, rangierte über Jahre hin am Ende der Wohlstandsskala. Heute zählt sich Rheinland-Pfalz in allen wesentlichen Leistungsdaten zum ersten Drittel. Bernhard Vogel weist natürlich gern darauf hin, aber er versäumt nie, respektvoll von den „drei Etappen“ zu sprechen: von der Aufbauphase, die über zwei Jahrzehnte hin vom Vorvorgänger Peter Altmeier geprägt worden ist; vom Jahrzehnt Helmut Kohls, das die Umstrukturierung zu einem modernen Wirtschafts- und Verwaltungsstaat brachte; drittens dann die Phase der bahnbrechenden technologischen Neuerungen, die das Land in seiner, Vogels, Amtszeit, zu bewältigen habe. „Wir wollen uns dem sich rasch vollziehenden Wandel nicht entziehen“, versichert der Ministerpräsident in vielen Reden, „aber wir wollen ihn beherrschen.“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wie Vogel sich das vorstellt, zeigt sein Rundgespräch mit den Professoren der Kaiserslauterner Universität, einer „gelungenen Neugründung“, wie er zur Eröffnung anmerkt, und Managern der dort ansässigen Industrie. Es ist ein Frage-und-Antwort-Spiel zum Thema „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Anwendung zukunftsweisender Technologien“. Läßt sich, zu diesem Behufe, die Kooperation zwischen Universität, Wirtschaft, Land und Kommunen steigern? Geduldig verfolgt der Regierungschef, was die Naturwissenschaftler zu sagen haben, hakt nach: Wie steht es mit der Möglichkeit, Forschungsergebnisse rascher in Produktionsvorgänge umzusetzen? Was halten die Herren Professoren davon, jungen Wissenschaftlern, Erfindern, die Chance zu Unternehmensgründungen zu geben? – Das Wort vom „Risiko-Kapital“ geht auch hier um. – Aber die Professoren, so erweist sich, halten wenig davon, neue Unternehmen auf den bloßen Verdacht hin gründen zu helfen; die anwesenden Unternehmer im übrigen auch nicht. Die Runde neigt in Mehrheit zu der Auffassung, chancenreiche Chosen lieber an erfahrene Firmen weiterzuvermitteln und dafür die „Beratungsstelle für Innovations- und Technologietransfer“ (BITT) an der Universität Kaiserslautern, die zugleich als Kontaktstelle für Innovation und Technologieberatung dient, personell aufzustocken. Das Gespräch läuft gut, alle scheinen von Vogels Grundsatz beflügelt: Raus aus dem Elfenbeinturm, fort mit der Schwellenangst. Man will das alte Unamuno-Wort entkräften, daß die Wissenschaft ein Friedhof toter Ideen sei.

Ein Vorsatz – geradezu leitmotivisch für den Mainzer Ministerpräsidenten und sein Rollenverständis. Und leitmotivisch, soweit das Vertrauen in die Wichtigkeit der rechten Methodik, in die Beweiskraft der Prozedur gemeint ist, auch für diesen ganzen langen 19-Stunden-Tag: eine Inspektion, eine Visite der Stadt Kaiserslautern, die am Morgen um 9.30 Uhr mit einem Rundgang durch das Eisenbahnausbesserungswerk begonnen hatte, wo 850 Mitarbeiter Beruhigendes über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze erwarteten.

Vogel erinnerte den ebenfalls angereisten Bundesverkehrsminister Werner Dollinger an die vielen Beweise rheinland-pfälzischer Bundestreue, im besonderen an die Verteidigungslasten, und versprach den Eisenbahnern, sie nicht allein zu lassen: „Wenn es notwendig sein wird, werde ich wiederkommen!“ Ein Satz, der Beifall erntete.

Nächste Etappe war ein sogenanntes Stadtgespräch mit den Bürgermeistern, Beigeordneten, Fraktionschefs, Regierungspräsident und Abgeordneten über die Zukunftsprobleme Kaiserslauterns, die sich auf zwei Fragen reduzieren ließen: Wann kriegen wir endlich das neue Theater und wann ein neues Krankenhaus? Vogel vermied es kühl, in Zugzwang zu geraten: Über das Theater „aus der hohlen Hand“ zu befinden, „das wäre keine gute Staatsführung, Sie würden das kritisieren, wenn es anderswo stattfände“. Er sagt wohlwollende „objektive“ Prüfung zu – „wenn die Gesprächsgrundlagen erarbeitet sind“, und reklamiert beim Oberbürgermeister milde einige vorausblikkckende Anmerkungen über die allgemeine Situation der Stadt. Die erste Frage habe zu lauten: „Ist es uns in den letzten Jahren gelungen, das Oberzentrum Kaiserslautern so zu stärken, daß es im Verhältnis zu anderen Oberzentren im Land seiner Rolle gewachsen ist?“

Hier wie anschließend beim Gespräch mit Handwerk und Industrie, mit Handel, Kammern, Arbeitsamt und Verbänden zeigt sich Bernhard Vogel als ein geradezu sokratischer Meister in der Kunst, fragend Denkanstöße zu vermitteln, mit subkutanen Impulsen zu dirigieren, hartnäkkckig, fröhlich und höflich: „Ich habe den Eindruck . . ., aber sagen Sie mir bitte, wie Sie es sehen“, lauten solche Schlenker; „ich mach' nur mal ungeniert auf folgendes aufmerksam . . .; bitte mich zu korrigieren, wenn . . .“ Bernhard Vogel: Ein moderner Konservativer, ein deutscher Katholik, der mit amerikanischer Intensität an die Macht des Wissens glaubt und an die immerwährende Pflicht zu lernen. Den allenthalben, also auch in Rheinland-Pfalz, anzutreffenden Millimeterpapier-Fetischisten schreibt er dennoch gern die Feststellung ins Stammbuch, „daß sich die Wirklichkeit erlaubt hat, anders zu verlaufen, als wir es damals haben planerisch erfassen können“. Um hinterherzuschieben: „Aber das tut Wirklichkeit immer.“

Am Abend, als er vor den Bürgern Kaiserslauterns in der schönen alten dreistöckigen Fruchthalle Rechenschaft über diesen Tag im Leben ihres Ministerpräsidenten ablegt, ehe er von Tisch zu Tisch zieht, von Gruppe zu Gruppe, plaudernd, diskutierend oder mal mit einer flapsigen Bemerkung Lacher erntend, da sagt er dann, daß dies die 79. Bezirksbereisung in den acht Jahren seiner bisherigen Amtszeit gewesen sei. Mit wenigen Ausahmen also hat er jeden Landkreis und jede Stadt seines Bundeslandes dreimal inspiziert. Und immer waren seine Besuche sorgsam vorbereitet, mit Ausarbeitungen zu allen relevanten Themen in Vogels dicker Aktentasche, Ausarbeitungen, wohlgemerkt, die der Ministerpräsident auch durchgelesen hatte, so daß er mit dem Gefühl abfahren konnte, kaum etwas von Belang übersehen zu haben. Ähnlich würde wohl ein Anatom seine Schnitte anlegen. Der Regierungschef kennt auf den Kopf genau die Zahl der Arbeitslosen, die Zuwachsrate des Gewerbesteueraufkommens und den Prozentsatz an Aus- oder Einpendlern. Mehr als das: Er kennt die Bürger. Und sie – denke immer an die nächste Wahl! – kennen auch ihn. Vogel hält diesen Nutzeffekt für vollkommen legitim, „schließlich müssen die Parteien doch um Mehrheiten werben“. Aber wichtig bleibt ihm doch, sein Urteil über die Stimmung draußen im Lande aus eigener Beobachtung zu speisen und den Nerv auch für das Lebensgefühl der Rheinländer und der Pfälzer zu bewahren. „Es kommt mir“, sagt Vogel, „kein wesentliches Problem, keine wichtige Vorlage auf den Kabinettstisch, wo ich nicht schon aus eigenen Gesprächen informiert wäre.“

Annähernd 5000 Bürger spricht Bernhard Vogel im Jahr, was vielleicht erklärt, warum dieser Ministerpräsident, König in seinem Reich und vor zwei Jahren mit absoluter Mehrheit im Amte bestätigt, augenscheinlich mehr zur Zufriedenheit seiner Wähler regiert, als manche Kritiker glauben wollen. Die mäkeln am lautlosen Gang der Mainzer Regierungsmaschinerie, nennen entschlußlos oder fad, was wohl eher geduldige Arbeit an Kompromiß und Konsensus ist. Vogel weiß das und will es doch nicht ändern. Denn „jeder hat seinen Stil“, äußerte er einmal, und seine Lebenserfahrung sage ihm, „daß man seinen Stil im Grundsätzlichen durchhalten soll“. Bei ihm heißt das, daß er sich einen Wagen mit Katalysator zulegt – durchaus, um seinen Fortschrittsoptimismus zu dokumentieren –, während eben andere, meint er, lieber Tempo 100 führen. „Ich hab' da einen Bekannten . . .“, spinnt er beiläufig an seiner Story fort, und nur Vogel-Kenner wissen, daß er von einem anderen Vogel spricht. Dem roten Bruder.

Mubaraks Vorstellungen konnten Reagan nicht aus der Reserve locken

Ein erfolgloser Besuch in Washington

FRITZ WIRTH, Washington

Mit höflicher Bestimmtheit hat die Reagan-Administration dem ägyptischen Präsidenten Mubarak mit seiner Nahostinitiative einen Korb gegeben. Obwohl Mubarak mit allem Nachdruck warnte „Wir können uns im Nahen Osten keine verpaßten Chancen für den Frieden mehr leisten", blieb sein Versuch, den Nahostkurs der Reagan-Administration zu beeinflussen, erfolglos.

Mubarak war in der Hoffnung nach Washington gekommen, Präsident Reagan als Vermittler in seiner Nahostinitiative zu gewinnen und eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu Gesprächen in Washington zu empfangen, der auch Mitglieder der PLO angehören würden. Mubarak verstärkte damit den arabischen Druck auf die amerikanische Regierung, der wenige Wochen zuvor schon vom saudiarabischen König in dieser Frage auf Präsident Reagan ausgeübt worden war.

Ronald Reagan und Außenminister Shultz bezeichneten Mubaraks Bemühungen um eine Lösung des Nahostkonflikts als „einen vielversprechenden Start" und als einen „konstruktiven Beitrag" zum Frieden, gingen in der Sache jedoch keinen Schritt weiter. Die amerikanische Haltung bleibt unverändert, daß sie nicht mit Mitgliedern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu sprechen bereit ist, solange diese sich weigert, die UN-Resolution 242 zu akzeptieren und das israelische Existenzrecht zu garantieren. „Es muß noch sehr viel mehr zwischen König Hussein und den Führern der Palästinenser geschehen, bevor wir selbst eine aktivere Rolle in diesem Konflikt spielen", ließ das State Department wissen.

Insgesamt stand der Besuch Mubaraks unter einem unglücklichen Stern. Das Abkommen zwischen Hussein und Arafat vom 11. Februar hat in Washington Interesse aber keinen Enthusiasmus ausgelöst. Darüber hinaus wurde der Aufenthalt Mubaraks vom ersten Tag an von den Ereignissen in Moskau überschattet, die weitgehend das Interesse der Reagan-Administration beanspruchten, so daß Mubarak drei Tage lang politisch an die Peripherie abgedrängt wurde. Aus der Umgebung Mubaraks war dennoch zu vernehmen, man sei mit dem Besuch zufrieden und habe mit dem amerikanischen Präsidenten „einige interessante Optionen für den Frieden im Nahen Osten" diskutieren können. Man weigerte sich jedoch Näheres dazu zu sagen. Die starke Fraktion der Anhänger Israels im Kongreß nannte Mubaraks sogenannte Friedensinitiative „Rauch ohne Feuer" und forderte den ägyptischen Präsidenten im Kongress auf, den vor zwei Jahren abgezogenen Botschafter wieder nach Israel zurück zu schicken.

Mubarak scheiterte darüber hinaus mit seinem Versuch, die amerikanische Wirtschaftshilfe für sein Land für das kommende Haushaltsjahr um 870 Millionen Dollar zu erhöhen. Der Betrag ist zusätzlich zu den insgesamt 2,3 Milliarden Dollar gedacht, die Ägypten bereits von den USA an Militär- und Wirtschaftshilfe erhält. Präsident Reagan sagte zwar zu, die Bitte Mubaraks angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes „sorgfältig und mitfühlend" zu prüfen, doch es war in Wahrheit nichts als die Umschreibung eines glatten amerikanischen „Neins". Die Reagan-Administration hat mit ihren gegenwärtigen Budgetschwierigkeiten für derartige Finanzgesten nicht mehr den geringsten Spielraum.

Jetzt will sich Kairo der EG zuwenden

PETER M. RANKE, Kairo

Ägypten will sich jetzt an die Regierungen der EG wenden, damit diese mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation über eine „Friedensinitiative" verhandeln. An der Delegation sollen PLO-Vertreter teilnehmen, was die EG seit der Venedig-Erklärung von 1980 im Gegensatz zu den USA nicht ablehnt. Die Delegation soll über eine Räumung der israelisch besetzten Gebiete und die Selbstbestimmung für die Palästinenser sprechen, damit Israel mit Hilfe der EG-Staaten unter Druck gesetzt werden kann.

Dieser neue „Fahrplan" ist das Ergebnis der erfolglosen Mubarak-Visite in Washington. Amerika lehnt die PLO weiterhin als Gesprächspartner ab. Außer Hinweisen auf die Zuständigkeit des Kongresses und die angespannte Haushaltslage hat Mubarak keine Zusagen für eine Ausdehnung der US-Finanz- und Militärhilfe erhalten. Damit sind zahlreiche Projekte des ägyptischen Fünfjahrplanes, unter ihnen auch zwei Kernkraftwerke, in Gefahr. Allein für diese Projekte wollte Mubarak 870 Millionen Dollar und außerdem zusätzliche Wirtschaftshilfe von einer Milliarde Dollar und Zins-Erleichterungen für die Waffenlieferungen.

Wenn der Kongreß zustimmt, erhält Ägypten 1986 für 815 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe (wie 1985) und für 1,3 Milliarden Dollar (1985: 1,17 Milliarden) Militärhilfe, meistenteils als Geschenk. Allerdings ist damit zu rechnen, daß der Kongreß die Hilfe noch kürzt. Daher hat Kairo die USA noch am Mittwoch um 300 Millionen Dollar Soforthilfe gebeten.

In ägyptischen Regierungskreisen gibt man zu, daß die Amerikaner bei den Finanzhilfen Ägypten nicht den gleichen Rang einräumen wie Israel. Man habe unterschätzt, daß die USA zur Zeit nicht dem Nahost-Konflikt, sondern den Spannungen in Mittelamerika und den Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion Priorität einräumten. Genf und der Tod von Tschernenko hätten Mubarak in Washington die Show gestohlen.

Amerikanische Diplomaten in Kairo ergänzen, daß die ägyptische Diplomatie nicht beachtet, welch schlechten Eindruck die Politik des „kalten Friedens" gegenüber Israel im Kongreß hervorrufe. „Friedensinitiativen beginnen zu Hause", erklären Amerikaner in Kairo, das heißt, mit Verbesserung der Beziehungen zu Israel. Außerdem schätzt Washington die Gefahren des islamischen Fundamentalismus als bedeutend schwerwiegender ein als den Konflikt um die Palästinenser.

„Mubarak wollte die PLO in Washington einführen, und das hat man ihm verübelt", sagen US-Diplomaten in Kairo. Er habe nicht einmal die Namen für die geplante jordanisch-palästinensische Delegation nennen können, die nicht über Frieden, sondern über die arabischen Bedingungen für einen israelischen Rückzug und einen PLO-Staat mit den Amerikanern sprechen wollte. „Die USA lassen sich von Mubarak nicht gegen Israel ausspielen", heißt es. (SAD)

In Polen kommt Ökumene einen Schritt voran

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Innerhalb Polens Katholizismus findet offenbar ein Aufbruch zur Ökumene statt. Der ermländische Diözesanverlag in Allenstein gab zum ersten Mal in Polens Geschichte ein ökumenisches Gesangbuch heraus.

Die „Lieblingslektüre des Papstes", der renommierte Krakauer Verlag „Tygodnik Powszechny", widmete eine ganze Ausgabe der ökumenischen Sache, dabei betonend, daß die Initiative vom Papst ausgegangen sei. Gleichzeitig stellte er seinen Lesern die größte protestantische Freikirche Polens, die Vereinigte Evangelische Kirche (15 000 Gläubige), vor.

Tatsächlich ist in Polen mit seinen mehr als 90 Prozent Katholiken die Ökumene eine zarte Pflanze, zumal nicht nur die Brücke zum protestantischen, sondern auch zum orthodoxen Dialogpartner zu schlagen ist.

Der erste ökumenische Gottesdienst fand in Warschau am 10. Januar 1962 statt. Ein Jahr später fand ebenfalls in Warschau eine erste ökumenische Konferenz von Laien und Theologen statt. Solche Tagungen gibt es jetzt überall im Lande. Katholische Laien und Theologen nehmen ebenso teil wie Vertreter der Kirchen des „Polnischen Ökumenischen Rates". 1966 entstand beim polnischen Episkopat die „Ökumenische Kommission", die ein Bulletin herausgibt.

Wie der langjährige Kommissionsvorsitzende Bischof Wladyslaw Miziolek der Presse erklärte, kam es erst im Herbst 1974 zu offiziellen Kontakten zwischen beiden Seiten. Der Bischof führte das auf die Weigerung der Protestanten zurück. Sie hätten es zur Bedingung gemacht, zuerst das Thema der deutschen evangelischen Gotteshäuser, die im Besitz der polnischen katholischen Kirche sind, zu erörtern.

Inzwischen gibt es ein „Zentrum für die Einheit der Christen". Zwischen katholischen Hochschulen und der „Christlich-Theologischen Akademie" des Ökumenischen Rates findet ein regelmäßiger wissenschaftlicher Austausch statt, und seit 1983 gibt es an der katholischen Universität Lublin ein Ökumenisches Institut.

Mit den protestantischen und orthodoxen Kirchen seien die Probleme Anerkennung der Taufe und Mischehen bereits angegangen worden, heißt es. Jetzt stehe Polens Bischofkonferenz mit der Kirche der Adventisten im Gespräch.

Offener Machtkampf unter Libanons Christen

Widerstand gegen die prosyrische Politik Gemayels

PMR/lim. Kairo/Bonn

In einem unblutigen Aufstand gegen die prosyrische Politik des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel haben sich die christlichen Milizen der „Forces Libanaises" (FL) am Mittwoch von der Kataeb-Partei (Phalange) und somit auch von Präsident Gemayel distanziert. Das Hauptquartier der FL in Ost-Beirut erklärte, Politik, Finanzen, Sicherheit und Militärfragen würden ab sofort unabhängig und in eigener Regie festgelegt. Präsident Gemayel hat auf Grund der schweren Krise seine Reise zum Tschernenko-Begräbnis nach Moskau abgesagt.

Führer des Unabhängigkeitsflügels in den Reihen der Christen ist Samir Geagea, der in den FL für die Nordfront zuständig ist und als einer der tapfersten Kampfkommandanten gilt. Noch in der Nacht zum Mittwoch besetzten die christlichen Milizen den Beiruter Hafen und bezogen Posten an der „grünen Grenze" zu den moslemischen Stadtteilen sowie an wichtigen Verkehrsstraßen im christlich dominierten Gebiet. Der Befehlshaber der Miliz, Fuad Abunader, schloß sich der Bewegung an.

Geagea war am Montag auf Betreiben von Präsident Gemayel aus dem Politbüro der Kataeb-Partei ausgeschlossen worden, weil er die prosyrische Politik Gemayels kritisiert hatte. Geagea wandte sich auch gegen die Aufgabe des Postens in Barbara im Norden gegenüber den syrischen Besatzungstruppen und verlangte besseren Schutz für die christlichen Stadtviertel gegen fanatische Schiiten. Der politische Konflikt zwischen den etwa zehntausend Mann starken FL und der Kataeb-Partei, die personell eng ineinander verflochten sind, schwelt seit der Wahl von Amin Gemayel 1982. Im Dezember 1984 war es Gemayel gelungen, den Befehlshaber Fadi Frem abwählen zu lassen und den Posten seinem Neffen Abunader zuzuschanzen, der sich bis jetzt bedeckt hielt. Angesichts der wachsenden Solidarisierung in den Reihen der libanesischen Christen mit Samir Geagea, war Abunader jetzt genötigt, Farbe zu bekennen. Unter anderem hatte der im christlichen Lager sehr einflußreiche Generalobere des libanesischen Mönchsordens, Pater Paul Namaan aus Australien, wo er die rund 600 000 Menschen zählende Gemeinde der Libanesen besuchte, ein Solidaritätstelegramm gesandt, in dem er die Gruppe um Samir Geagea das „Gewissen" des christlichen Widerstands nannte.

Bestimmend für den jetzt aufgebrochenen Machtkampf waren die prosyrische Appeasement-Politik des Präsidenten und die Gefahr, daß Ost-Beirut bald nicht mehr gegen die Moslems verteidigt werden könnte. Denn Gemayel wollte, wie zuverlässig verlautet, auf Forderung der Syrer den Abbau und die weitgehende Entwaffnung der „Forces Libanaises" als militärischer Arm der libanesischen Christen durchsetzen.

Da Samir Geagea im Winter 1983/84 die Verteidigung der eingeschlossenen christlichen Stadt Deir-el-Kamar im Schuf gegen die Drusen leitete, hatte er gute Verbindungen zur dort beheimateten Familie von Camille Chamoun, der die nationalliberale Partei leitete und ein alter Gegenspieler der Gemayels ist. Politisch werden Abunader und Samir Geagea jetzt offenbar von Chamoun unterstützt. Damit ergeben sich für die Entwicklung in Libanon völlig neue Möglichkeiten und Gefahren. Unter anderem ist eine Erneuerung des Kampfbündnisses zwischen den „Forces Libanaises" und den Israelis möglich.

Le Pen stört die neue Einheit der Opposition

Erfolg der ersten Runde der Kantonswahlen gefährdet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs bürgerliche Opposition hat wieder Tritt gefaßt. Das gute Abschneiden in den Kantonswahlen hat nicht nur die schlaff gewordenen Segel der Hoffnung gebläht, die Linke in den Parlamentswahlen von 1986 ebenso vernichtend schlagen zu können, sondern vor allem gezeigt, daß man nur in der Einheit stark ist.

Die Wahlergebnisse in den nahezu 850 Kantonen, in denen ein Kandidat der Rechten die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, weisen einwandfrei nach, daß die vorher vereinbarte Strategie einer Einheitskandidatur Gaullisten, Giscardisten und unabhängige Konservative bis auf zwei Zehntelprozent an die Grenze der absoluten Mehrheit gebracht hat.

Das veranlaßte den früheren Präsidenten Giscard d'Estaing, im ersten Wahlgang in seinem Heimatkanton Puy de Dôme zum Generalrat gewählt, die „Neue Parteiunion" zu feiern, die sich die Franzosen ganz alleine „fabriziert" hätten. Sogar der Dritte im Bunde, der frühere Premierminster Raymond Barre, zollte der „Union" der Opposition Beifall, nicht ohne auf die „Verschiedenheit ihrer Elemente" hinzuweisen, die wahrscheinlich ihre besondere Attraktion auf den Wähler ausmache.

Die Rechtsparteien nennen sich zur Unterscheidung vom Rechtsaußen-Politiker Le Pen die „Parlamentarische Opposition". Eben wegen ihres neu aufgekommenen Konkurrenten im eigenen Lager steht ihnen Ärger ins Haus. Le Pens Nationale Front, die nahezu neun Prozent der Stimmen erringen konnte, sieht sich in 14 der rund 1100 Kantone, in denen am kommenden Sonntag noch einmal gewählt werden muß, an der Spitze der Kandidaten.

In 130 weiteren ist ein Kandidat der Nationalen Front an zweiter Stelle. Ihr Beibehalt oder Rückzug zu Gunsten eines Vertreters der „Parlamentarischen Opposition" entscheidet daher über das Schicksal der Rechten in diesen Stichwahlen.

Le Pen wollte zunächst seine Kandidaten „wegen der infamen und skandalösen Attacken", die gegen seine Partei seitens von Gaullisten und Giscardisten geführt worden waren, nicht zurückziehen. Jetzt werden sich im zweiten Wahlgang nur 50 Kandidaten stellen, weil sie nicht befürchten müssen, daß sie einem Linkskandidaten unterliegen.

Wenn die Rechte ihren Streit über Le Pen nicht rechtzeitig beilegt, kann der Konflikt ernsthaft ihre Chancen beeinflussen, im nächsten Jahr die Parlamentswahlen zu gewinnen. Dies um so mehr, als die Linksparteien, Sozialisten und Kommunisten, überraschend für den zweiten Wahlgang der Kantonswahlen einen gegenseitigen Rückzug ihrer Kandidaten zu Gunsten des Besserplazierten vereinbart haben.

Kirche baut Universität in China

idea, Oslo/Zhanjiang

Erstmalig hat jetzt eine westliche Kirche den Auftrag erhalten, in der Volksrepublik China eine Universität aufzubauen und zu leiten. Die kleine reformerische Missions-Bund-Kirche von Norwegen mit etwa 10 000 Mitgliedern wurde nach einer Mitteilung des Informationsdienstes der norwegischen lutherischen Staatskirche von den chinesischen Behörden gebeten, die neue Hochschule für 12 000 Studenten in der südchinesischen Hafenstadt Zhanjiang (Provinz Guangdong) einzurichten.

Dazu soll ein 2,7 Quadratkilometer großes Gelände auf einer Insel bereitgestellt werden, die jetzt als Erholungsgebiet dient. An der Universität sollen alle normalen Fächer gelehrt werden. Der Schwerpunkt wird in der Öl-Technologie liegen, da sich Zhanjiang im Zentrum der chinesischen Ölindustrie befindet. Obwohl christliche Aktivitäten im Rahmen des akademischen Programms nicht erlaubt sein werden, darf die norwegische Kirche, die die „Evangelisation" als ihre Hauptaufgabe bezeichnet, christliche Dozenten entsenden und eine Kirche auf dem Universitätsgelände einrichten.

Die chinesischen Behörden legen Wert darauf, daß die Investitionen zur Einrichtung der Hochschule hauptsächlich aus dem Ausland bestritten werden. Die Missions-Bund-Kirche sieht sich aber nicht dazu in der Lage, die hohen Kosten – etwa 272,4 Millionen Mark – aus eigenen Mitteln zu bestreiten und will die norwegische Regierung um Hilfe bitten.

Diese soll Bereitschaft signalisiert haben, da norwegische Firmen der Öl-Technik-Branche bereits in Südchina tätig sind. Die Verhandlungen, die seit Mitte 1984 laufen, wurden ohne Einschaltung chinesischer Kirchenbehörden über einen Hongkonger Geschäftsmann abgewickelt, der früher Missionar der Missions-Bund-Kirche war. Zur Abwicklung des Vertrags, der eine Laufzeit von mindestens 30 Jahren haben soll, muß die Kirche eine Stiftung in Hongkong gründen. Wie bekannt wurde, sollen sich die chinesischen Behörden vor allem wegen der guten Erfahrungen mit von Christen geleiteten Universitäten vor 1949 um ein Abkommen mit christlichen Einrichtungen bemühen. Fünf weitere Kirchenorganisationen sollen ebenfalls in Verhandlungen stehen.

„Charta 77"-Sprecher festgenommen

AFP, Prag

Zwei der drei Sprecher der tschechoslowakischen Dissidentenbewegung „Charta 77" sowie neun weitere Regimekritiker befinden sich seit Montag abend in Polizeihaft, wurde gestern von dem dritten „Charta"-Sprecher, Frau Petruska Sustrova, mitgeteilt. Unter den Festgenommenen sind die „Charta"-Sprecher Eva Kanturkova und Jiri Dienstbier, der Setzer Sevcik mit seiner Frau und einer Nichte, der Schriftsteller Petr Kabes, Petr Pithart sowie der ehemalige Polizeioberst Oldrich Hromadko und seine Frau Eva Hromadkova. Insgesamt wurden elf der 48 Festgenommenen gestern noch in Polizeihaft gehalten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Bündnis Pasok-KP bei Präsidentenwahl

Chancen des Papandreou-Kandidaten gestiegen / Einwände für Verfassungsänderung

E. ANTONAROS, Athen

Die Aussichten des von den Sozialisten Griechenlands nominierten Oberrichters Christos Sartzetakis, zum nächsten Staatspräsidenten gewählt zu werden, haben sich deutlich verbessert. Nach mehrstündigen Beratungen hat das Spitzengremium der Moskau-freundlichen KP Griechenlands zugesagt, Papandreous Kandidaten zu unterstützen.

Dadurch ist ein formloses Bündnis von Sozialisten und Kommunisten entstanden, obwohl ein sozialistischer Parteisprecher Wert auf die Feststellung legt, daß die kommunistische Entscheidung ohne Gegenleistungen von seiten der Regierungspartei zustande gekommen sei.

Sartzetakis könnte im dritten Wahlgang gewählt werden, bei dem laut Verfassung 180 Stimmen, also eine Dreifünftelmehrheit, benötigt werden. Diese Abstimmung findet am 29. März statt. Bei den ersten beiden Wahlgängen, die am 17. und 23. März abgehalten werden sollen, braucht ein Kandidat hingegen eine qualifizierte Mehrheit von 200 Stimmen.

Bisher haben sich 165 Sozialisten, 13 Kommunisten und drei Unabhängige für Sartzetakis ausgesprochen. In Athen wird allerdings nicht ausgeschlossen, daß einige Abgeordnete der sozialistischen Pasok-Partei während der geheimen Abstimmung gegen Sartzetakis stimmen.

Daher ist für Papandreou jede Stimme wertvoll. Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion darüber entstanden, ob der zum amtierenden Staatschef avancierte Parlamentspräsident Jannis Alevras, ein führendes Parteimitglied der Sozialisten, stimmberechtigt ist. Vier von fünf führenden Verfassungsrechtlern Griechenlands haben bereits schriftlich die Meinung geäußert, daß Alevras an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfe.

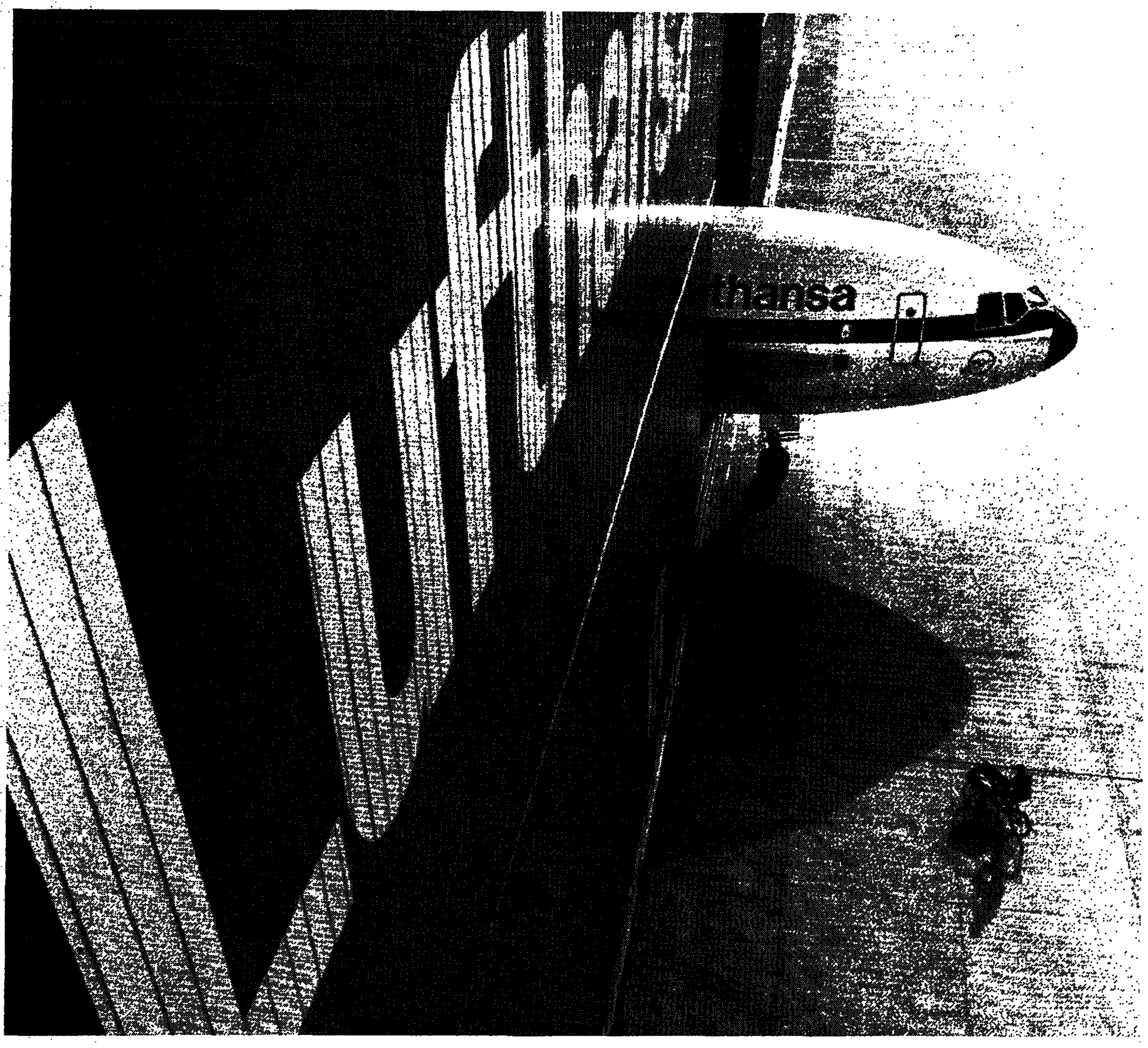
Führende Verfassungsexperten melden sich auch noch bei einem anderen Problem zu Wort. Sie vertreten die Ansicht, daß zumindest einige Punkte der von der Regierung Papandreou beabsichtigten Verfassungsänderungen fragwürdig sind. Weil die Einwände vorwiegend von linksstehenden Juristen stammen, sah sich die Regierung jetzt gezwungen, sämtliche Professoren für Verfassungsrecht an allen juristischen Fakultäten Griechenlands aufzufordern, schriftliche Gutachten über die umstrittene Änderung der Revisionsbestimmungen bis Montag einzureichen.

Zwei Komplexe sollen revidiert werden. Einerseits geht es um die erhebliche Einschränkung der Befugnisse des Staatspräsidenten, der unter den jetzigen Regelungen unter anderem nach Anhörung eines „Republik-Rates" auch das Parlament auflösen und den Ministerpräsidenten entlassen kann. Durch die Abschaffung dieser Prärogativen, von denen kein Präsident des Landes je Gebrauch gemacht hat, will Papandreou offensichtlich alle Macht der Regierung übertragen. Andererseits will er die Bestimmungen ändern lassen, die besonders schwierige Voraussetzungen für eine Verfassungsänderung schaffen.

Artikel 110 der Verfassung von 1975 schreibt nämlich vor, daß ein mindestens von 50 Abgeordneten eingebrachter Änderungsvorschlag in zwei Abstimmungen, die in einem Zeitabstand von mindestens 30 Tagen stattfinden müssen, von einer Dreifünftelmehrheit (180 Stimmen) sozusagen in erster und dritter Lesung verabschiedet werden müssen. Damit sie endgültig in Kraft treten, müssen sie allerdings von einem neu gewählten Parlament während seiner ersten Sitzungsperiode mit absoluter Mehrheit aufs neue gebilligt werden. Diese dritte Abstimmung, die eine Revision äußerst schwierig und zeitraubend macht, wollen die Sozialisten abschaffen: dabei stoßen sie auf die Bedenken der Verfassungsrechtler.

Die meisten von ihnen sind nämlich überzeugt, daß eine solche Vereinfachung des Revisionsprozesses nicht statthaft sei. Auch die liberalkonservative Opposition befürchtet, daß die Sozialisten den Weg für künftige Änderungen aller Art freimachen wollen und dadurch den Geist der Verfassung verletzen. (SAD)

Wir stehen früh auf, damit Sie rechtzeitig ins Geschäft kommen.



Noch bevor der Tag beginnt, hat bei Lufthansa bereits die Arbeit begonnen. Das hat einen einfachen Grund: Ein Großteil der Geschäftsreisenden möchte möglichst früh am Morgen fliegen. Um noch einen ganzen Arbeitstag vor sich zu haben. Und um abends zurück zu sein. Deshalb ist der Lufthansa-Flugplan so aufgebaut, daß Sie alle Ziele in Deutschland und sogar viele in Europa bereits morgens erreichen können.
Aber auch wenn etwas später für Sie immer noch früh genug ist, bietet Ihnen Lufthansa genügend Möglichkeiten: Zu den wichtigsten Zielen in Deutschland fliegt Lufthansa nahezu im Stundentakt.



Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Von unabwendbarer Katastrophe ist beim Thema Waldsterben oft die Rede. Die Skepsis gegenüber solchen Annahmen wächst in dem Maße, wie sich die Schadensmeldungen verschlimmern. Ein Bericht des Forschungsministeriums versucht die Diskussion zu versachlichen.

Hat ein Großteil der kranken Wälder eine Überlebenschance?

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Aussage, daß die deutschen Wälder *reihenweise dahinsterben*, entspricht nicht den jetzt festgestellten Tatsachen." Dies erklärte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber anläßlich der Präsentation des aktuellen Berichtes seines Ministeriums unter dem Titel „Ursachenforschung zu Waldschäden", der am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet wurde. Der rund 200seitige Bericht ist eine Zusammenfassung aller bisherigen Erkenntnisse zum Waldsterben und wird, so ein Sprecher des Ministeriums, Basis künftiger Gesetzgebung sein.

Riesenhuber betonte vor der Presse, er mindere das Problem in keiner Weise, wenn er sage, daß zwei Drittel der 50 Prozent des bereits geschädigten deutschen Waldes „Schadstufe I" aufwiesen, daß heiße, daß sich diese Bäume durchaus „wieder fangen" *könnten. Die einzige Chance*, den Bestand der gesunden Wälder zu sichern, sei eine umgehende drastische Verringerung der Luftschadstoffe. Bei der bisherigen Forschungsförderung, bei der Bund und Länder 253 *Projekte mit 63 Millionen Mark finanzierten*, seien zwei Teilergebnisse als besonders wichtig erkannt worden.

Schadensentwicklung mit unterschiedlichem Verlauf

Ein Wirkungsweg beim Waldsterben geht demnach von der verstärkten Bildung von Ozon und Photooxidantien aus Stickstoffoxiden und deren direkten Wirkung auf Blätter und Nadeln, ein zweiter von der Störung der Nährstoffversorgung der Bäume durch übermäßigen Eintrag des Stickstoffs aus.

Eine Beurteilung des quantitativen Beitrages jedes dieser Wirkungswege sei noch nicht möglich. Riesenhuber betonte, daß die Bundesregierung bisher schon auch auf ungesicherter Basis weitgreifende Entscheidungen gefällt habe, wenn man nicht so vorgehe, habe man in Jahrzehnten sonst „vorzügliche Erkenntnisse, aber keinen Wald mehr".

Die wenn auch erst als vorläufig zu wertenden bisherigen Forschungsergebnisse unterstützen nach Ansicht Riesenhubers nachdrücklich diese bisher eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung zur Verringerung der Emission von Schadstoffen. Die gegenwärtige Situation werde bestimmt durch die Tatsache, daß sich bei den Nadelbäumen der Trend der Schadenzunahme abgeflacht habe, bei den Laubbäumen wie vor allem Buche und Eiche habe sich dagegen *die Schadensentwicklung* beschleunigt.

In der Kabinettsvorlage, die auf dem Zwischenbericht des Forschungsbeirates „Waldschäden/Luftverunreinigungen" vom Dezember *letzten Jahres basiert, wird* festgestellt, daß Gesamtangaben über das Ausmaß der Schäden aber nicht geeignet seien, zur Ursachenaufklärung zu dienen. Die Erhebungsdaten müßten vielmehr wesentlich kleinräumiger analysiert und in Beziehung zu einer Vielzahl von Faktoren wie Bodenzustand, Hangneigung, Altersaufbau des Bestandes, Klima und Immissionsbelastung gesetzt werden.

Nachdem bisher nur rund ein Prozent der deutschen Waldfläche aus verschiedenen Gründen gedüngt werden, sagte Minister Riesenhuber über diese häufig zur Rettung von Forstflächen vorgeschlagene Aktion: „Ich kann nicht davon ausgehen, daß Düngung eine Patentlösung ist, höchstens eine Hilfsmaßnahme."

Eindeutig wird in dem Kabinettspapier *dargelegt, daß* Viren, Bakterien oder Mycoplasmen zwar die Ausprägung der Waldschäden beeinflussen, daß sie sich jedoch nicht als auslösende Ursachen nachweisen lassen. Eine Beteiligung radioaktiver und anderer Strahlungsarten sei „nicht durch belastbare Daten belegt" worden. Ein Zusammenhang zwischen radioaktiven Emissionen aus kerntechnischen Anlagen und Waldschäden bestehe nicht, für Klimaeinflüsse als dominierender Faktor gebe es keine überzeugenden Hinweise. Auch die zu Beginn des Waldsterbens häufig als Ursache dafür bezeichneten „waldbaulichen Fehler" (Monokultur) ließen sich nicht belegen. Wörtlich heißt es dazu: „Die Forstwirtschaft kann durch waldbauliche Maßnahmen an den Ursachen der Walderkrankung nichts ändern. Auf diesem Sektor laufen derzeit keine speziellen Forschungsprojekte."

Wissenschaftler müssen besser zusammenarbeiten

Nachdem jetzt eine „Interministerielle Arbeitsgruppe" (IMA) die Waldschadensarbeit der drei Bundesministerien für Inneres, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie des Forschungsministeriums koordiniert, die Länder und die Deutsche Forschungsgemeinschaft mitbeteiligt wurden, außerdem als wissenschaftliches Beratungsorgan der „Forschungsbeirat Waldschäden/Luftver*unreinigung" gebildet wurde*, beantwortet Minister Riesenhuber die Frage, ob die Zusammenführung der Wissenschaft auf diesem Felde jetzt gelungen sei, positiv.

Noch anläßlich des ersten Symposiums „Saurer Regen – Waldschäden" im Januar 1983 unter der „Projektträgerschaft für Umweltchemikalien" der Kernforschungsanlage Jülich GmbH hatte man festgestellt, daß die Wissenschaft untereinander von ihren einschlägigen Vorhaben durchaus nicht immer unterrichtet war. Jetzt hat die IMA ein besonderes Koordinierungsverfahren geschaffen, das vorsieht, daß vor der Vergabe eines neuen Forschungsvorhabens alle hier vertretenen Förderer unterrichtet werden müssen und ihre Wünsche einbringen können.

Mit dem Kabninettsbeschluß vom Mittwoch hat die Bundesregierung die zuständigen Ressorts beauftragt, die Forschungsaktivitäten und deren Auswertung mit Nachdruck voranzutreiben. Ein neuer Forschungsbericht ist für Anfang 1986 vorgesehen.

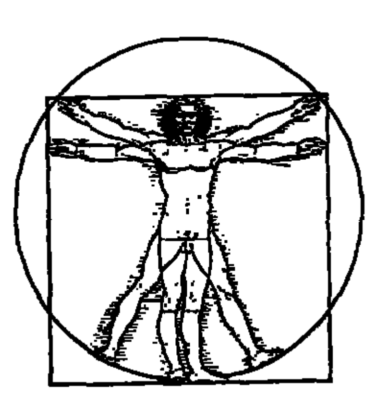
NOTIZEN

Intensivmedizin-Kongreß

Münster (dpa) – Lungenversagen *ist eines der größten Probleme* in der Intensivmedizin. Darauf wies Professor Peter Lawin (Münster) vor Beginn des *internationalen* Kongresses „Intensivmedizin 1985" hin, der von heute bis zum 16. 3. in *Münster stattfindet. Schwerpunkte* der Tagung sind Lungenversagen, medizinische Nachsorge nach Organverpflanzungen *sowie* die Behandlung von Thrombosen, Schlaganfällen und Infarkten mit Injektionen.

Allergien bei Rauchern

Erlangen (uli) – Englische Wissenschaftler vom Brompton Hospital in London vermuten, daß Raucher *eine besondere Anfälligkeit für* Allergien entwickeln können. Bei einer Allergie-Untersuchung von *Arbeitern*, die ständig mit einem bestimmten chemischen Stoff zu tun haben, fanden sie heraus, daß jene Arbeiter, die auf diese Chemikalie allergisch reagierten, meist auch bei anderen Stoffen wie Blütenpollen, Hausstaub, Katzenhaare u. a. sensibel waren. Erstaunlicherweise handelte es sich dabei fast ausschließlich um Raucher.



Laser schadet Augen

München (hsc) – In Discotheken, die mit Laserstrahleffekten arbeiten, werden die Augen der Besucher besonders strapaziert. Nach einer Untersuchung zweier Münchner Mediziner kann das Laserlicht bei Temperaturen bis zu 70 Grad Celsius zu einer Gerinnung des betroffenen Netzhautgewebes führen. Dadurch ist ein hoher Sehverlust des Auges möglich. In alkoholisiertem Zustand wird diese Gefahr sogar noch verstärkt, da sich unter Alkoholeinfluß die Augenlider langsamer und später schließen.

Ein Roboter sortiert den Blätterwald im Nu

Von ADALBERT BÄRWOLF

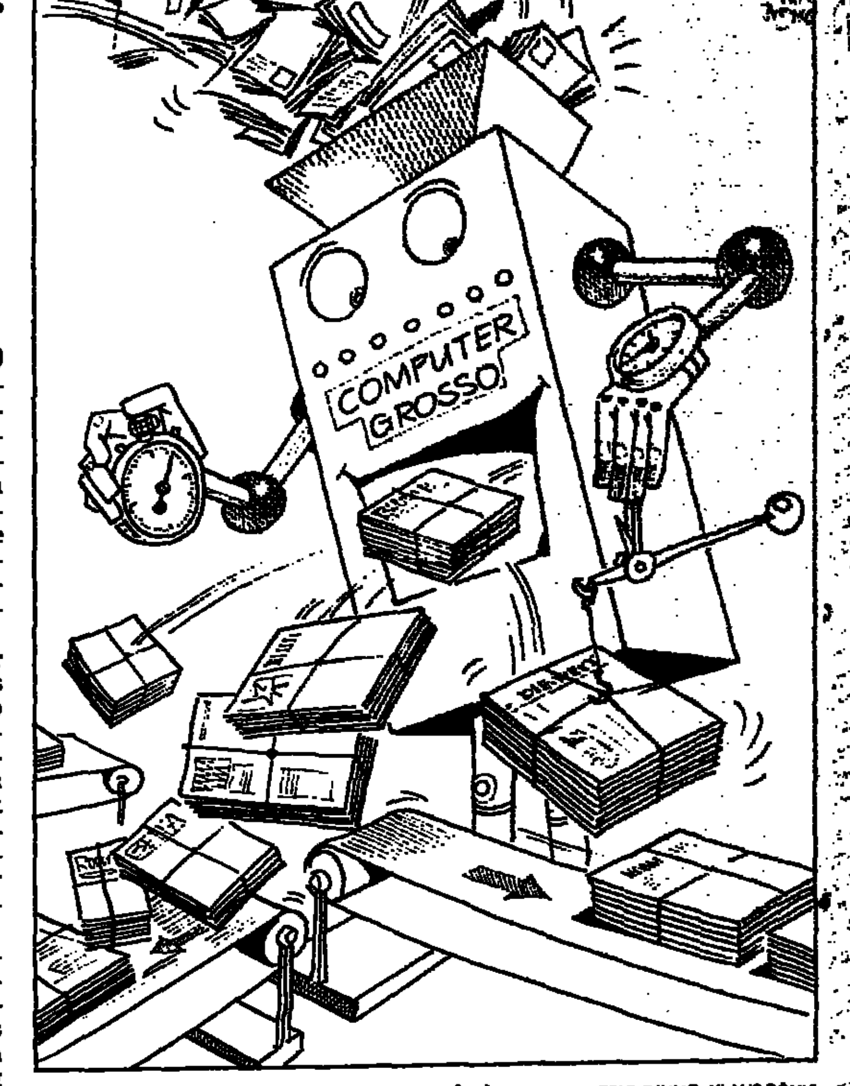
Als Hans Mende im Jahre 1950 auf Ballonreifen durch Karlsruhe radelte, hatte der Zeitschriftengroßhändler Mühe, vielleicht 400 Presseexemplare auf seinem vorderen Gepäckträger zu stapeln. Heute laufen in seiner Expeditionshalle am Rhein in der Woche eine Million Zeitungen und Zeitschriften über die einzige rechnergesteuerte automatische Kommissionierungsanlage in der Welt.

Spät haben die flinken Roboter Einzug in den Bereich Gutenbergs gehalten. *Denn* es ist gar nicht so einfach, von Automaten den Blätterwald für den Einzelhändler elektronisch *durchforsten zu lassen. Allein* in der deutschen Presselandschaft wuchern rund 2500 verschiedene Objekte. *Sie haben die unterschiedlichsten* Formate. Und sie sind nicht nur verschieden groß, sie sind auch unterschiedlich dick.

Zudem reicht die Palette der Papierqualität von billigem Recyclingpapier bis zu Titeln aus glänzender Zellulose. Hier lag denn auch das Problem der computergesteuerten automatisierten Kommissionierung von Presseerzeugnissen. Man hätte für jeden Titel eine eigene Zähl- und Sortiervorrichtung entwickeln müssen.

Auch die Amerikaner konnten nicht helfen. Das Vertriebssystem ist in den Vereinigten Staaten völlig anders konstruiert. Dort liefern die Verlage weitgehend im Direktvertrieb ohne Großhandel aus. Bei uns dagegen verteilt der Grossist das Kunterbunt der Presseerzeugnisse. Deswegen ist es so problematisch, jeden Tag den Blätterwald von neuem geordnet, schnell und ökonomisch leerzufegen.

In dem Zeitungs- und Zeitschriftenroboter von Karlsruhe werden nun alle Formate, vom Liebesroman in Postkartengröße bis zu überregionalen großen Zeitungen im WELT-Format, alle Heftstärken und Gewichte berücksichtigt. So schwanken die Heftstärken zwischen 1 mm und 50 mm. Beispielsweise wog die Ausgabe der WELT vom 2. März bei einem Format von 40,5 mal 28,5 cm 225 Gramm. Diese Ausgabe war 4,55 mm dick. Am selben Tag wog ein anderes Objekt 187 Gramm bei einer Stärke von 3,77 mm.



Vollautomatisch ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mit diesen täglich schwankenden Daten wird der Prozeßrechner der modular aufgebauten Anlage immer neu gefüttert. Grundsätzlich wird ein Zeitungsstapel von 200 mm Höhe auf den Wiegemechanismus des Roboters abgeschoben und gewogen. Daraus resultieren Stückzahl, Gewicht und Dicke pro Exemplar. Eine Gewichtsdifferenz bis zu einem Prozent wird toleriert. Der Prototyp der Karlsruher Anlage hat zehn Kommissionier-Automaten. Jeder Automat hat sein eigenes Mikrorechnersteuersystem und elektronisches Meßsystem. Das unter Rechnerkontrolle kommissionierte Presseprodukt wird über integrierte Fördersysteme von den Automaten auf die Abzugsförderer übergeben und gelangt so in die Staplerautomaten.

Die Anlage ist so raffiniert, daß sie für jeden Einzelhändler das disponierte Sortiment in einem Paket zusammenfaßt. Die zehn auflagenstärksten Objekte können gleichzeitig bearbeitet werden. Diese zehn Titel machen pro Tag mehr als 93 Prozent des Zeitungs- und Zeitschriftenberges aus. Für die restlichen 7 Prozent kleinauflagiger Objekte lohnt sich die Vollautomatik nicht. Diese Titel werden rechnergeführt in einer nachgeschalteten Regalzone halbautomatisch bearbeitet.

In Deutschland werden wöchentlich mehr als 500 verschiedene Pressetitel vertrieben. Mit der automatischen Kommissionieranlage können jetzt jeweils 600 Einzelhändler in 150 Minuten bedient werden. Die Zeitspanne zwischen Redaktionsschluß und Auslieferung an den Einzelhändler schrumpft weiter.

Nach Bananen, Schrauben, Pillen und Socken kann nun auch die nicht genormte tägliche Lektüre dem Kunden rechnergesteuert schneller, exakter und rationeller zugeordnet werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die angestammte Heimat

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bislang nur theoretisch debattierte Aufforderung, die Vertriebenen doch einmal selbst zu befragen, ob sie in ihre angestammte Heimat zurückkehren wollen, läßt sich – unbeschadet des völkerrechtlichen Stellenwerts, den eine derartige demoskopische Erhebung auch immer haben mag – *zumindest für die Gruppe* der aus dem Sudetenland Vertriebenen klar beantworten.

Als Mitarbeiter der Pressestelle des Sudetendeutschen Tages vor rund zehn Jahren in München war ich an der Vorbereitung und der Durchführung einer Umfrageaktion unter den zum alljährlichen Pfingsttreffen versammelten Sudetendeutschen beteiligt. Rund 10 000 Fragebogen wurden verteilt. Aufgeschlüsselt nach verschiedenen Altersgruppen wurde u. a. gefragt, ob man persönlich wieder in die verlorene Heimat zurückkehren wollte.

Als Voraussetzung einer solchen Möglichkeit wurde angenommen – und nur unter diesen Bedingungen macht die Beantwortung einer solchen hypothetischen Frage überhaupt einen Sinn –, daß das Sudetenland frei und deutsch sei, also wieder Bestandteil eines freien und geeinten Deutschlands. Damit wurde expressis verbis die oft propagierte Vision eines einigen Europas, in dem Gren*zen keine Rolle mehr spielen*, ausgeschlossen, eines Europas also, in dem die Sudetendeutschen zwar in das *Sudetenland zurückkehren könnten*, dies aber letztlich doch unter tschechischer Herrschaft bliebe. Außerdem wurde die gewünschte Rechtsstaatlichkeit eines geeinten (und auch das Sudetenland umfassenden) Deutschlands unterstrichen.

Die Auswertung ergab, daß über 90 Prozent der Befragten, und zwar in *allen Altersgruppen*, also auch in der die bis 25 Jahre umfassenden und damit die Vertreibung selbst gar *nicht mehr erlebt habenden* Altersgruppe I der jugendlichen Sudetendeutschen, wieder in ihre Heimat zu*rückkehren wollten*, wenn diese deutsch und frei sei.

Auch wenn man in Rechnung stellt, daß zu den Sudetendeutschen Tagen der aktivere Teil der Landsmannschaft anreist und daher vom Ergebnis dieser Umfrage nicht auf alle Sudetendeutschen geschlossen werden darf, so kann es dennoch zumindest für diese Volksgruppe keinen Zweifel geben, daß die überwiegende Mehrheit wieder in ein freies und Deutschland zugehöriges Sudetenland auch wirklich zurückkehren will und nicht nur ein bloß metaphysisches Heimatrecht reklamiert.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Michael Vogt,
München 2

*

H. Kühne aus Rheda-Wiedenbrück hat am *28.* Februar in einem Leserbrief „Die verlorene Heimat" seine Unterhaltung mit einem polnischen Staatsbürger skizziert, dessen Ausspruch in der Feststellung gipfelte: „Wenn einmal alle, die von dort stammen *und jetzt im Westen sind*, gestorben sind, hat sich das Problem von selbst gelöst."

Eine biologische Lösung also scheint auch hierzulande für manche, die eine Anerkennung des Status quo anstreben, der Weisheit letzter Schluß zu sein.

Diejenigen, die so argumentieren, hätten recht, wenn die deutschen Ostgebiete nur das Eigentum der Ostdeutschen wären. Mit ihrem Aussterben wäre kein Rechtsnachfolger mehr vorhanden. Die Ostgebiete gehören jedoch ganz Deutschland. Die *deutsche Frage ist nicht gelöst*, daher ergibt sich ganz von selbst das Festhalten an den Rechtspositionen durch die nachfolgenden Generationen. Diese haben die Aufgabe, Ostdeutschland weiterhin bewußt zu ma*chen* und für das deutsche Volk zu erhalten.

K. Bruns,
Krefeld

*

Sehr geehrte Redaktion,

daß nun ein hoher Amtsträger der Landsmannschaft Schlesien, der Landesvorsitzende von Berlin, Herr Kraffto von Metnitz, einen aktiven Autor der Wochenzeitung „Der Schlesier" angreift, weil K. Bruns in sei*nem Brief an die WELT gesagt hatte*, daß Schlesien weiter auf der Tagesordnung bleiben müsse, macht das *Maß um die Auseinandersetzung um* die Schlesier voll. Anstatt Solidarität auch dann noch zu üben, wenn einem *persönlich die Linie der eigenen* Landsmannschaft nicht paßt, schlägt Herr v. Metnitz auf Mitarbeiter der *Wochenzeitung „Der Schlesier" in ei*ner Weise ein, die zum endgültigen Eklat führen muß.

Nachdem das Innerdeutsche Ministerium dem Verlag „Der Schlesier" die Zuschüsse bereits gesperrt hat (weil dieser nicht so „leise" tritt wie andere große und von Bonn ebenfalls bezuschußte Vertriebenenzeitungen), soll jetzt offenbar eine „Abnabelung" seitens der Landsmannschaft Schlesien von dem Privatblatt „Der Schlesier" vorbereitet werden. Denn wie anders soll die Aussage des Herrn v. Metnitz verstanden werden: „Die Schlesier verstehen ‚Schlesier' und Herrn Bruns immer weniger ..."

Wie kommt Herr v. Metnitz eigentlich dazu, von „den Schlesiern" zu sprechen, also im Namen aller Schlesier? Ich bin auch Schlesier. Aber in meinem Namen spricht der Berlin-Schlesier v. Metnitz nicht.

Wenn der CDU-Mann v. Metnitz glaubt, den von der Zeitung „Der Schlesier" angeprangerten Kurswechsel in der Deutschland- und Ostpolitik durch die jetzige CDU/CSU/FDP-Bundesregierung schweigend hinnehmen zu müssen, dann ist das seine Privatsache. Aber Andersmeinende abzukanzeln, weil sie den tatsächlichen Umfall der Kohl-Genscher-Regierung nicht hinnehmen können, aus Selbstachtung, das geht zu weit.

Mit freundlichen Grüßen
A. Bude,
Römerberg

Übernahme

„Der Bankert im Konzert": WELT vom 1. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei dem von Karl Schiller geprägten Begriff „konzertierte Aktion" *dürfte es sich um eine Übernahme* aus dem Englischen handeln – „concerted action" findet sich seit 1948 im „Advanced Learner's Dictionary". In ähnlicher Bedeutung wie der hier vorliegenden („gemeinsam planen und ausführen") ist „to concert" im großen Oxforder Wörterbuch schon seit Jahrhunderten belegt. Gleiches gilt für französisch „concerter" (vgl. „plan concerté"). Die Frage, warum Karl Schiller von „konzertierter" statt von „konzertierender" Aktion sprach, dürfte sich damit erübrigen.

Mit freundlichen Grüßen,
J. Niemeyer,
Berlin 41

Wort des Tages

„Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepaßt werden."

Immanuel Kant; dt. Philosoph (1724–1804)

Nur Handlanger

„Ein neuer Platz erinnert an Ernst Thälmann": WELT vom 6. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

man kann es nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, was bei den „Regierenden" Hamburgs alles unter dem Begriff „Politiker" vereinnahmt wird. Wir sind es gewohnt, daß SPD-Funktionäre in den Medien sich als Journalisten bezeichnen. Daß aber Thälmann als Politiker bezeichnet wird, ist schon ein starkes Stück.

Politik ist bekanntlich definiert als die Kunst des Möglichen, ein Politiker also einer, der sich in der Kunst des Möglichen übt. Thälmann aber hat dies nie versucht. Er hat getreulich alle Richtlinien wie auch ihre häufigen Änderungen aus der Zentrale der Kommunistischen Internationale (Komintern) in Moskau befolgt. Ein eigenständiges Profil als Politiker hat Thälmann nie gehabt.

Hochachtungsvoll
E. Szameitat,
Hamburg 92

Sachverständig?

„Lukrativer Schwindel mit Gebrauchtautos": WELT vom 5. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit einem Bericht über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Landshut gegen Kfz.-Sachverständigen-Werkstätten und Autobesitzer wurde auch kurz über die Situation im Sachverständigen-Wesen auf dem Kfz.-Sektor berichtet.

Derzeitig ist die Rechtslage so, daß jeder, der sich dazu berufen fühlt, sich selbst zum Sachverständigen ernennen und Gutachten beispielsweise über die Unfallbedingtheit von Schäden an PKWs erstellen kann. Diese dienen der Beweissicherung gegenüber dem Unfallgegner. Das ist ein unhaltbarer Zustand, was auch der diesjährige Verkehrsgerichtstag eindeutig erkannte und dem Gesetzgeber im Interesse der Verbraucher und der Rechtspflege empfahl, ein einheitliches Berufsbild des Sachverständigen für „Kraftfahrzeugschäden *und Bewertung*" und für „Straßenverkehrsunfälle" zu verabschieden.

Es ist nicht zu erklären, warum der Gesetzgeber bis jetzt noch nicht tätig geworden ist. Pro Jahr werden ca. 2,5 Millionen Gutachten erstellt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Berufszweiges wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Versicherungswirtschaft 1983 ca. 14 Mrd. DM zur Regulierung von Verkehrsunfällen aufgewandt hat.

Mit freundlichen Grüßen,
Dieter Nasemann,
Bundesverband der freiberuflichen und unabhängigen Sachverständigen für das Kraftfahrzeugwesen e. V. –
BVSK, Düsseldorf

Personalien

GEBURTSTAGE

Der *Darmstädter Architekt* Professor **Ernst Neufert** feiert am Freitag seinen 85. Geburtstag. Geboren in Freyburg an der Unstrut, erlernte er das Maurerhandwerk und studierte an der Baugewerkschule in Weimar. Anschließend bis 1920 war er Schüler am Weimarer Bauhaus und zugleich Mitarbeiter im privaten *Bauatelier von* **Walter Gropius**. 1926 erhielt er eine Berufung als Professor an die neugegründete „Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst" in Weimar und wirkte dort als Leiter der Architekturabteilung und als stellvertretender Direktor. Nach 1930 ging er an die private Berliner Kunstschule **J. Itten**. In den 30er Jahren schuf Neufert Bürohäuser, Fabrikanlagen und kleine Siedlungen in der Lausitz. Bekannt wurde er vor allem durch seine „Bauentwurfslehre". 1946 erhielt er eine Professur für Baukunst und Industriebaukunst an der Technischen Hochschule (TH) Darmstadt und wurde gleichzeitig Direktor des Intitutes für Baunormen, ebenfalls an der TH. 1965 emeritierte Professor Neufert. Er gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den führenden Architekten im Industriebau.

*

Der Gründer und langjährige Leiter des Fachs Ostkirchengeschichte an der Philipps-Universität Mar*burg, Professor Dr.* **Peter Kawerau**, feierte seinen 70. Geburtstag. Gestützt auf sein Doppelstudium in Theologie und Orientalistik, hat sich der seit 1980 emeritierte Wissenschaftler besondere Verdienste um die Erforschung der Geschichte der christlichen Kirchen im Orient erworben und damit zu einer Neudefinition des Begriffs Ostkirchengeschichte beigetragen. Professor Kawerau gelang erstmals im deutschen Sprachraum eine Zusammenfassung der Geschichte aller östlichen Kirchen, und zwar nicht nur des kirchenslawischen und byzantinischen, sondern auch des kaukasischen und semitischen Kulturkreises. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet gehören die Bücher „Arabische Quellen zur Christianisierung Rußlands" und „Das Christentum des Ostens".

AUSZEICHNUNGEN

Im Schinkel-Wettbewerb 1984/85 sind in verschiedenen Fachsparten insgesamt fünf „Schinkel-Preise" zu je 6000 Mark an junge Architekten, Ingenieure und Künstler vergeben worden. In der Sparte Kunst und Bauen erhielten ihn **Hans Rengers** aus Aachen und **Martin Schulz** aus Köln, für den Bereich Städtebau ging der Preis an **Hans-Ulrich Hess** aus Mülheim an der Ruhr und **Christian Kuhlmann** aus Marl, im Bereich Konstruktiver Ingenieurbau ging die Auszeichnung an **Alfred Pierrung** aus Bexbach und **Joachim Kretz** aus Kaiserslautern, **Hans-Hermann Staschke** aus Karlsruhe erhielt ihn für den Bereich Eisenbahnbau, und im Bereich Wasserbau ging er an **Peter Evers** aus Moers.

*

Der Direktor des Instituts für Mechanik der Universität Stuttgart, Professor Dr. **Richard Eppler**, ist mit dem Verdienstorden am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Eppler erhielt die Auszeichnung für seine großen Verdienste um die Entwicklung des deutschen Segel- und Motorflugzeugbaus.

AUSSTELLUNG

Professor Dr. **May**, Professor der Japanologie an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität, hat eine Ausstellung japanischer Bücher mit japanischer Geschichte als Schwerpunkt sowie in Deutschland erschienene Bücher über Japan im historischen Museum am Römerberg *in Frankfurt am Main eröffnet*. Die Ausstellung wird vom japanischen Generalkonsulat und dem Historischen Museum Frankfurt in Zusammenarbeit mit der deutsch-japanischen Gesellschaft e. V. Frankfurt am Main veranstaltet.

VERANSTALTUNG

Mit vielen bekannten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst wurde das erste indische Kulturzentrum Europas in Bonn eröffnet. Nach der Begrüßung durch den Botschafter Indiens in der Bundesrepublik Deutschland, **Dileep Kamtekar**, sprach der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau**, der das Zentrum als einen Ort des Gesprächs und der Aufklärung bezeichnete. Unter den Gästen begrüßte er besonders Professor Dr. **Wilhelm Hahn**, den Präsidenten der Deutsch-Indischen Gesellschaft. Unter anderen waren zur Eröffnung gekommen: Professor Dr. **Dieter Rothermund** vom Südasien Institut Heidelberg, der Präsident der „International Academy for the Philosophy of Art", Dr. **André Mercier**, **Daniel Nazareth**, der Leiter des Berliner Symphonieorchesters, **Gerhard Pfenning** von der Internationalen Gesellschaft für Bildende Künste und Professor Dr. **Roger Goepper** vom Museum für ostasiatische Kunst in Köln. Höhepunkt des Abends war ein Konzert der international bekannten indischen Instrumentalisten **Pandit Ravi Shankar** und **Ustad Alla Rakha**. Mit Arbeiten des Malers und Graphikers **Narendra Srivastava** begann das Zentrum mit seinen ständig wechselnden Ausstellungen.

ERNENNUNG

Zum ersten Vizepräsidenten des „Japanisch-deutschen Zentrums Berlin" ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Siemens AG, **Bernhard Plettner**, vom Berliner Wirtschaftssenator Professor **Wilhelm Kewenig** benannt worden. Zum Ge*schäftsführer der Stiftung, die in der* alten japanischen Botschaft im Berliner Tiergarten 1986/87 ihre Arbeit *aufnimmt*, wurde Dr. **Thilo Graf Brockdorff**, bisher erster Botschaftsrat der deutschen Botschaft in Tokio, bestellt. Er *nimmt* seine Arbeit am 1. August auf. Für Mai ist ein Besuch des japanischen Ministerpräsidenten **Yasahiro Nakasone** in Berlin vorgesehen. Der Premier will sich das Gebäude, heute noch Ruine, ansehen.

Der Apostolische Protonotar und Ehrendomherr Dr. **Josef Paulus** ist im Alter von 76 Jahren in Trier gestorben. Der aus dem saarländischen Hülsweiler stammende Paulus war 1937 in Rom zum Priester geweiht worden. Nach seiner Kaplans- und Vikarszeit in Trier, Ottweiler und Niederlinxsweiler ernannte in Bischof Dr. **Franz Rudolph Bornewasser** 1945 zum Direktor am Bischöflichen Konvikt in Linz. Von 1948 bis 1954 war er Pfarrer in Saarbrücken. Nach einer dreijährigen Tätigkeit als Leiter des Sozialreferats des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Bonn bestellte ihn Bischof **Matthias Wehr** 1957 zum Leiter des Seelsorgeamtes in der Bistumsverwaltung und 1964 zum Generalvikar des Bistums. Dieses Amt versah er bis zum Tod des Bischofs 1967. 1965 war er zum Dompropst am Trierer Dom ernannt worden. Als Dompropst erwarb er sich große Verdienste bei der Renovierung des Trierer Doms. Nach Beendigung der Renovierung verzichtete er auf das Amt des Dompropstes und übernahm in St. Irminen in Trier die Aufgabe des Hospitalpfarrers. 1982 wurde er in den Ruhestand versetzt. Der Papst hatte Paulus 1960 zum Hausprälaten und 1974 zum Apostolischen Protonotar ernannt.

Romane und ihre Fernsehschicksale: Gespräch mit der Autorin I. Korschunow

„Für mich gibt's nur Menschenbücher"

Nicht nur das Glück hat seinen Preis, auch das Fernsehen verlangt von seinen Autoren einen Tribut. So sitzt heute abend in Grafrath bei München die Autorin Irina Korschunow vor dem Apparat, um sich – mit durchaus gemischten Gefühlen – ihr Fernsehspiel „Der Hochzeitstag" anzuschauen. Erzählt wird die Geschichte einer Ehe, die nach dreiundzwanzig durchaus glücklich zu nennenden Jahren plötzlich einen Riß bekommt: Der Mann hat sich eine blutjunge Freundin zugelegt.

„Leider hat der Regisseur Konrad Sabrautzky", so klagt Frau Korschunow, „das Milieu meiner Geschichte einen Stock höher angesiedelt, und so stimmt es in meinen Augen nicht mehr."

Es ist die alte, von nahezu allen Autoren gemachte Erfahrung: Dramaturgen oder Regisseure greifen selbstherrlich (und mit all ihrer Macht ausgestattet) in Stoffe ein – in löblicher Absicht, versteht sich. Aber das Ergebnis wird erfahrungsgemäß selten besser.

Irina Korschunow hatte sich ihr Hauptrollen-Ehepaar in einer Villa im Frankfurter Westend vorgestellt, die zwar recht ansehnlich, aber frei von allem „Reiche-Leute-Duft" ist. Jetzt agiert das krisengeschüttelte Paar im Luxus der Schickeria, aus dem Urlaubsdomizil der Ruhe suchenden Ehefrau wurde das „Grand-Hotel" von Meran – und dies alles verdirbt der Autorin die Freude an der Verfilmung.

Wie wohl ist ihr da zumute, wenn sie ans Bücherschreiben denkt. „Da bleibt jeder Satz stehen, den man schreibt", sagt sie, „das Ergebnis kann man natürlich voll verantworten."

Augenblicklich schwebt die 1925 in Stendal (Bezirk Magdeburg) geborene Autorin wie auf Wolken. Im Verlag Hoffmann und Campe ist im Februar (nach „Das Glück hat seinen Preis")

Der Hochzeitstag – ARD, 20.18 Uhr

ihr zweiter großer Roman erschienen: „Der Eulenruf". Es ist die Geschichte der 1903 in Armut geborenen Lene Cohrs, die sich zeit ihres Lebens abrackern muß. Lenes Erfahrung: Die guten Dinge des Lebens hängen einfach, wie süße Trauben, zu hoch für sie. Statt Wärme, Honig und Schinken gibt's immer nur Grütze, Plackerei und Schläge.

„Ein Buch für Frauen?" frage ich Irina Korschunow. Sie reagiert erschrocken. „Nein, es gibt für mich keine Frauen- oder Männerbücher. Für mich gibt's nur Menschenbücher."

Die Gattung Kinderbücher gibt es natürlich auch, und in dieser Literatursparte hat sich Irina Korschunow bereits vor der Geburt ihres jetzt 24jährigen Sohnes etabliert. Sie schreibt gern und mit lockerer Hand und würde nicht aufhören, selbst wenn man ihr eine Million gäbe.

„Frau Korschunow, wo liegt die Grenze? Bei fünf Millionen?" – Sie schüttelt den Kopf. „Für kein Geld würde ich mir das Schreiben abkaufen lassen." Und ehrlich fügt sie hinzu: „Mir geht's gut, deshalb sage ich das wohl auch so entschieden."

Seit dreißig Jahren ist Irina Korschunow (Vater und Schwiegervater Russen) mit einem Naturwissenschaftler verheiratet. Im vergangenen Jahr hat sie sich – von Mai bis Oktober – von ihm getrennt: in voller Harmonie. „Ich bin in ein Dorf am Arlberg in Klausur gegangen und habe dort meinen ‚Eulenruf' geschrieben. Von morgens bis abends, jede Seite fünfmal."

Der Roman spielt in der Lüneburger Heide, in einer ihrer Heimat verwandten Landschaft. „Ich konnte das Buch nicht dort, in der Altmark, ansiedeln", sagt sie. Die Landschaften sind verwandt, der Menschenschlag ähnlich, und was sie vom mühseligen Leben kleiner Leute mitfühlend erzählt, ist ohnehin für alle verständlich.

Irina Korschunow unterhält niveauvoll, mit eigenwilligem Ton. Sie entzückt Buchhändler und Kritiker (und natürlich ihre Leser). Als Autorin möchte sie aber nicht zur Kategorie „Unterhaltung" gezählt werden. Dieser Begriff hat nun mal den Beigeschmack von Seichtheit, den er wohl nicht wieder loswerden kann. So definiert, bietet Frau Korschunow in der Tat mehr als bloße Unterhaltung. Aus der Tatsache, daß zum Beispiel Heiraten immer ein Risiko ist, macht sie mehr als die Beschreibung eines Dilemmas. Sie geht den Ursachen nach und in die Tiefe.

Neuerdings trägt sie eine hübsche goldene Brosche: eine leicht stilisierte Eule. „Die ist von meinem Mann – für mein jüngstes Buch", erklärt sie. Und lächelt. GÜNTER RUDORF



Sieht sich die TV-Bearbeitungen ihrer Romane mit sehr gemischten Gefühlen an: Irina Korschunow
FOTO: PETER PEITSCH

ARD



SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die sich Christen nennen
11.40 Reisebilder aus der DDR
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Europa diese Woche
Bericht aus Straßburg

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
16.55 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
17.25 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Der Hochzeitstag
Fernsehfilm von Irina Korschunow
Mit Dieter Kirchlechner, Witta Pohl, Nina Hoger u. a.
Regie: Konrad Sabrautzky
Als Ulla Kranz von ihrem Mann erfährt, daß er seit kurzem eine Freundin hat, bricht für sie eine Welt zusammen. Er verlangt von ihr, diese Beziehung zu dulden und nach außen hin die Ehe aufrechtzuerhalten.
21.45 Känguru
Musik und Spaß mit Hape Kerkeling und musikalischen Gästen
22.30 Tagesthemen
23.00 Magdalena
Drama von Ludwig Thoma
Regie: Jörg Graser
Im Mittelpunkt des Dramas steht eine Bauerntochter, die sich prostituiert. Thoma zeichnet hier ein Sittengemälde der bäuerlichen Gesellschaft aus dem vorigen Jahrhundert.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Elternsache: Grundschule
4. Minderheiten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
10teilige Fernsehserie
Geteiltes Haus ist halbe Freud
Die junge Witwe Kit Flanagan und die geschiedene Abby Stone sind einem Betrüger aufgesessen: Unabhängig voneinander haben sie das gleiche Haus gemietet . . .
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
19.00 heute
19.30 Herbert ist Herrmann
Heitere Szenen und Plaudereien mit Herbert Herrmann und seinen Freunden
Als Gast: Jürgen von Manger
20.30 Peter Petrel
Viel zu bescheiden
Musik von uns für Sie
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Das Loch in der Lohntüte
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen Theo Waigel
Live aus dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bei München
23.20 Apropos Film
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
0.05 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Veränderungen
15.00 Siebstel
Dinosaurier 1
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Krieg der Rotlinge
17.00 Simon Templar
S. T. auf Diamantenjagd
Abdul Grainer hat aus dem Louvre den Regency-Diamanten gestohlen, der eine Million Dollar wert ist. Nun hält er sich mit seiner Beute auf Teneriffa versteckt . . .
18.00 Fauna Iberica
Eine Geschichte vom Hirschkalb
2. Teil
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Hermetico – Die unsichtbare Region
Englischer Spielfilm (1969)
Mit Roger Moore u. a.
Regie: Roy Baker
Um einen Safe zu knacken, läßt ein Gangsterboß einen Schriftsteller entführen, in dessen Büchern höchst fachmännische Tresoreinbrüche beschrieben werden.
20.30 R. A. D. Cats (5)
Solo für Sam
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Der Chef schickt seinen besten Mann
Deutsch-ital. Spielfilm (1966)
Mit Stewart Granger, Daniela Bianchi, Peter van Eyck u. a.
Regie: Sergio Solima
In Marrakesch sitzen die Hintermänner einer internationalen Bande, die mit Raketenplänen handelt. Ehe es Agent Jimmy Merril gelingt, ihnen das Handwerk zu legen, wird er selbst zur Zielscheibe zahlreicher Anschläge.
23.40 APF blick:
Letze Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Frühstück im Grünen
Französischer Spielfilm (1959)
Buch und Regie: Jean Renoir
21.45 ABM – Alternativen zum Stempelgeld?
22.15 Das Neue Frankfurt (1)
23.00 Nacht ohne Morgen
Der Autor Cornell Woolrich
23.40 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 Wo Tiere noch unter sich sind
19.45 Wo die Schwäne singen
20.00 Tagesschau
20.15 Gewagtes Spiel
Amerikan. Spielfilm (1982)
21.45 Fragen Sie doch Gesine Cresspahl
22.30 Jazz-Fest Berlin 1984
Enrico Rava Italien Projekt
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Die Heiratsmaschine
Amerikan. Spielfilm (1961)
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Calle Serrano
22.30 Die Zitadelle (3)

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (3)
20.30 Familie am Bildschirm (3)
21.00 Der Kopfloho
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Ich würde die Vergangenheit schon in Ruhe lassen, wenn sie mich in Ruhe lassen würde
Erinnerungen eines KZ-Häftlings
22.55 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Gesundheitstreff
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 St. Wendeler Land

BAYERN

19.00 Die Geschichte der 1002. Nacht (2)
21.00 Ägyptische Woche
Erben des Pharao
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Ägyptische Woche
Alexandria . . . warum?
Ägyptisch-algerischer Spielfilm (1978)
0.15 Rundschau
0.20 Actualités

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Alarm auf Revier 12
von Herbert Reinecker
Seit geraumer Zeit ist die Polizei über eine Serie von Einbrüchen äußerst beunruhigt. Obwohl in allen heimgesuchten Villen automatische Alarmanlagen installiert sind, verlaufen die Diebestouren immer erfolgreich.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Schlüssel zur Vergangenheit
Film von Alfred Vendl und Helmut Fürthhauer
Mittels radiologischer Untersuchungen lasssen sich heute Kunstwerke präzise auf Echtheit überprüfen und datieren.
22.30 Unser Weg zum Menschentum
Josef Hoffmann – ein Meister des Gesamtkunstwerks
23.30 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Korrektur für Selbstankläger

Das Deutsche Fernsehen hat einen neuen Widerstandshelden entdeckt, den Partisanenchef Morenga aus dem Hottentotten-Aufstand von 1905/06 gegen die deutsche kaiserliche Schutztruppe.

Auf Grund des selbstredend antikolonistischen Romans „Morenga" von Uwe Timm wurde vor Ort eine kostspielige dreiteilige Serie gedreht, die gestern anlief. Der besseren Einstimmung halber präsentierte die ARD am Montagabend eine wenigstens halbwegs sachliche, ebenfalls vor Ort im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika („Namibia") erstellte Dokumentation von Klaus Figge: **Widerstand in Deutsch-Südwest**.

Gemeint sind die Rebellionen der Hereros von 1904 und der Nama, damals Hottentotten genannt, von 1905. Es war der Kampf um die besten Weideplätze und Wasserstellen im Land, die diesen Rinder-Nomaden-Völkern von deutschen Siedlern weggenommen wurden. Die Dokumentation will zeigen, wie sich im heutigen, von Südafrika verwalteten Land die einstige Geschichte widerspiegelt. Von schwarzer Seite kommt vor allem die Swapo zu Wort, die kommunistische Untergrundbewegung im Land, die die Macht in einem unabhängigen „Namibia" erringen will.

Die protestantische Kirche steuert eilfertig devote Schuldbekenntnisse bei, weil ihre Missionare den Vortrupp des fluchwürdigen Kolonialismus gebildet hätten. Der Aufstand der Herero endete damit, daß der deutsche Befehlshaber im Schutzgebiet nach dem Sieg am Waterberg etwa 60 000 ihrer Stammesgenossen, die absolut nicht kapitulieren wollten, ins wasserlose Omaheke-Sandfeld treiben ließ.

Deutsche sogenannte Historiker sprechen heute von „Völkermord". Ein Schwarzafrikaner meinte dagegen, davon könne keine Rede sein. Die Handlungsweise des deutschen Generals habe nur dem Geist des Kolonialzeitalters entsprochen. Man müsse die großen Zusammenhänge sehen – eine beachtliche Korrektur für deutsche Selbstankläger.
WALTER GÖRLITZ

Zähflüssige Spurensuche

Erst sind es nur Telefonanrufe, in denen sie sich nicht zu erkennen gibt, dann taucht sie persönlich auf, um aber sogleich wieder geheimnisvoll zu verschwinden: So drängt sich die Unbekannte in die Familie des Richters Greve. Der nun macht sich auf die Suche nach der **Spur der Anderen** (ZDF), die behauptet, seine richtige Mutter zu sein. Und er gerät dabei in eine Identitätskrise, sieht plötzlich sein scheinbar sicheres Selbstverständnis in Frage gestellt. So weit in groben Zügen die Geschichte, die Daniel Christoff erdacht und in Szene gesetzt hat. Eine Geschichte, die durchaus packend von menschlicher Schwäche und Unberechenbarkeit hätte erzählen können. Hätte. Die aber seltsam zäh lief und nur in einigen seltenen Augenblicken anrührte.

Das geschah dann, wenn Nicole Heesters als die „Andere" mit einer faszinierenden, leicht verliebten Aura ihren biederen Sohn (Manfred Zapatka) in Verwirrung stürzt. Attraktiv genug ist sie, um als Frau wahrgenommen zu werden. In solchen Szenen scheint sie die rührend-besorgte Mutter nur vorzugeben. Und auf der anderen Seite spielt sie sich während eines Besuchs bei der Familie penetrant schwiegermutter- und omahaft auf, eine hektische Glucke.

Ohne die Heesters wären die 100 Minuten Spurensuche arg lang geworden. CORNELIA REISER

FUßBALL-EM

In Lissabon geht es nun um Berlin

sid, **London/Lissabon**

Im Ringen um die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 1988 reisen Englands Verbandsfunktionäre im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen nicht nach Lissabon, wo morgen das Exekutiv-Komitee der Europäischen Fußball-Union (UEFA) endgültig über die EM-Vergabe entscheidet. Während Hermann Neuberger und Egidius Braun, Präsident und Schatzmeister des Deutschen Fußball-Bundes, in Lissabon den Versuch unternehmen wollen, Berlin doch noch als EM-Spielort durchzusetzen, warten Englands Verbandschef Bert Millichip und sein Sekretär Ted Croker daheim den Ausgang ab.

Die Engländer, von der zuständigen Organisationskommission der UEFA am 18. Februar in Bern hinter dem DFB auf Rang zwei der Vorschlagsliste an die Exekutive gesetzt, halten sich angesichts der politischen Diskussion um Berlin zurück. „Wir fliegen nicht nach Lissabon, weil wir keine neuen Vorschläge zu machen haben", erklärte FA-Sekretär Croker.

Immerhin hat die „Football Association" in einem Brief an die UEFA das Exekutiv-Komitee daran erinnert, daß man weiterhin voll zu seiner Bewerbung stehe und sich zur Verfügung halte, falls man dem DFB wegen der Berlin-Frage nicht den endgültigen Zuschlag geben könne.

Ungeachtet des Drucks politischer Stellen auf die Europameisterschaft 1988 ohne die Einbeziehung Berlins zu verzichten, kämpft der Deutsche Fußball-Bund (DFB) um den endgültigen Zuschlag. Präsident Hermann Neuberger und Schatzmeister Egidius Braun flogen bereits am Mittwoch in die portugiesische Hauptstadt, um die Exekutive zu bitten, das Eröffnungsspiel am 10. Juni 1988 doch noch nach Berlin zu vergeben. Die Betonung liegt auf „bitten", denn unverändert ist der Standpunkt des DFB: „Der DFB wird nicht auf die Ausrichtung verzichten und wird auch nicht versuchen, mit der Androhung eines solchen Verzichts die zuständigen Gremien der UEFA unter Druck zu setzen."

Es ist denkbar, aber sehr unwahrscheinlich, daß die elf Exekutiv-Mitglieder den bereits verabschiedeten Spielplan zu Gunsten Berlins abändern.

NACHRICHTEN

Trainer-Rücktritt

Elsenfeld (sid) – Karl-Heinz Bergsträßer ist von seinem Trainerposten beim Deutschen Handball-Meister TV Großwallstadt zurückgetreten. Klaus Zöll, ehemaliger Trainer von Großwallstadt, wird das Training bis zum Saisonende leiten.

Sieg mit Brille

Dallas (dpa) – Die amerikanische Weltranglisten-Erste Martina Navratilova hat den Grund für ihre Niederlagen der letzten Wochen gefunden: Sie sei kurzsichtig. In der ersten Runde des 150 000-Dollar-Turniers von Dallas schlug sie die Engländerin Jo Durie mit 6:1, 6:3 – mit Brille.

Comeback für Jaeger

Tokio (sid) – Die ehemalige Wimbledon-Finalistin Andrea Jaeger (USA) wird beim Tennis-Doppel-Turnier in Tokio im April an der Seite der Cuxhavenerin Bettina Bunge ein Comeback versuchen. Die 19jährige hatte wegen einer Knieverletzung acht Monate lang pausiert.

Dritte Olympia-Bewerbung

Lake Placid (sid) – Zum dritten Mal nach 1924 und 1980 will Lake Placid (US-Bundesstaat New York) im Jahre 1992 Olympische Winterspiele ausrichten.

Graf gibt Revanche

Düsseldorf (sid) – Charly Graf, deutscher Schwergewichtsmeister der Box-Profis, verteidigt seinen Titel schon am 18. Mai in Mannheim gegen seinen Vorgänger Reiner Hartmann. Hartmann hatte am letzten Samstag durch Abbruch in der siebten Runde verloren.

Siitonen-Schritt-Verbot

Oslo (dpa) – Bei den morgen beginnenden Ski-Langlauf-Wettbewerben am Holmenkollen bei Oslo ist der sogenannte Siitonen-Schritt auf Teilen der Loipe verboten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste Bundesliga: Schalke 04 – Bayer Leverkusen 4:2 (2:0), 1. FC Kaiserslautern – Waldhof Mannheim 1:1 (1:0). DFB-Pokal, Viertelfinale: Bayer Uerdingen – Werder Bremen 2:1 (0:1). **Zweite Bundesliga:** BW Berlin – Darmstadt 3:1 (1:1), Köln – Hertha BSC 1:0 (0:0). – **Erste englische Division.** Nachholspiele: Tottenham – Manchester United 1:2, Stoke – Bromwich 0:0, Sunderland – Watford 1:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 56 Punkte, 2. Tottenham 54, 3. Manchester United 52, 4. Southampton 49.

STAND ● PUNKT / *Der freie Fall und die Sensationsgier*

„Wir haben gewisse Bedenken. Wir haben aber auch die Möglichkeit zu bremsen." Gianfranco Kaspar, der Generalsekretär des Internationalen Skiverbandes (FIS), beugt vor. Denn die Nachrichten aus Planica in Jugoslawien, dem Austragungsort der Skiflug-Weltmeisterschaft am Wochenende, haben die FIS-Vorstandsherren verdrossen. Im vorigen Jahr flog der Finne Matti Nykänen in Oberstdorf 185 m weit – was Weltrekord wäre, würden im Skifliegen Weltrekorde geführt. In Planica liegt der kritische Punkt der Schanze schon bei 185 m, und die Veranstalter avisieren den ersten 200-m-Flug.

Solcher Art Trommelwirbel hat wohl die Sensationsgier angeheizt: Bereits 90 000 Karten wurden im Vorverkauf abgesetzt, am Samstag und Sonntag rechnet man mit jeweils 150 000 Zuschauern. Viele von ihnen könnten enttäuscht werden, denn die FIS möchte der gefährlichen Weitenjägerei einen Riegel vorschieben. Zu diesem Zweck wurde Odilo Delcourto als technischer Delegierter nach Planica geschickt. Delcourto, ansonsten Schanzenchef in St. Moritz, gilt als besonders besonnener Mann. „Kein Mann, der ein Springen kaputtmacht, aber einer, der dafür sorgt, daß es nicht kaputt geht", sagt Kaspar.

Der Mann aus St. Moritz soll dafür sorgen, daß die Neigung des Aufsprunghanges nicht flacher als 38 Grad ist. Diese Daten können nur vor Ort und im wettkampfgemäßen Zustand der Gesamtanlage festgestellt werden. „Wenn das stimmt, dann spielt es keine Rolle, ob nun 180 m oder 200 m weit geflogen wird", sagt Kaspar. In diesem Punkt scheint er zu irren. Denn das Problem liegt auch in der enormen Geschwindigkeit von über 115 km/h beim Anlauf und Absprung. Der ehemalige Weltmeister Armin Kogler stellte fest: „Bei dieser hohen Fahrt bleibt einem für den Übergang von der Fluglage in die Landeposition nur etwa eine Zehntelsekunde." Eine Zehntelsekunde, in der sich kleinste Fehler verheerend auswirken können. Die möglichen Folgen: Genickbruch, Querschnittlähmung, schwere innere Verletzungen.

Man bedenke: In sechs Sekunden katapultiert die Abschußrampe die Flieger auf 180 m und mehr. „Da fliegt man nicht mehr selber, da wird man geflogen", erinnert sich der einstige Schweizer Weltrekordler Walter Steiner. Und Ewald Roscher, der hiesige Bundestrainer, nannte Skiflug-Schanzen wohl nicht zu unrecht „Denkmäler der Unvernunft". Roscher war es auch, der feststellte: „Mit eigener Kraft kann der Mensch die Luftwiderstände von einem gewissen Tempo an nicht mehr meistern. Wir haben schon genug Querschnittsgelähmte. Eine Jury, die beim Skifliegen die Verantwortung trägt, muß an den Staatsanwalt denken."

Gianfranco Kaspar spricht von der Lächerlichkeit eines Weitenrekordes und davon, daß man die Springer ruhig die 200-m-Marke überfliegen lassen solle – „wenn das erreicht ist, ist die Diskussion tot". Mag sein, daß die Sensationsgier nach Erreichen dieser Marke in Desinteresse umschlägt. Bisher aber war es nicht möglich, dem Skifliegen den Hauch des Sensationellen zu nehmen, den Verdacht, hier würde mittels des freien Falles auf Skibrettern so etwas wie der Tod am Nachmittag zelebriert. Daß dieser Sport zur Perversion ausarten kann – davon spricht im Vorstand des Internationalen Skiverbandes niemand – jedenfalls nicht ungeschützt. Aber das Wissen darum ist vorhanden. Und so versucht man, was möglich ist: Man unterbindet den Bau weiterer Großschanzen, man führt keine offiziellen Weltrekordlisten, und man überprüft vor Ort intensiv die Anlagen. „Wir können es ja nicht verbieten", sagt Gianfranco Kaspar. Aber er sagt auch: „Ein 60-m-Sprung kann sportlich wertvoller sein als ein 200-m-Flug."

Was sicher stimmt, doch das Publikum will wohl eher die Sensation. In Erwartung der ersten 200-m-Flüge heute, morgen, übermorgen und am Sonntag wurden in Planica 90 000 Karten im Vorverkauf abgesetzt. Das ist die beklemmende Realität.

KLAUS BLUME

LEICHTATHLETIK

Coe: Ein Vertrag um 640 000 Mark

dpa, **Mailand**

Der zweimalige Olympiasieger Sebastian Coe (England) ist mit einer Unterschrift um rund 640 000 Mark reicher geworden. Diese Summe zahlt der italienische Sportschuh-Hersteller Diadora dem Goldmedaillen-Gewinner von Moskau und Los Angeles dafür, daß er vier Jahre lang die Produkte des Mailänder Unternehmens trägt. Außerdem soll der Weltrekordler mit seinen Ideen und Erfahrungen zur Entwicklung eines sogenannten idealen Laufschuhs beitragen.

Bei seiner Vertragsunterzeichnung bekräftigte Coe erneut, künftig weltbester 5 000-m-Läufer zu werden. In dieser Saison will der Engländer „zwei- oder dreimal" auf der für ihn neuen Distanz starten, für 1986 hat er sich den Sieg bei den Europameisterschaften in Stuttgart und „eine Zeit unter 13 Minuten" zum Ziel gesetzt – also Weltrekord.

Den hält übrigens seit 1982 sein Landsmann Dave Moorcroft mit 13:00,42 Minuten.

DFB-POKAL / Bayer Uerdingens unaufhaltsamer Aufstieg zur Spitze

Karl-Heinz Feldkamp: In drei Jahren um die deutsche Meisterschaft mitspielen

BERND WEBER, **Uerdingen**

Als Schiedsrichter Werner Föckler das Pokalspiel Bayer Uerdingen gegen Werder Bremen abpfiff, prasselte ein Beifallsorkan auf die Uerdinger nieder. Sie hatten durch einen hochverdienten 2:1-Sieg zum zweitenmal nach 1977 das DFB-Pokalhalbfinale erreicht. Mehr noch, sie hatten wohl endgültig bewiesen, daß sie in dieser Saison zur Creme der Bundesliga gehören.

Bremens Trainer Otto Rehhagel: „Dem aggressiven Spiel der Uerdinger, dem imponierenden Powerplay, das sie vor allem nach dem Seitenwechsel aufgezogen haben, hatten wir nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen."

In der Tat war der Leistungsunterschied zwischen den beiden Mannschaften krasser, als es das knappe Ergebnis ausdrückt. Wenn Bremens Torhüter Dieter Burdenski nicht eine Serie von Glanzparaden geboten hätte, seine Mannschaft wäre böse unter die Räder geraten. Burdenski schimpfte schon während des Spiels und noch heftiger danach auf seine Vorderleute.

Uerdingens Mannschaftskapitän Matthias Herget registrierte die Schimpfkanonaden des Bremer Torhüters mit sichtlichem Stolz. „Ich habe wirklich das Gefühl, daß wir uns zu einer echten Bundesliga-Spitzenmannschaft herausgeputzt haben", sagte er später. „Vor allem zu Hause bringen wir derzeit das Optimum. Schade nur, daß viele in Krefeld das immer noch nicht registriert haben."

Herget war wie seine Mannschaftskameraden ein wenig enttäuscht über die Zuschauerzahl – sie wurde mit 16 000 angegeben. Immerhin, die, die kamen, stärkten ihrer Mannschaft vorbehaltlos den Rücken, und als das Spiel abgepfiffen wurde, stürmten zwei Fans in die Uerdinger Kabine, um den beiden Torschützen, Matthias Herget und dem Isländer Lars Gudmundsson, einen mit zwei Litern Bier gefüllten Krug zu überreichen: „Als dickes Dankeschön und mit einem freundlichen Prost auf den Sieg".

„Hier in Uerdingen", stellte Trainer Karl-Heinz Feldkamp fest, „bewegt sich was. Wir müssen die Chancen nutzen, die sich jetzt bieten, um den Fußball hier voranzubringen."

Und dann: „Wenn alle richtig mitziehen", prophezeite er, „ist es möglich, eine Mannschaft zu formen, die in spätestens drei Jahren ganz ernsthaft um die Deutsche Meisterschaft mitkämpfen kann."

Die Art, wie Herget seine Abwehr dirigierte und darüber hinaus das eigene Sturmspiel ankurbelte, wie er bei den lauffreudigen Mittelfeldspielern Friedhelm Funkel und Dietmar Klinger Unterstützung fand, wie Karl-Heinz Wöhrlin und Wolfgang Funkel die Bremer Sturmspitzen Uwe Reinders und Nationalmannschafts-Mittelstürmer Rudi Völler ausschalteten, lassen solche Hoffnungen nicht unrealistisch erscheinen.

Bayer Uerdingen hat den Wandel endgültig vollzogen. Aus der grauen Maus wurde ein ganz bunter Bundesliga-Farbtupfer.

Mannheim mogelte sich an Stuttgart und HSV vorbei

DW. **Bonn**

Insgesamt 43 000 Zuschauer sahen am Dienstagabend zwei Nachholspiele der Fußball-Bundesliga. Aufsteiger Schalke 04 befreite sich mit einem 4:2-(2:0)-Sieg über Bayer Leverkusen von möglichen Abstiegssorgen, und der SV Waldhof Mannheim verbuchte beim 1. FC Kaiserslautern – wie schon drei Tage zuvor gegen Werder Bremen – ein glückliches 1:1 (0:1).

Lediglich ein mitleidiges Lächeln erntete Leverkusens Trainer Dettmar Kramer, als er nach dem Spiel mit ernster Miene verkündete: „Ein Lob an meine Mannschaft, die nie aufgesteckt hat." Cramer wird vermutlich der einzige unter den 19 600 Zuschauern im Gelsenkirchener Parkstadion gewesen sein, der beim Spiel seiner Mannschaft eine Spur von Kampfgeist registriert hatte. So reichte dem Aufsteiger eine durchschnittliche Leistung, um sich nach 7:1 Punkten aus den letzten vier Spielen in höhere Tabellenregionen zu verbessern.

Dagegen präsentierten die Leverkusener nach zuletzt 5:1 Punkten binnen acht Tagen wieder Mittelmaß und eine Gemeinschaft, die nur bis zum 0:1 durch Täuber in der 40. Minute funktionierte. Die beiden Schatzschneider-Treffer (43. und 59.) sowie Täubers Saison-Tor Nummer 14 waren die logische Folge der Hilflosigkeit von Cramers Spielern. Beide Leverkusener Treffer kamen erst in den letzten vier Minuten durch Schalker Nachlässigkeiten zustande.

Erst Sekunden vor dem Schlußpfiff mußte der 1. FC Kaiserslautern den Ausgleich zum 1:1 gegen Waldhof Mannheim hinnehmen. Heck überlistete Kaiserslauterns Torwart Ehrmann nach einem Freistoß.

Kaiserslautern hätte das Nachholspiel vor 24 000 Zuschauern durchaus für sich entscheiden können, doch wieder einmal wurde die eklatante Angriffsschwäche sichtbar.

Die Mannheimer hatten während der gesamten Spielzeit keine einzige Tormöglichkeit, bis in der Schlußminute die gesamte Lauterer Abwehr für einen Moment die Übersicht verlor und Heck den Ausgleich gestattete. In der Tabelle zog Mannheim mit dem zehnten Auswärtspunkt dieser Saison sogar an Meister VfB Stuttgart und Vizemeister Hamburger SV vorbei.

Lambsdorff: Hilfe für Arbed nur bei klarem Konzept

DW. Bonn/Luxemburg

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat den künftigen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) aufgefordert, sein Konzept für die Sanierung des ums Überleben kämpfenden Stahlkonzerns Arbed Saarstahl klar zu umreißen. Dies sei die Voraussetzung für weitere Zahlungen des Bundes. Der Bund könne nur Gelder bereitstellen, wenn Erfolgsaussichten für ein Konzept bestünden, sagte Lambsdorff. Ein für falsch gehaltenes Konzept könne nicht vom Bund finanziert werden.

Lafontaine habe, so Lambsdorff, mit seiner Behauptung zwar recht, daß Bund und Land heute schon wirtschaftliche Eigentümer des mit bis jetzt rund drei Milliarden Mark subventionierten Unternehmens seien. Es sei aber ein Unterschied, ob die öffentliche Hand auch noch rechtlicher Eigentümer werde. Sinn einer Übernahme der von Bund und Land gemeinsam gehaltenen Option auf 76 Prozent der Gesellschaftsanteile sei die Möglichkeit, Arbed Saarstahl einmal mit einem anderen geeigneten Unternehmen zu fusionieren. Die Anteile würde der Luxemburger Mutterkonzern Arbed S.A. praktisch umsonst abgeben.

Nach einer Verstaatlichung von Arbed Saarstahl sei aber eine privatwirtschaftliche Lösung nur noch schwierig vorzunehmen. Bei einer Zustimmung des Bundes für die Ausübung der Option müsse das Saarland die alleinige finanzielle Verantwortung tragen, da nach der Übernahme Hunderte von Millionen Mark für die Entschuldung und Sanierung anfielen.

Im Zusammenhang mit den geleisteten Subventionen hat der Luxemburger Mutterkonzern Äußerungen des SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt dementiert, wonach ein Teil der an Arbed Saarstahl aus deutschen Steuergeldern bewilligten finanziellen Hilfen nach Luxemburg geflossen sei. In einer Erklärung wies der Konzern vielmehr darauf hin, daß in der Vergangenheit kein deutscher Stahlkonzern zur Übernahme der Umstrukturierung der Stahlindustrie an der Saar bereitgewesen sei. Daher habe Arbed 1980 auf Wunsch von Bund und Land diese Aufgabe übernommen.

Blüm will Bedenken gegen Rentenmodell ausräumen

Verfassungsrechtliche Stellungnahme wird erarbeitet

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einer verfassungsrechtlichen Stellungnahme, die das Bundesarbeitsministerium bis zum 26. März ausarbeiten soll, will Bundesarbeitsminister Norbert Blüm Bedenken ausräumen, die gegen sein „Anrechnungsmodell" für die Reform der Hinterbliebenenrenten vorgetragen worden sind. Nach Informationen der WELT ist das Ministerium davon überzeugt, daß mit dieser Ausarbeitung alle Vorbehalte, die zum Beispiel bei der jüngsten Anhörung im Bundestagsausschuß für Arbeit- und Sozialordnung deutlich wurden, hinfällig werden könnten.

Bekanntlich sind aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. März 1975 Witwen und Witwer im Rentenrecht gleichzustellen. Theoretisch wäre es zwar möglich, Witwer einfach wie heute die Witwen zu behandeln. Dadurch aber würden sich die Rentenerwartungen vieler Männer so verbessern, daß diese Lösung nicht finanzierbar ist.

Unter diesen Prämissen legte Blüm sein „Anrechnungsmodell" vor. Nach dem Gesetzentwurf soll der überlebende Ehegatte neben seiner ungeschmälerten eigenen Rente eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 Prozent der Rente des Verstorbenen erhalten. Auf diese Hinterbliebenenrente soll eigenes Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen über einem Freibetrag von 900 Mark zu 40 Prozent angerechnet werden. Anzurechnen sind: Erwerbseinkommen, eigene Renten aus der Rentenversicherung, Beamtenpensionen, Renten aus berufsständischen Versorgungswerken. Nicht angerechnet werden Betriebsrenten, Zusatzrenten des öffentlichen Dienstes, Unfall- und Kriegsopferrenten oder Vermögenserträge.

Bedarf bedenken

Die verfassungsrechtlichen Bedenken beziehen sich auf die Anrechnung von Einkommen schlechthin (Artikel 3 Grundgesetz, Gleichbehandlungsgrundsatz) und auf die Frage, welche Einkommen angerechnet werden und welche nicht (Artikel 14 Grundgesetz, Eigentumsschutz). Weiter wird eingewandt, durch die Anrechnung werde ein Element der „Bedürftigkeitsprüfung" in die Rentenversicherung getragen.

Im Bundesarbeitsministerium hält man es für sinnvoll, nach dem Tod des Ehepartners auf die Bedarfssituation des Überlebenden abzustellen. Man stützt sich auf die „84er Reform-Kommission", die feststellte, daß die Hinterbliebenenrenten beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen sind, die von jeher und nach geltendem Recht Unterhaltsersatzfunktion haben und bedarfsorientiert sind.

Systemkonform

Hinsichtlich der Anrechnung von Einkommen und ihrer Abgrenzung verweist man im Arbeitsministerium auf ein verfassungsrechtliches Gutachten von Professor Krause. Darin kommt dieser zu dem Schluß, daß die Anrechnung von Einkommen nicht schlechthin gleichheitswidrig und daher mit Artikel 3 Grundgesetz vereinbar sei. Darüber hinaus sei die Anrechnung mit den Prinzipien des Sozialversicherungsrechts vereinbar und systemkonform.

Der Verfassungsrechtler stellt weiter fest, daß Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen durch die rentenmindernde Anrechnung nicht in verfassungsrechtlich relevanter Weise beeinträchtigt werden. Beeinträchtigt würden hingegen die Witwen- und Witwerrenten selbst, da auch sie durch Artikel 14 geschützt seien, soweit Ansprüche erworben worden sind. Nach Krause gewährleistet Artikel 14 aber nur die Aufrechterhaltung des familiären Lebensstandards, wenn er nicht durch eigenes Einkommen aufrechterhalten werden kann. Da das Anrechnungsmodell mit großzügigen Übergangsbestimmungen arbeite, sei es auch in diesem Punkte verfassungskonform.

Auch die Abgrenzung von anrechenbaren Einkommen hält Krause für verfassungsrechtlich gerechtfertigt. Die Differenzierung folge den hergebrachten Prinzipien des Sozialversicherungsrechts; sie unterscheide zudem zwischen Einkünften, die für den ehelichen Unterhalt einzusetzen sind, und nehme zugleich Prinzipien des bürgerlichen Unterhalts-Schadensersatzrechts auf. Die Ausklammerung etwa der betrieblichen Altersversorgung von der Anrechnung trage schließlich der Ergänzungsfunktion dieser Leistungen Rechnung und sei durch einen sachlichen Differenzierungsgrund gedeckt.

Bonn macht sich für weltweites deutsches Fernsehprogramm stark

Auftrag an Zimmermann / Kabinett verabschiedet „Vorstellungen" zur Medienpolitik

GERNOT FACIUS, Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) ist vom Kabinett beauftragt worden, in einem der sensibelsten Bereiche der Beziehungen zwischen Bund und Ländern, der Medienordnung, eine engere Zusammenarbeit zu erreichen. Bis Ende 1985 soll er der Bundesregierung ein „Konzept des Bundes" vorlegen. Der Auftrag ist deshalb so heikel, weil sich bereits im Vorfeld der immer wieder verschobenen Bonner Beratungen über „Vorstellungen des Bundes für eine Medienordnung der Zukunft", so die vorsichtige Bezeichnung des gestern verabschiedeten Papiers, gerade auch CSU-Politiker warnend zu Wort gemeldet hatten. Selbst Appelle für ein engeres Zusammenwirken waren von den eifersüchtig über ihre Kompetenzen wachenden Staatskanzleien mit Argwohn vermerkt worden.

Die jetzt verabschiedeten „Vorstellungen" markieren deshalb nur Prinzipien. „Gerade im Hinblick auf den von der Bundesregierung stets im besonderen Maße verteidigten Grundsatz des freien, grenzüberschreitenden Informationsflusses bekundet die Regierung ihr nachdrückliches Interesse daran, daß der freie Fluß von Information und Programmen auch über die Grenzen der Bundesländer hinweg nicht behindert wird", heißt es in Anspielung auf Abschottungstendenzen beispielsweise in Hessen, vielleicht aber auch im Saarland unter Lafontaine. Bei der Nutzung der neuen Techniken sei auch darauf zu achten, daß Machtkonzentrationen vermieden würden.

Das Bundeskabinett zeigt sich bemüht, den Grundsatz des Zutritts zu den neuen Medienmärkten „unter gleichen Bedingungen" zur zentralen Frage der Medienpolitik zu erheben. „Neue Hemmnisse für die Entwicklung des Medienmarktes durch unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Ländern dürfen nicht aufgebaut werden. So sind etwa im Rundfunk einheitliche Werbestandards anzustreben. An bewährten Grundsätzen wie Blockwerbung und dem Ausschluß der Unterbrecher-Werbung sollte festgehalten werden", fordert die Regierung. „Die Presse darf durch die neuen Medien nicht in ihrer Existenz bedroht werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll erhalten und auch an der Nutzung der neuen Medien beteiligt werden."

Konkreter wird das Papier dort, wo das Kabinett auf Kompetenzen des Bundes verweisen kann, etwa bei den Rundfunkanstalten nach Bundesrecht, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Die Deutsche Welle soll künftig die Möglichkeiten der Rundfunk- und Verteilsatelliten nutzen können. „Die Bundesregierung prüft in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der Bereitstellung eines weltweiten Fernseh-Programmangebots deutscher Herkunft mittels Satellit", heißt es dazu. Die Diskussion über dieses Projekt ist in der Vergangenheit durch das von seinen Gegnern geprägte Wort vom „Bundesfernsehen" belastet worden.

Der Deutschlandfunk soll an der Nutzung eines direkt empfangbaren Satelliten „beteiligt werden". Zugleich erinnert die Bundesregierung den DLF an die „Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags", ein Programm für Deutschland und das europäische Ausland zu senden, das die Problematik der deutschen Teilung berücksichtigt. Der mahnende Hinweis auf den DLF-Auftrag läßt den Schluß zu, daß Bonn an der Programmgestaltung des Kölner Senders unter dem sozialdemokratischen Intendanten Richard Becker einiges auszusetzen hat.

IG Metall gegen Betriebsbesetzungen

dpa/AP, Frankfurt

Die IG Metall lehnt die Besetzung von Betrieben als Mittel des Arbeitskampfes aus rechtlichen und taktischen Gründen ab. „Betriebsbesetzungen sind in der Bundesrepublik rechtswidrig", heißt es in einem Beschluß des Beirats der IG Metall. Wer sich an solchen Besetzungen beteiligt, müsse mit Strafverfolgung rechnen. Eine Gewerkschaft, die sich hinter die Besetzer stelle, hätte gleichfalls Schadensersatzklagen zu erwarten.

„Wenn der Unternehmer den Betrieb stillegen will, macht es keinen Sinn, die Arbeit zu verweigern, da der Unternehmer diese Arbeitsleistung ohnehin nicht will", sagte IG-Metall-Sprecher Barczynski. Damit hat der Beirat der IG Metall eine eindeutige Position formuliert, zu der er auf dem letzten Kongreß in München aufgefordert worden war.

Christen erwarten Zusagen Honeckers

hrk. Berlin

Das für den Herbst vorgesehene Treffen zwischen SED-Chef Honekker und der „Konferenz der Kirchenleitung" der evangelischen Kirche in der „DDR" soll „zur Klärung von offenen und zur Zeit ungelösten Problemen im Verhältnis von Staat und Kirche" beitragen.

Auf einer Tagung der „Konferenz" in Bukow hieß es jetzt, seit Jahren anhaltende Benachteiligungen vor allem junger Christen in Schule, Hochschule und Beruf sollen bei dieser Gelegenheit möglichst verbindlich beseitigt werden. Dieses erste Treffen seit 1978 zwischen den evangelischen Bischöfen und Honekcker war am 11. Februar in einem Gespräch zwischen Bischof Hempel (Dresden) und dem SED-Chef vereinbart worden, um „Richtlinien für die Gleichachtung christlicher Bürger" zu erlassen.

Verleger enttäuscht über WDR-Gesetz

dpa, Düsseldorf

Der Verband Rheinisch-westfälischer Zeitungsverleger (VRWZ) hat enttäuscht auf das vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedete Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk reagiert. Der im Laufe der parlamentarischen Beratung trotz erheblicher Bedenken inhaltlich kaum geänderte Entwurf (WELT v. 12. 3.) mißachte die Belange der Presse und das Interesse der Bürger an der Bewahrung und Fortentwicklung eines vielfältigen Medienwesens, meinte der VRWZ.

Die dem WDR nun eingeräumten wirtschaftlichen Möglichkeiten gingen eindeutig zulasten der nordrhein-westfälischen Zeitungen. Sie hätten dem Wettbewerbsvorteil des WDR nichts entgegenzusetzen, selbst wenn ihnen und anderen privaten Anbietern der Zugang zum Rundfunk eröffnet werde.

Mainz: Wieder eine Frau im Kabinett

dpa/DW. Mainz

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat gestern in Mainz sein neues Kabinett vorgestellt, das zur Mitte der bis 1987 dauernden Legislaturperiode auf vier von acht Positionen umgebildet wurde. Durch die Teilung des bisherigen Ministeriums für Soziales und Umwelt in zwei eigenständige Ressorts wurde die Ministerriege um ein Mitglied erweitert.

Ausgangspunkt der vom Ministerpräsidenten bereits zu Beginn der Wahlperiode 1983 angekündigten Kabinettsumbildung, die im Mai in Kraft treten wird, war der von den beiden dienstältesten Ministern, Landwirtschaftsminister Otto Meyer (63) und Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink (65) seinerzeit für 1985 signalisierte Rückzug aus der Landesregierung.

Neuer Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten wird nach der von der CDU-Mehrheitsfraktion des Landtags am Mittwoch gebilligten Kabinettsliste Vogels der frühere CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Ziegler (47). Das Ressort für Wirtschaft und Verkehr übernimmt Sozialminister Rudi Geil (47). Sein bisheriges Ministerium wird in die Ressorts Umwelt und Soziales geteilt. Neuer Umweltminister wird der bisherige Staatssekretär, Professor Klaus Töpfer (46). Mit Ursula Hansen aus Prüm (Eifel) als Sozialministerin holte Regierungschef Vogel nach der früheren Kultusministerin Hanna Renate Laurien, die jetzt dem Berliner Senat angehört, wieder eine Frau ins Kabinett.

Die Berufung der Ärztin Hansen gilt als größte Überraschung. Bereits seit Wochen bekannt war dagegen der bevorstehende Wechsel im Ministerium für Bundesratsangelegenheiten: Nachfolger von Johann Wilhelm Gaddum (54), der Präsident der Mainzer Landeszentralbank wird, ist der bisherige Präsident des Landtags, Albrecht Martin (57). Sein Amt soll der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Heinz Peter Volkert (51) übernehmen.

Bei der Bundesbank wird nicht verhehlt, daß man sich einen anderen Mann an der Spitze der Landeszentralbank und damit auch im Zentralbankrat wünschte. Gaddums Name war im Zusammenhang mit Spendenaffären genannt worden.



Krücken für die Kohle

Bm. – Wer sich zur Marktwirtschaft bekennt, muß die Subventionen wie der Teufel das Weihwasser hassen. Alle deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich in dieser Auffassung einig. Und wie kommt es dann bitte dazu, daß das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) der Kohlesubvention das Wort redet?

Ganz sicher nicht, weil der Bergbau zu den ideellen Gründern dieses Institutes gehörte. Die Essener Forscher plädieren für Krücken für die Kohle, weil sie das Ziel nicht sehen, das allein den Abschied von öffentlichen Hilfen lohnt: die Aufrechterhaltung oder gar Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

49 000 Arbeitsplätze würden einer Förderkürzung um zehn Millionen Tonnen zum Opfer fallen. Statt mit Streichung der Subvention die Produktivität der Wirtschaft in anderen Bereichen zu fördern, würden die in den Revieren freigeworbenen Subventionen nur umgelenkt in Arbeitslosigkeit, in Produktivität gleich Null.

Bei prallen Kassen hören sich Argumente wie Versorgungssicherheit, Ruhe am Arbeitsmarkt und Sicherheit der regionalen Wirtschaft gut an. Dann läßt man es sich auch politisch etwas kosten. In der Flaute aber greifen gern viele unbedacht zum Beil in der hehren Absicht, nun endlich dem Fortschritt eine Schneise zu schlagen. Die falsche Tat zur falschen Zeit – das hat Tradition im Revier. Wer Bergbausubventionen streichen will, der muß vorher das Regierungsprogramm umschreiben, das Kohlevorrangpolitik sakrosankt macht. Wer möchte sich da schon versündigen?

Eigentor

Wb. – Zu den Experten, die sich zu Äußerungen über die Stahlhütten an der Saar berufen fühlen, hat sich nun auch Willy Brandt gesellt. Ein Teil der Subventionen, die Arbed Saarstahl aus Bonn und Saarbrücken erhalten habe, sei in die Restrukturierung der Luxemburger Saarstahl-Mutter geflossen, verkündete er in der „Bonner Runde“. Freilich: Dieser Schuß könnte nach hinten losgehen. Nicht genug damit, daß ein wesentlicher Teil der Subventionen bereits in Zeiten der sozialliberalen Koalition ins Sarland überwiesen wurde, es war auch nur den gemeinsamen Anstrengungen von Bundes- und Landesregierung zu verdanken, daß die Luxemburger Arbed die Führung in Völklingen übernahm. Für finanzielle Abgrenzung war von vornherein gesorgt; denn die Sorge, die jeweils andere Nation zu fördern, bestand auf beiden Seiten. Und dafür, daß das „Prinzip der Feuerscheise“ auch eingehalten wurde, sorgte und sorgt die strenge Überwachung der bundesnahen Treuarbeit AG. Daran sollte man sich wenigstens nach dem Wahlkampf wieder erinnern.

DEUTSCHE STEINKOHLE / RWI-Untersuchung zur Debatte um Subventionen

Abbau der Bergbau-Hilfen würde dem Staat keine Ersparnis bringen

HANS BAUMANN, **Essen**

Ein Abbau der Hilfen für den deutschen Steinkohlebergbau, wie er in Bonn bei der Debatte um die Streichung von Subventionen diskutiert wird, führt zwangsläufig zu höheren Ausgaben der öffentlichen Hände für den Steinkohlebergbau. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfangreiche Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen. Eine Kürzung der Subventionen führe direkt zu einer Einschränkung der Förderung. Eine stillgelegte Tonne Kapazität koste aber dreimal mehr als die derzeitigen Hilfen für eine geförderte Tonne.

Das Gutachten geht von einer Stillegung von rund 10 Mill. Tonnen aus, eine Größenordnung, die es als „realistisch“ erkannt haben will. Bei 10 Mill. Tonnen aber werde der Staat je Tonne stillgelegter Kohle in den ersten Jahren mit bis zu 174 Mark belastet, während er für die Hilfen zugunsten der Steinkohle zur Zeit rund 50 Mark je Tonne aufwendet. „Eine durch Kürzung der Finanzhilfen erzwungene Förderreduzierung würde nicht zu Einsparungen, sondern zu einer finanziellen Mehrbelastung der staatlichen Haushalte führen“, heißt es in der Analyse.

Nicht nur diese rein finanzielle Belastung des Staates dürfe gesehen werden. Hinzu komme, daß der Steinkohlenbergbau nach wie vor im gesamten Wirtschaftsgefüge eine bedeutende Rolle spiele. Besonders als Arbeitgeber hat der Bergbau eine überragende Funktion – und dies besonders in den Revieren. Allein im Ruhrgebiet sind auch heute noch rund 15 Prozent aller Erwerbstätigen direkt oder indirekt vom Steinkohlenbergbau abhängig. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – so das Institut – entfallen auf je 10 Beschäftigte des Steinkohlenbergbaus 13 Beschäftigte in vor- und nachgelagerten Branchen. Der gesamte „Steinkohlenkomplex“ umfasse heute etwa 433 000 Arbeitsplätze.

Unterstelle man jetzt eine Verringerung der Förderkapazität um 10 Mill. Tonnen, so würden sofort im Bergbau selbst 23 400 Beschäftige entbehrlich. Hinzu kämen weitere 25 500 Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Branchen. Besonders gravierend aber würde wieder einmal das Ruhrgebiet getroffen, denn knapp 33 000 der insgesamt betroffenen Arbeitsplätze von rund 49 000 befänden sich hier.

Die Forscher verweisen darauf, daß ein neuer Arbeitslosenschub in den Revieren – und vor allem an der Ruhr – gerade jene Regionen treffen würde, die ohnehin bereits erhebliche strukturelle Nachteile hinnehmen müssen mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten.

Die Finanzhilfen des Bundes und der Bergbauländer ermittelt das Institut für 1984 mit insgesamt 5024 Mill. Mark gegenüber 4445 Mill. Mark 1983. 1980 zahlten die öffentlichen Hände noch 5419 Mill. Mark. Größter Brocken sind die Ausgaben des Ausgleichsfonds nach dem 3. Verstromungsgesetz in Höhe von 2121 Mill. Mark 1984. Den zweithöchsten Aufwand erfordert die Kokskohlenbeihilfe, die 1984 auf 1706 Mill. Mark kam gegenüber 1025 Mill. Mark 1983. Die Interdependenz der Montanwirtschaft des Reviers wird hier besonders deutlich. Auf Platz drei rangiert dann schon unverändert die Bergmannsprämie mit 235 Mill. Mark.

Daß der Kohle auch schon in den vergangenen Jahren die Flügel gestutzt wurden, weil die öffentlichen Kassen leer sind, zeigt besonders deutlich die öffentliche Investitionshilfe von 210 Mill. Mark 1984, die 1980 noch auf 684 Mill. Mark kam. Diese Subvention hatte bekanntlich die Aufgabe, den Steinkohlenbergbau in die Lage zu versetzen, großes Standbein der gesicherten Energieversorgung der Bundesrepublik zu bleiben. Die Aspekte der Versorgungssicherheit waren allerdings nicht Gegenstand der Untersuchung des Instituts, obwohl sie zweifelsfrei bei allen Subventionsüberlegungen eine entscheidende Rolle spielen.

Für politische Entscheidungen wichtige Ausgangslage ist die Erkenntnis der Studie, daß der deutsche Steinkohlenbergbau nach wie vor „Netozahler“ an die öffentlichen Hände ist, da man seine Ausstrahlungseffekte auf Lieferanten und auf den privaten Verbrauch nicht unberücksichtigt lassen könne.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK

Die IG Metall rechnet mit neuen Arbeitsplatzverlusten

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Unterhaltungselektronik-Industrie – heute bei etwa 58 000 – wird im Laufe der kommenden Jahre um fünf bis zehn Prozent jährlich schrumpfen, schätzt die Industriegewerkschaft Metall in einer Untersuchung dieser Branche. Bestimmend sei dabei die Schere zwischen geringer Produktionsausweitung und hoher Produktivitätssteigerung.

Nach Einschätzung der Metaller wird der Absatz bestenfalls um drei bis vier Prozent pro Jahr steigen, während die Produktivität jährlich um zehn Prozent zunimmt. Diese Entwicklung ist so neu gar nicht: Schon in den Jahren 1970 bis 1978 stieg die Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt um gut elf Prozent, begleitet allerdings von einer Produktionsausweitung von 8,5 Prozent.

Seither aber ging es bergab. Bei einer Produktivitätssteigerung von 8,5 Prozent im Jahresschnitt und stagnierendem Absatz verlor die Branche seit 1978 rund 46 000 Arbeitsplätze, beschleunigt in den letzten drei Jahren, die beachtliche Produktivitätssprünge (von 20, 12 und nochmals 12 Prozent) mit sich brachten.

Mit diesem Arbeitsplatzverlust von rund 40 Prozent in sieben Jahren wird die Unterhaltungselektronik von den Gewerkschaftlern als „Krisenbranche Nr. 1“ eingestuft. Die Ursache der Krise sehen sie dabei sehr klar: den internationalen Wettbewerbsdruck, der zu einem forcierten Rationalisierungsprozeß geführt hat.

Dieser Prozeß wird eindrucksvoll (und realistisch) illustriert: „Die heute eingesetzten Bestückungsautomaten ersetzen bis zu 70 Montiererinnen“, heißt es da. Und: „Während man 1960 noch 16 Stunden für die Montage eines Farbfernsehgeräts ansetzen mußte, waren es 1980 nur noch fünf Stunden; heute ist man bei etwa 80 Minuten angelangt.“

Das gewerkschaftseigene Konzept zur Bekämpfung der Branchenprobleme zeigt die Einsicht in die Unaufhaltsamkeit der Entwicklung, aber auch eine gewisse Ratlosigkeit:

- Arbeitszeitverkürzungen seien notwendig, könnten aber die Probleme allein nicht lösen.
- Die Diversifizierung in neue, artverwandte Wachstumsbereiche wird empfohlen, begleitet von dem Eingeständnis, daß es dabei letztlich um regionale und sektorale Umschichtungen geht.
- Eine „Bildungsoffensive“, die einen bestimmten Teil der Beschäftigten durch rollierende Fortbildungsveranstaltungen ständig dem Arbeitsprozeß entzieht, wird mit dem Hinweis auf öffentliche Mittel für Umschulung und Weiterbildung angeregt.
- Als Schritt „zur Eindämmung der übergroßen internationalen Konkurrenz“ sollten schließlich die Politiker auf den „Ausbau der bestehenden Ansätze zu bilateralen oder multinationalen“ Handelsabkommen wirken.

Der Dollar und die Börse

Von CLAUS DERTINGER

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Ausländer sind die Zugpferde der deutschen Börse. Und das in doppeltem Sinne. Einmal, weil sie sich in bestimmten deutschen Aktien mit teilweise erheblich höheren Beträgen engagieren als deutsche Anleger. Dabei handelt es sich zwar noch nicht einmal um ein Dutzend Papiere; aber es sind die führenden und umsatzstärksten Titel der größten und erfolgreichsten Unternehmen, die das Geschehen an der Börse entscheidend prägen. Damit sind die ausländischen Käufer zugleich Stimmungsmacher, denen sich deutsche Anleger, vor allem professionelle, nicht selten als Trittbrettfahrer anhängen.

Als Motiv für die teils massive Auslandsnachfrage wird immer wieder der Wechselkurs der D-Mark genannt. Allerdings mit unterschiedlichen, sich widersprechenden Begründungen. Alle, die das Phänomen der Auslandsnachfrage mit Währungsüberlegungen erklären, unterstellen zwar, daß auf eine Wiedererstarkung der D-Mark gegenüber dem bombenfesten Dollar spekuliert wird. Aber nach Auffassung der mehr theoretisch Argumentierenden kaufen Ausländer nur, wenn der Dollarkurs wackelt oder bereits sinkt und damit ein ziemlich sicherer D-Mark-Aufwertungsgewinn winkt. Für viele Praktiker unter den Börsianern ist dagegen ein steigender Dollarkurs gleichbedeutend mit zunehmender Auslandsnachfrage nach dem Motto: Je niedriger der D-Mark-Kurs, desto billiger sind deutsche Aktien für Amerikaner und andere Anleger aus dem Dollarraum.

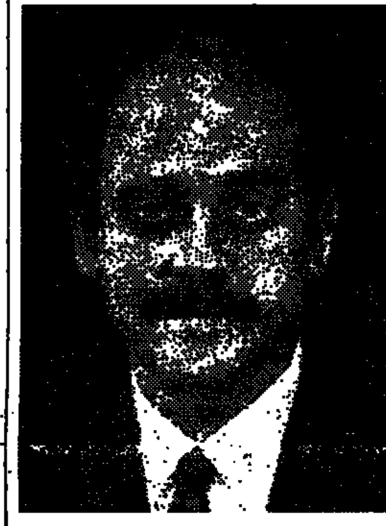
Gerade die allerjüngsten Dollarsprünge auf immer neue Rekordmarken schienen die zweite These zu untermauern. Im Umkehrschluß wird dann argumentiert, wenn der Dollar deutlich falle, lasse auch die Auslandsnachfrage nach, und zugleich müsse man damit rechnen, daß Ausländer ihre Währungsgewinne realisieren und damit die Aktienkurse unter Druck setzen. So geschah es vor einem Jahr, als der Dollarkurs von 2,85 auf 2,55 D-Mark sank. Diese Überlegungen mögen einleuchtend erscheinen. Aber die Währungsaspekte werden oft überschätzt. So haben sich Ausländer vor einem Jahr weniger wegen der Chance, Markaufwertungsgewinne kassieren zu können, von deutschen Aktien getrennt. Hauptmotiv war vielmehr die Furcht, daß sich die Ertragsaussichten wegen der sich abzeichnenden leichten Verlangsamung des Wachstumstempos und vor allem wegen des drohenden Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche verschlechtern könnten.

Heute werden dagegen die Wirtschaftsaussichten in der Bundesrepublik günstig beurteilt. Vor allem werden einigen Großunternehmen geradezu phantastische Gewinnprognosen gestellt, und zwar nicht zuletzt wegen der „windfall profits“, die sie beim hohen Dollarkurs im Export erzielen. Die drei großen Chemiekonzerne sind ein Paradebeispiel dafür. Vor diesem positiven Hintergrund erscheinen diese, aber auch Aktien anderer ertragsstarker Unternehmen im internationalen Vergleich als äußerst preiswert.

Das ist der Hauptgrund für ihre Wiederentdeckung durch ausländische Anleger, unter denen amerikanische ein erhebliches Gewicht haben. Währungsüberlegungen spielen gerade bei den Amerikanern nur eine sekundäre Rolle. Sie schenken deutschen Aktien vielmehr wegen günstiger Ertragserwartungen im Rahmen der internationalen Diversifikation ihrer Vermögen größere Beachtung als früher. Nachdem sie sich bislang an anderen, zum Teil wesentlich höher bewerteten Märkten viel stärker engagiert hatten, entdeckten sie nun, daß sie in Deutschland unterinvestiert sind.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß US-Pensionsfonds, die potenteste amerikanische Anlegergruppe, ihre auf 15 Milliarden Dollar geschätzten Auslandsanlagen innerhalb von fünf Jahren verdoppeln wollen und daß sich die Vermögen selbst, so die Projektion, in dieser Zeit ebenfalls verdoppeln. Von diesem Geldsegen bekommt die deutsche Börse jetzt mehr ab, weil sie gute Chancen zu bieten scheint, vor allem, weil der hohe Dollarkurs der Exportindustrie beachtliche Zusatzgewinne beschert. Hier und nicht in der Währungsspekulation liegt die eigentliche Bedeutung des Dollars für die Börse.

AUF EIN WORT



„Die übertriebene Bürokratie am Bau muß abgebaut werden, wenn weiterhin gebaut werden soll. Deshalb brauchen wir das Baugesetzbuch lieber heute als morgen, um die Hindernisse für die Bautätigkeit durch starre Reglementierungen zu beseitigen.“

Hans-Dieter Fremann, Sprecher der Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Münster FOTO: WENDE

BAUINDUSTRIE

Die Kapazitäten müssen um 20 Prozent schrumpfen

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Dieses Jahr wird für die Bauwirtschaft das schlechteste der Nachkriegszeit sein.“ Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, rechnet mit einem Rückgang des gesamten Bauvolumens um fünf Prozent: Der Wohnungsbau werde um zehn Prozent, der Wirtschaftsbau um drei Prozent schrumpfen. Nur im öffentlichen Bau erwarte er ein Plus von zwei Prozent, sagte Herion gestern in Bonn.

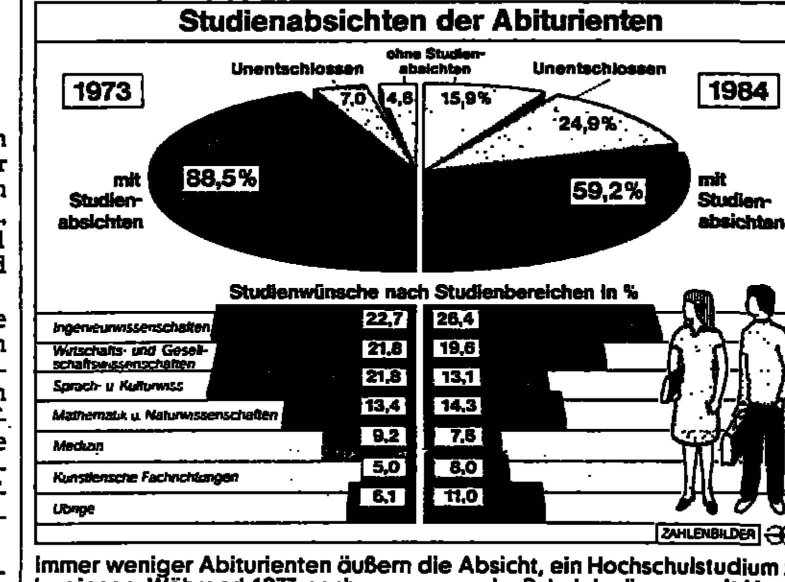
Der Bauindustrie-Präsident stützt seine Prognose auf die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Auftragsbestände, die Ende 1984 um 17,6 Prozent unter denen des Vorjahres lagen. Die Baugenehmigungen seien im Dezember 1984 um 23 Prozent zurückgegangen.

Aus der Erkenntnis, daß es sich hier um eine strukturelle Krise handele, zog Herion den „bedrückenden Schluß, daß die Kapazitäten in der Branche um 20 Prozent schrumpfen müssen“. Die Zahl der Beschäftigten, die Ende Dezember 1984 knapp 1,1 Mill. betrug, werde damit auf rund 900 000 sinken.

Für die trübe Lage der Branche, die sich zur Zeit in mehr als einer halben Million Arbeitslosen und Kurzarbeitern manifestiert, machte Herion nicht zuletzt die schleppende Auftragsvergabe der öffentlichen Hände verantwortlich. Er forderte unter anderem, daß die Gebietskörperschaften ihre Haushaltsansätze voll ausschöpfen.

Bei dem nun notwendigen Kapazitätsabbau solle die Bundesregierung der Bauwirtschaft dadurch helfen, daß sie kostspielige Sozialplanregelungen vorübergehend aussetzt oder einschränkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Immer weniger Abiturienten äußern die Absicht, ein Hochschulstudium zu beginnen. Während 1973 noch neun von zehn Schulabgängern mit Hochschul- oder Fachhochschulreife eine akademische Ausbildung anstrebten, liegt dieser Anteil heute um ein Drittel niedriger. Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnissen einer Schüler-Befragung war der Anteil derjenigen, die am Ende ihrer Schulzeit direkt ins Berufsleben überwechseln wollten, mit 15,9 Prozent höher als je zuvor in den vergangenen zehn Jahren. QUELLE: ZAHLENBILDER

Programm zur Agrarstruktur

dpa/VWD, **Brüssel**

Die EG-Agrarminister konnten sich in Brüssel weitgehend auf ein Programm zur Modernisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Strukturen in der EG einigen. Mit diesem Fünfjahres-Programm, für das die Finanzminister der Zehn einen Plafond von 5,25 Mrd. Ecu (11,8 Mrd. DM) vereinbarten, sollen nicht nur die kürzlich vereinbarten Maßnahmen zur Eindämmung des Weinsees finanziert werden, sondern auch eine bessere Vermarktung von Agrarprodukten und Förderungsbeihilfen als Anreiz für junge Landwirte sowie Sonderprogramme für rückständige Agrarregionen unterstützt werden.

STEUERSCHÄTZUNG

Deutliche Abstriche bei der mittelfristigen Prognose

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Steuerschätzer haben die voraussichtlichen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für 1985, wie sie zuletzt im November ermittelt worden waren, weitgehend *bestätigt. Deutliche Abstriche gibt es* dagegen in der mittelfristigen Schätzung, die zuletzt im Juni 1984 stattfand.

Für das laufende Jahr kann der Bund jetzt 209,1 (November-Zahlen in Klammern) mit 209,1 (209,4) Milliarden Mark, die Länder mit 151,8 (152,0) und die Gemeinden mit 60,4 (59,9) Milliarden Mark rechnen. Für den Bund zum Beispiel hatte bereits die Schätzung im November eine Korrektur um rund vier Milliarden Mark nach unten gebracht.

Diese Abstriche wurden nunmehr für die Folgejahre fortgeschrieben. 1986 werden für den Bund (Juni-Zahlen in Klammern) 219,4 (230,4), für die Länder 161,2 (166,2) und für die Gemeinden 63,9 (64,4) Milliarden Mark erwartet. Hier schlagen sich vor allem die inzwischen erzielten Fortschritte in der Preisstabilität, daneben unter anderem die Ausfälle durch die *erhöhte Vorsteuerpauschale für Landwirte* nieder. Die Einnahmeminderungen infolge der für 1986 und 1988 geplanten Steuerreform werden zum erstenmal in der Steuerschätzung im Juni dieses Jahres berücksichtigt. Die Reform wird nach Berechnungen der Steuerschätzer die volkswirtschaftliche Steuerquote ab 1986 um etwa einen Prozentpunkt senken.

Die jetzt vorliegenden Zahlen dienen dem Finanzplanungsrat in seiner Sitzung am 28. März für eine erste Beratung der volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen für die Erstellung der 86er Haushalte und der Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung bis 1989.

DIW: Gemeinden sollen mehr investieren

Berlin (Wz.) – Als „einmal in der Geschichte der Bundesrepublik“ wertet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) den Investitionseinbruch bei Bund, Ländern und Gemeinden. Das staatliche Investitionsvolumen habe sich von 40 Mrd. DM 1980 bis 1984 Jahr für Jahr reduziert. Von den Gebietskörperschaften hätten die Gemeinden, auf die zwei Drittel des staatlichen Investitionsvolumens entfielen, ihre Investitionen noch stärker eingeschränkt als Bund und Länder. Zur Vermeidung von Versorgungslücken fordert das Berliner Institut die Zunahme der Investitionstätigkeit besonders im Unterrichtswesen und im Straßenbau. Inzwischen hat sich nach Ansicht des Instituts die Finanzsituation der Gemeinden wieder entspannt, nach wie vor belaste jedoch der Sozialhaushalt infolge der hohen Arbeitslosigkeit die Gemeinden. die entsprechende Bestimmung in den Regierungsentwurf kommt oder im Bundestag als Änderungsantrag der Koalition eingebracht wird.

NCR-Aktie in München

München (sz.) – Die Aktie der zu den fünf größten EDV-Herstellern zählenden amerikanischen NCR Corp., Dayton/Ohio, ist nun auch an deutschen Aktienmarkt erhältlich. Mit sofortiger Wirkung wurde das Papier von der Bayerischen Landesbank in den ungeregelten Freiverkehr der Münchner Börse eingeführt. Bei dieser Maßnahme handelt es sich nach Angaben der Landesbank nicht um eine Neuplazierung, sondern nur um die Aufnahme des Handels in der Bundesrepublik.

Delors: Richtiger Schritt

Straßburg (dpa/VWD) – Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat die von den EG-Zentralbanken beschlossene Stärkung der Europäischen Währungseinheit (Ecu) als „einen ersten richtigen Schritt“ und als „ein Minipaket von großem Symbolwert“ gewürdigt. Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg plädierte Delors auch für die Einbeziehung des britischen Pfund Sterling in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS).

US-Defizit macht Sorgen

Bonn (AP) – Die amerikanische Finanzpolitik bereitet den Konjunkturexperten in der Bundesrepublik zunehmend Sorgen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband erklärte in seinem jüngsten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, kurzfristig hätten die Handelspartner der USA zwar Exportvorteile vom hohen Dollarkurs. Das amerikanische Haushaltsdefizit sorge aber für eine Umorientierung der internationalen Kapitalströme und beeinträchtige die wirtschaftliche Erholung in Europa.

Exportrekord erwartet

Bonn (dpa/VWD) – Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird 1985 das hohe Exportergebnis des Vorjahres nochmals übertreffen und damit einen neuen Rekord aufstellen. Diese Meinung vertritt der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) in seinem jüngsten Konjunkturbericht. Die lebhafte Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern schlage sich bereits in den Produktionsergebnissen nieder.

Länder wollen zustimmen

Bonn (HH) – Der Referentenentwurf des Finanzministeriums für ein „Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“ dürfte der Zustimmung zumindest der Ländermehrheit sicher sein. Das hat eine Anhörung im Finanzministerium gezeigt, bei der auch Vertreter der Verbände und der Bonner Ministerien zu Wort kamen. Das Kabinett verabschiedet den Entwurf am 26. März. Die Neuregelung soll am 1. Januar 1987 in Kraft treten. Als sicher gilt, daß die Steuererleichterungen für Modernisierung, Energieeinsparung etc. fortgesetzt werden. Offen ist, ob

Wochenausweis

	7.3.	28.2.	7.2.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	58,1	62,5	63,1
Kredite an Banken	106,7	105,2	88,5
Wertpapiere	4,2	4,2	4,2
Bargeldumlauf	107,5	106,5	106,7
Einl. v. Banken	53,0	54,2	45,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,5	1,1	1,0

DRITTE WELT

Warnke: Afrika bleibt der Schwerpunkt deutscher Hilfe

HEINZ HECK, **Bonn**

Afrika wird auch in Zukunft und noch verstärkt Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik bleiben. Das erklärte Minister Jürgen Warnke (CSU) gestern bei der Vorlage des 6. Entwicklungspolitischen Berichts nach der Verabschiedung im Kabinett. Diese Konzentration kommt nicht zuletzt in der wachsenden Bedeutung aller Maßnahmen, die der Deckung der Grundbedürfnisse dienen, zum Ausdruck. Ihr Anteil an den Gesamtzusagen ist von 28,4 Prozent 1982 auf 37,6 Prozent in diesem Jahr gestiegen. Hauptnutznießer sind die rückständigsten Entwicklungsländer, die überwiegend in Afrika liegen.

Zur Genfer UN-Sonderkonferenz für Afrika, die morgen zu Ende geht, erklärte Warnke, man werde für die sechs am härtesten betroffenen Länder (das sind Äthiopien, Sudan, Mali, Niger, Tansania und Mozambique) möglichst genaue Bedarfsschätzungen vorlegen, die Grundlage der international abgestimmten Hilfsmaßnahmen sein werden. Die internationale Hilfsorganisation Care hat die organisatorische Abwicklung eines Großteils der für Sudan bestimmten Maßnahmen übernommen.

Zu den Zusammenhängen zwischen „Entwicklung und Rüstung“ heißt es in dem Bericht, sie seien „ebenso unbestreitbar wie das Mißverhältnis zwischen Rüstungsaufwendungen und Entwicklungshilfen“. Trotzdem solle „keine zu enge Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung hergestellt werden“. Die Exportpolitik der Bundesregierung auf diesem Gebiet sei restriktiv, betonte Warnke, konnte aber auf Fragen keine Exportzahlen nennen.

REGIONALPOLITIK / Gutachten empfiehlt eine Neuorientierung der staatlichen Förderung

Mehr Geld für Wachstumsgebiete

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Wenn eine Ausgleichspolitik längerfristig finanzierbar sein soll, dann müssen besonders viele Mittel in diejenigen Regionen gelenkt werden, in denen ein hohes zukünftiges Sozialprodukt und damit Landessteueraufkommen zu erwarten ist – Staatsgeld also für Wachstums-, nicht für Ausgleichsziele.

Mit dieser Forderung hat der Marburger Professor Horst Zimmermann in einem Gutachten im Auftrag von sieben Industrie- und Handelskammern von Nordrhein-Westfalen Staub aufgewirbelt. Die neuen Ziele in der Regionalpolitik, für die Zimmermann sich ausspricht, würden zumindest vorübergehend die wirtschaftlich schwachen Gebiete von jahrelang in sie gelenkten Fördergeld-Strömen abblocken. Das gleichzeitige Erreichen von Wachstum und Ausgleich, so Zimmermann in seiner Studie, würde aber die Ressourcen übersteigen, die das Land Nordrhein-Westfalen aus sich heraus und über den Bund für die Förderung der Verdichtungsräume mobilisieren kann. Es müsse in Kauf genommen werden, daß sich „kurzfristig die regionalen Wohlstandspositionen zunächst weiter auseinanderentwickeln und den Ausgleichsbedarf erhöhen, der aber durch das landesdurchschnittlich höhere Wachstum auch leichter gedeckt werden kann“.

Die von Zimmermann vorgeschlagene Strategie sieht vor, wachstumsfähige Teilbereiche des Ruhrgebietes zu fördern, daneben aber auch die wachstumsintensiveren Zonen der „Rheinschiene“ (Krefeld, Mönchengladbach, Köln, Düsseldorf, Bonn). Im Ruhrgebiet sieht er die „doppelte Problematik“, daß hier zum einen eine Großbetriebsstruktur vorherrscht und daß es sich zum anderen überwiegend um Großbetriebe eines schrumpfenden Wirtschaftsbereichs handle. Eine Förderung des Ruhrgebiets, gleich welcher Art, wäre nicht gut, die solche Betriebsstrukturen verfestigte oder nicht schnell genug transformieren würde. Für jede unter einem „Ausgleichsziel“ erfolgende Maßnahme, gleich in welcher Kategorie, bestehe aber diese Gefahr.

Zimmermanns Gutachten, das von den Industrie- und Handelskammern von Aachen, Arnsberg, Bielefeld, Bonn, Köln, Siegen und der Kammer des Mittleren Niederrheins (Krefeld, Mönchengladbach, Neuss) bestellt wurde, hat bereits die in seinem Vorwort gewünschte lebhafte Debatte ausgelöst. Wie der Deutsche Landkreistag, so plädieren auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund für Beibehaltung der bisherigen regionalen Förderungsschwerpunkte. Die Diskussion findet im Vorfeld der Neuabgrenzung von Fördergebieten statt, die für 1986 vorgesehen ist.

EFFECTENBANK

Steigt Schweizer Kreditanstalt ein?

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), Zürich, die kürzlich die Grundig-Bank übernommen hat, will ihre Präsenz am deutschen Markt weiter verstärken. Sie verhandelt mit den Aktionären der Effectenbank-Warburg AG in Frankfurt über einen Einstieg in diese Bank.

Mit der Übernahme der Effectenbank würde sich die drittgrößte Schweizer Bank nicht nur direkten Zugang zum Geschäft mit mittelständischen und großen Kunden aus Industrie und Handel und zum Vermögensverwaltungsgeschäft für eine potente Privatkundschaft verschaffen, sondern auch den Zutritt zur Frankfurter Börse.

Die Effectenbank, die zuletzt eine Bilanzsumme von 1,65 Mrd. DM und *81 Mill. DM Eigenmittel*, davon 50 Mill. DM Grundkapital auswies, gehört *je zur Hälfte der Londoner* Warburg-Gruppe und der Deutschen Effecten- und Beteiligungsgesellschaft, deren Kurs gestern um 79,50 auf 450 DM kletterte, einer Holding, an der die Heidenheimer Voith-Gruppe mit 94,3 Prozent beteiligt ist.

Die Initiative zu Verhandlungen über einen Besitzwechsel soll von der Warburg-Gruppe ausgehen, in deren Konzept die 15 Jahre alte Beteiligung offensichtlich nicht mehr so recht paßt. Der SKA bietet sich damit eine Chance, im deutschen Bankgeschäft Fuß zu fassen, eine Absicht, die auch *der Schweizerischen* Bankgesellschaft nachgesagt wird, seit sich deutsche Banken in Zürich etablieren.

Weimer fertigt mehr Arznei im Auftrag

WERNER NEITZEL, Rastatt

Ein bemerkenswertes Wachstumstempo legt die Waldemar Weimer GmbH, Rastatt, einer der namhaften mittelständischen Arzneimittelhersteller, vor: In 1984 steigerte das Familienunternehmen den Umsatz um knapp 30 Prozent auf gut 69 Mill. DM, nachdem schon im Jahr davor ein *Plus von 20 Prozent erzielt worden* war. Das Branchenwachstum lag im *vergangenen Jahr* bei rund 7 Prozent.

Geschäftsführer Willmar Braeuninger-Weimer begründet den überdurchschnittlichen Sprung mit der erfolgreichen *Markteinführung* eines Bräunungspräparats und mit zunehmender Auftragsfertigung. Bereits etwa ein Fünftel des Umsatzes entfällt auf Arzneimittel, die Weimer im Auftrag für mittlere und kleinere Firmen herstellt. Hier sieht das Unternehmen noch weitere *Möglichkeiten*, seine große und moderne Produktionskapazität *in die Waagschale zu werfen.* Die Exportquote liegt bei über 10 Prozent des Umsatzes. Schwerpunkte im Produktprogramm des 325 Mitarbeiter (plus 10 Prozent) beschäftigenden Unternehmens sind Stärkungsmittel, Vitamine und Homöopathika.

Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, warnte auf der gleichen Informationsveranstaltung vor dirigistischen Eingriffen in den Arzneimittelmarkt. Der Export sei 1984 das Paradepferd der Branche geblieben. Er stieg um 12,7 Prozent auf 8,7 Mrd. DM. Ihm stehe eine verlangsamte Produktion gegenüber, die in den ersten drei Quartalen (neuere *Zahlen liegen nicht vor) um* 6,9 Prozent auf 14,3 Mrd. DM zunahm. Mit einer Produktion von 3,1 Mrd. DM blieb Baden-Württemberg in dieser *Branche an erster Stelle unter* den Bundesländern (vor Hessen mit 3,0 Mrd. DM).

NORDDEUTSCHE LANDESBANK / Weiter umfangreicher Bedarf an Risikovorsorge – Zinsüberschuß gestiegen

„Kein Rausch großer Wachstumsraten"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Landesbank (NordLB), Hannover, äußert sich über die im *Geschäftsjahr 1984* erzielten Ergebnisse zufrieden. Einen *„Rausch großer Wachstumsraten"*, so Vorstandschef Bernd Thiemann bei der *Erläuterung* des Jahresabschlusses, habe es im Berichtsjahr zwar nicht gegeben; der Vergleich mit dem Vorjahr müsse aber nicht gescheut werden.

Immerhin erwirtschaftete das Institut mit 264,5 (268,3) Mill. DM ein Betriebsergebnis, das das Rekordniveau des Vorjahres nur kanpp verfehlte. Bei Einbeziehung der Handelsaktivitäten, die unverändert 84 *Mill. DM zum Ergebnis* beisteuerten, errechnet sich ein Überschuß von insgesamt 348,5 (352,4) Mill. DM. Wesentlichen Anteil daran hat der Zinsüberschuß, der erneut leicht auf 566 (556) Mill. DM gestiegen ist. Der Provisionsüberschuß erreichte unverändert 54 Mill. DM.

Nach den Worten Thiemanns wird das Betriebsergebnis nahezu paritätisch zur Absicherung „akuter und *latenter Risiken"* im Kreditgeschäft sowie zur Kapitalverzinsung *beziehungsweise zur Stärkung der inneren* und offenen Reserven verwendet. So *werden die Rücklagen der Bank* unter Einschluß der Landesbausparkasse (18 Mill. DM) um gut 40 Mill. DM aufgestockt. Die eigenen Mittel beliefen sich Ende 1984 auf 1,6 Mrd. DM; das entspricht einer Eigenkapitalquote von 2,7 Prozent. An die Eigner, das Land Niedersachsen und die niedersächsischen Sparkassen, schüttet die NordLB auf das Stammkapital von 480 Mill. DM wieder eine Dividende von vier Prozent aus, das sind 19,2 Mill. DM.

Mit den Eignern der Bank sei abgesprochen worden, daß bei Ausschüttungen und Rücklagenbildung aus eigener Kraft auch Kapitalzuführungen *von außen in Betracht kommen.* Gegenwärtig stehe man mit den Anteilseignern in konkreten Verhandlungen. Thiemann wollte nicht ausschließen, daß eine solche Operation bereits Anfang 1986 vorgenommen wird. Die Größenordnung der Kapitalerhöhung könnte bei 130 Mill. DM liegen, wobei noch nicht geklärt ist, ob die Aufstockung durch die Ausgabe von Genußscheinen oder in anderer Form *erfolgen wird.* Bis 1989 *errechnet sich* für die NordLB ein Kapitalbedarf in Höhe von 280 Mill. DM.

Im Rahmen der Risikovorsorge hat *das Institut im Berichtsjahr* Abschreibungen und Wertberichtigungen von *160 (184)* Mill. DM vorgenommen. Die gegenüber Thiemanns letzten Aussagen von Ende 1984 um zehn Mill. DM höhere Summe wurde durch die Schließung des Bremer Bankhauses Kleinwort, Benson erforderlich. Eine „Hängepartie" ergab sich für das Institut durch das Engagement beim Essener Bauunternehmen Huta Hegerfeld. Insgesamt aber seien es nicht die spektakulären Fälle, sondern eine Vielzahl kleinerer *Pleiten*, die den Abschreibungsbedarf maßgeblich bestimmten.

Ohnehin aber entfalle der größere Teil der 160 Mill. DM auf Risiken im Auslandsgeschäft. Nicht zuletzt deshalb werde das Betriebsergebnis der Luxemburger Tochter in Höhe von 61,2 (60,2) Mill. DM vollständig zur Risikoabschirmung im internationalen Bankgeschäft verwendet. Thiemann äußerte die Befürchtung, daß infolge des hohen Dollar-Kurses die Vorsorge *im laufenden Jahr* noch über dem Niveau von 1984 liegen werde.

Im Berichtsjahr erhöhte sich die *Bilanzsumme der NordLB um 3,8* Prozent auf 60 (57,8) Mrd. DM. Das Kreditvolumen stieg um 1,9 Prozent auf 42,3 (41,5) Mrd. DM. Die langfristigen Kredite verstärkten ihren Anteil auf 87 Prozent. Hauptfinanzierungsquelle für das Neugeschäft war der Absatz eigener Schuldverschreibungen, deren Volumen um 1,7 Prozent auf 29,4 (28,9) Mrd. DM zunahm. Für den Konzern, dem die Bremer Landesbank zugeordnet ist, ergab sich im Berichtsjahr eine Bilanzsumme von *88,1 (83,5) Mrd. DM. Die gesamten* Kredite wurden auf 64,6 (62,2) Mrd. DM ausgeweitet. Das Betriebsergebnis des Konzerns unter Einschluß des Handelsergebnisses wird mit 632,5 (650,6) Mill. DM ausgewiesen; das entspricht einem Rückgang von 2,8 Prozent. Im laufenden Jahr hofft Thiemann auf eine Ertragsentwicklung, die sich „wenn schon nicht quantitativ, dann zumindest qualitativ" verbessert.

FUTTERMITTEL / Gegen Getreide-Zwangsbeimischung

Höhere Preise befürchtet

HENNER LAVALL, Bonn

Gegen eine Zwangsbeimischung von Getreide im Mischfutter, wie sie derzeit von einer Reihe Agrarpolitikern empfohlen wird, spricht sich der Fachverband der Futtermittelindustrie, Bonn, aus. Die 135 privatwirtschaftlichen Hersteller mit etwa 200 Werken halten die geplanten Vorschriften weder für ein geeignetes noch ein durchführbares *Mittel*, um Getreideüberschüsse in der Europäischen Gemeinschaft *abzubauen.* Ulrich Wagner, Vorsitzender des Fachverbandes, wies darauf hin, daß darüber hinaus die deutschen Landwirte mit Tierproduktion empfindliche Preiserhöhungen zu erwarten hätten. Denn in der Bundesrepublik herrschten die eindeutig höchsten Getreidepreise in der EG. Die Züchter hätten dadurch weitere Wettbewerbsnachteile zu der ausländischen Konkurrenz in Kauf zu nehmen.

Ohnehin sei die Getreideverwendung im Mischfutter im vergangenen Jahr angestiegen, berichtet Wagner, und zwar im *Durchschnitt* auf 23,3 (22,2) Prozent oder knapp über vier *Mill. Tonnen.* Der Getreideeinsatz je Großvieheinheit und Jahr liege in der Bundesrepublik Deutschland mit 1158 Kilogramm im Europavergleich hinter Dänemark (2096 Kilogramm) an zweiter Stelle. Allerdings finde nur knapp die Hälfte des verfütterten Getreides seinen Weg auf die Höfe über Mischfutter. Der Rest werde unmittelbar (42 Prozent) oder als zugekauftes Getreide (zehn Prozent) verfüttert.

Dies verwundert nicht, denn Mischfutter ist inzwischen teuer geworden. So mußte die Landwirtschaft im letzten Jahr bei leicht gesunkener Gesamtproduktion (17,2 Mill. gegenüber 17,7 Mill. Tonnen in 1983) 11,6 Mrd. DM für Mischfutter aufwenden, während es 1983 erst 9,9 Mrd. DM waren. Daß Futtergetreide wieder konkurrenzfähiger wird, dafür müsse jetzt gesorgt werden, bekräftigte Wagner. Die Branche sehe auch ohne weitere bürokratische Hindernisse mit Pessimismus in die Zukunft. Zumindest das laufende Jahr lasse durch die noch nicht abgeschlossene Reduzierung des Milchkuhbestands weitere Absatzrückgänge befürchten.

FRANKREICH / Zuschüsse decken die Verluste der staaatlichen Stahlfirmen nicht ab

Renault erhält mehr Geld aus Paris

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die unerwartet hohen Verluste von Renault zwingen die französische Regierung, ihre diesjährigen Kapitaldotationen an die anderen verstaatlichten Industrieunternehmen weniger stark als ursprünglich vorgesehen zu erhöhen oder sie sogar zu kürzen. Denn an dem vor einigen Monaten im Haushaltsplan für 1985 auf 13,56 Mrd. Franc festgesetzten globalen Betrag soll nicht gerüttelt werden, nachdem diese Dotationen im letzten Jahr *effektiv 15,17 Mrd. Franc erreicht hatten.*

Insoweit bleibt die *Regierung* ihrer Sparpolitik treu. Zwar stehen den Staatsunternehmen noch 2,19 Mrd. Franc an 1984 nicht ausgezahlten Dotationszusagen zur Verfügung. Mit zusammen 15,75 Mrd. Franc kommt man danach auf einen Betrag, der inflationsbereinigt bestenfalls dem des Vorjahres entspricht. Die Dotationen waren allerdings von 6,07 Mrd. Franc im Verstaatlichungsjahr 1982 auf 12,40 Mrd. Franc *1983* verdoppelt worden.

Die genaue Aufteilung der Staatsmittel wird der französische Ministerrat *heute* beschließen. Jedoch *hat das* Industrieministerium bereits die Liste herausgegeben. Danach vervierfacht sich der für Kapitalerhöhungen von Renault verfügbare Betrag auf 4,17 (1,05) Mrd. Franc, wovon drei Mrd. Franc auf die neue Dotation entfallen. Ursprünglich sollte Renault nur zwei bis 2,5 Mrd. Franc erhalten.

Angesichts eines Defizits, das man neuerdings auf zwölf Mrd. Franc schätzt (nach 1,6 Mrd. Franc 1983) und bei einer Verschuldung von inzwischen fast 60 Mrd. Franc ist die staatliche Kapitalhilfe für Renault aber immer noch knapp bemessen. Deshalb soll dem Konzern vom staatlichen Entwicklungsfonds eine neue *Kredithilfe zu Vorzugsbedingungen* über mindestens 2,5 Mrd. Franc *eingeräumt werden. Als Gegenleistung* verlangt die Regierung aber eine durchgreifende Sanierung. Renault war schon 1945 verstaatlicht worden.

Der zweite große Posten betrifft die Ende 1981 durch Kapitalisierung staatlicher Forderungen verstaatlichten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor, die zusammen 5,75 Mrd. Franc Kapitaldotationen erhalten, gegenüber 5,50 Mrd. Franc 1984. Auch hier reichen die neuen Staatsmittel zur Abdeckung der auf zusammen 8,5 Mrd. Franc veranschlagten *Defizite* bei weitem nicht aus. Zwar hat sich *ihre Ertragslage im letzten Jahr etwas* verbessert. Aber die finanziellen Lasten sind weiter gestiegen. Um Sacilor und Usinor wieder auf einen grünen Zweig zu bringen, müßte der Staat im Rahmen einer großen *Umschuldungsaktion insgesamt* 30 Mrd. Franc aufbringen, heißt es.

Für die übrigen *Staatsunternehmen einschließlich der sogenannten* Zukunftsindustrien bleibt danach *nicht mehr viel übrig. Noch am* besten schneidet Thomson ab, der 1300 Mill. Franc zuzüglich 500 Mill. Franc Rückstand erhalten soll, nach 500 Mill. Franc 1984. Bei Verlusten von voraussichtlich 200 Mill. Franc nach einer Mrd. Franc im Vorjahr bekommt der Elektronikkonzern aber doch etwas Luft, zumal er seinen unrentablen Telefonsektor an die Compagnie Générale d'Electricité (CGE) überträgt, die *bei Gewinnen* von wieder 650 Mill. Franc keinerlei Dotation (nach 1,86 Mrd. Franc 1984) erhält.

Nach 500 (400) Mill. Reingewinn bekommt der Mischkonzern Saint-Gobain (Glas usw.) wieder nur 150 Mill. Franc, ebenso wie der Chemiekonzern Rhône-Poulenc (aus dem Rückstand des letzten Jahres), der allerdings eine *spektakuläre* Gewinnsteigerung auf zwei (0,1) Mrd. Franc aufweist. Das hat er weitgehend der Abtretung unrentabler Interessen an dem im staatlichen Mehrheitsbesitz befindlichen Mineralölkonzern Elf-Aquitaine zu verdanken.

Berlin an der Spitze der Volksbanken

tb. Berlin

Die Berliner Volksbank (West) eG ist im vergangenen Jahr an die Spitze der deutschen Volksbanken gerückt. Mit einer Bilanzsumme von 2,75 Mrd. DM (plus 12,9 Prozent) liegt das Institut jetzt auf dem ersten Platz knapp vor der Stuttgarter Bank. Das teilte Vorstandsvorsitzender Heinz-Dieter Prüske mit. Das Geschäftsvolumen verfehlte mit 2,97 Mrd. DM knapp die Drei-Milliarden-Grenze.

Die Bilanz wurde wiederum von der Einlagenseite bestimmt. Prüske wies dabei nicht ohne Stolz auf die Steigerung der Spareinlagen um fast 8 Prozent auf 694,3 (643,5) Mill. DM hin. Dieser Zuwachs sei allerdings nur durch Sonderprogramme, die dem Zinsbewußtsein der Kundschaft entgegenkamen, erreicht worden. Insgesamt nahmen die Kundeneinlagen *um 9,1 Prozent* auf 1,98 (1,82) Mrd. DM zu.

Im Kreditgeschäft gab es nach Prüskes Angaben in allen Bereichen Steigerungen von mehr als 10 Prozent. Die Nachfrage kam aber überwiegend aus Grundstückskrediten und Immobilienfinanzierungen. Auch *Betriebsmittelkredite* seien wieder stärker in Anspruch genommen worden, während die Nachfrage nach Investitionskrediten schwach gewesen sei. Zugenommen habe auch die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte. Insgesamt stieg das Kreditvolumen um 12,4 Prozent auf 1,52 (1,35) Mrd. DM.

Der Rückgang des Teilbetriebsergebnisses *von 33 (34) Mill. DM* wurde im außerordentlichen Bereich mehr *als ausgeglichen.* Als Jahresüberschuß werden 12,1 (11,9) Mill. DM ausgewiesen. Daraus sollen wieder 9 Prozent Dividende (einschließlich Steuergutschrift) ausgeschüttet werden.

PFAFF / Starker Zuwachs bei Industrienähmaschinen

Dividende bleibt unverändert

INGE ADHAM, Frankfurt

Ein Umsatzplus von 3 Prozent auf 938 (832) Mill. DM im vergangenen Jahr hat der Pfaff AG, Kaiserslautern, auch eine positive Ertragsentwicklung beschert. Sie verhindert, daß die im Zuammenhang mit betrügerischen Manipulationen bei der brasilianischen Tochter angefallenen Belastungen in Form einer Dividendenkürzung auch die Aktionäre treffen. Bei der jetzt unter Berücksichtigung der vorhandenen Reserven für Auslandsrisiken erkennbaren Ergebnisbelastung (vor Steuern) in der Größenordnung von 10 Mill. DM dürfen die Aktionäre für 1984 mit einer unveränderten Dividende rechnen. Übrigens läuft die Fertigung der Pfaff-Schnellnäher, wie das Unternehmen mitteilt, bei der brasilianischen Tochter ohne Unterbrechung weiter.

In einem ersten Überblick über das vergangene Jahr veranschlagt der Pfaff-Vorstand den Zuwachs bei Industriemaschinen (Umsatzanteil 66 Prozent) auf 15 Prozent auf 621 (538) Mill. DM, wobei das Inland überdurchschnittlich zulegte. Schwächer war *die Entwicklung bei Haushalts*maschinen, das achtprozentige Umsatzplus auf 317 (294) Mill. DM resultiert ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft.

Für dieses Jahr gibt sich der Vorstand in seinem Aktionärsbrief für beide Bereiche optimistisch, geplant sind ein leichter Umsatzzuwachs und eine „insgesamt befriedigende Ertragslage". Geplant sind 36 (30) Mill. DM Sachinvestitionen, die mit Hilfe der bevorstehenden *Kapitalerhöhung* um 10 auf 53 Mill. DM (Zeichnungsfrist *19. März* bis 2. April, Ausgabekurs 130 DM je 50 DM-Aktie) finanziert werden sollen. Am Jahresende arbeiteten in der Gruppe 9371 (9155) Mitarbeiter, *davon 7300 im Inland.*

CLAAS / Vom Branchentrend abgekoppelt – Auslandsgschäft bringt Plus

Umsatz überspringt Milliarden-Grenze

D. SCHMIDT, Harsewinkel

Die Claas oHG, Harsewinkel, führender Hersteller von Landmaschinen in Europa, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) trotz schwieriger *Marktbedingungen erfolgreich gearbeitet.* Helmut Claas, Vorsitzender der *Geschäftsführung, bezieht sich* mit dieser Aussage vor allem auf den Umsatz, der in der Gruppe (Welt) die Milliarden-Mark-Grenze überschritt und 1,03 (0,93) Mrd. DM erreichte. Einen Zuwachs um 11,7 Prozent auf 885 (793) Mill. DM verzeichnete die konsolidierte Claas-Inlandsgruppe. Darin enthalten sind Preissteigerungen von gut 3 Prozent.

Weniger zufrieden ist Claas mit der Ertragsentwicklung, wenngleich der Jahresüberschuß auf 7,3 (6,1) Mill. DM erhöht wurde. Die Verbesserung, so Claas, dürfe zwar als Erfolg gewertet werden: die *Umsatzrendite* von 0,8 Prozent sei indes weiter unbefriedigend. *Die Steigerung der Ertragskraft* bleibe deshalb die vordringliche Aufgabe.

Die im Berichtsjahr erzielte *Umsatzzunahme ist fast ausschließlich* dem Auslandsgeschäft, das um 15,4 Prozent auf 657 Mill. DM ausgeweitet wurde, zu verdanken. *Der Inlands*umsatz dagegen erhöhte sich nur um *2,1 Prozent. Dies ließ den Auslands*anteil am Gesamtumsatz auf 74,2 (71,8) Prozent wachsen.

Vom Branchentrend absetzen *konnte sich Claas vor allem beim* wichtigsten Umsatzträger, den Mähdreschern. Während die deutschen Hersteller insgesamt einen deutlichen Umsatzrückgang um 12,7 Prozent hinnehmen mußten, hat Claas in dieser Produktgruppe weiter zugelegt. Vom Gesamtumsatz entfallen auf Mähdrescher 49 Prozent, auf Pressen 11 Prozent, auf Feldhäcksler 9 Prozent, auf Futtererntemaschinen 6 Prozent und auf sonstige Produkte 25 Prozent.

Nachdem durch die staatliche Investitionszulage im Vorjahr ein Investitionsschub ausgelöst worden war, gingen die Sachanlageinvestitionen im Berichtsjahr auf 22,2 (29,4) Mill. DM zurück. Die Pläne für 1984/85 sehen *wieder einen kräftigen Anstieg* auf 36 Mill. DM vor; 24 Mill. DM *davon werden im Land investiert.* Die Abschreibungen erreichten 24,1 (21,9) Mill. DM. Die günstigere Entwicklung bei den ausländischen Tochtergesellschaften schlägt sich in der *Verringerung der Finanzumlage-Ab*schreibungen auf 9,3 (21,5) Mill. DM *nieder. Sie betreffen die US-Tochter*, die durch die Trennung vom dortigen *Vertriebspartner in erhebliche* Schwierigkeiten geriet. Claas geht davon aus, das US-Geschäft bis 1986 in den Griff zu bekommen.

Auch vor dem Hintergrund der weiterhin eher ungünstigen Rahmenbedingungen äußert sich Claas für das eigene Unternehmen zuversichtlich zu den Aussichten im laufenden Jahr, wenngleich die Zuwachsraten geringer ausfallen dürften als *1983/84.* In Westeuropa signalisiere der Auftragseingang bei Mähdreschern einen über dem Vorjahr liegenden Absatz. Einen weiteren *Großauftrag*, der die Lieferung von 325 Mähdreschern *nach Ungarn vorsieht, hat Claas im* Rahmen einer Ausschreibung der *Weltbank hereinnehmen können. Um* die Kostenstruktur zu verbessern, werden derzeit verschiedene Überlegungen angestellt.

NAMEN

Jürgen Vignold (39), bisher bei Agfa-Gevaert, Leverkusen, hat die Vertriebsleitung bei Daimon-Duracell GmbH, Köln, übernommen. Er ist Nachfolger von **Rolf Maaß** (46), der die regionale Verkaufsdirektion im Gebiet Mitte übernimmt.

Dr. **Walter Aden**, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, wurde zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung der Industrie- und Handelskammern gewählt.

Rudolf Kreisler, lange Jahre im kundenbezogenen Umweltschutz der Herberts GmbH, Wuppertal, tätig, vollendet am 16. März das 65. Lebensjahr und tritt in den Ruhestand.

HEWLETT-PACKARD / Mehr Eigenentwicklungen

Glänzendes Jubiläumsjahr

WERNER NEITZEL, Böblingen

Bei der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, der größten ausländischen Tochter des amerikanischen Elektronik-Konzerns Hewlett-Pakckard, ist man zuversichtlich, daß auch das laufende Geschäftsjahr *1984/85 (31. Oktober) ähnlich* ausfallen wird wie das vergangene. Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsführung: „Die Zahlen sehen gut aus."

Gleichwohl rechne er mit einer *„Normalisierung" des Wachstums*, wobei er von einem erwarteten Umsatzplus zwischen 20 bis 25 Prozent ausgeht. Der Gewinn des Unternehmens werde nach dem derzeitigen Stand ebenfalls zunehmen, allerdings etwas unter diesem Steigerungstempo bleiben.

Normalisierung heißt es auch bei den Investitionen. Sie sollen sich im laufenden Jahr auf 80 bis 100 Mill. DM belaufen, nachdem sie im Berichtsjahr 1983/84 unter Nutzung der Investitionszulage besonders kräftig auf 180 (Vorjahr: 84) Mill. DM hochgefahren worden sind. Abgeschrieben wurden 60 (38) Mill. DM. In Böblingen entstand ein viertes Werk. Ferner wurden neue Vertriebsgebäude in Bad Homburg, *Ratingen*, Waldbronn und Böblingen erstellt. Für die nächsten *Jahre sind im Vertriebsbereich* Bauten in München und Hamburg vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 1983/84, dem Jahr ihres *25jährigen Bestehens, hat* die Hewlett-Packard GmbH (Knoblauch: „Es hat sich so getroffen") ihren Umsatz *um nicht weniger* als 42 Prozent auf 2,12 Milliarden DM gesteigert. *Dabei vergrößerte sich der* Exportanteil leicht auf 59 (57) Prozent.

Der Umsatz mit Produkten aus der Eigenentwicklung erreichte 500 Mill. DM und soll im laufenden Jahr weiter *auf 660 Mill. DM ausgebaut werden.* Hier hat auch der gestiegene Dollarkurs *mitgewirkt. Das Unternehmen* bezieht einen Großteil seiner Produkte und Materialien auf Dollarbasis. Mit Wirkung vom 15. April dieses Jahres sollen die Preise um durchschnittlich sieben bis acht Prozent angehoben werden.

Das Umsatzwachstum habe in der vollen Breite des heterogenen Produktprogramms stattgefunden, in dem inzwischen mehr als die Hälfte auf Computer-Erzeugnisse entfällt. Besonders gut vorangekommen sei man mit dem neuen Personal Computer „HP 130". In dieser Sparte ist man in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen an die dritte Stelle der Absatzskala vorgerückt.

Es wird ein um 35 Prozent auf 128 (95) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen. Das Stammkapital wurde im Wege des „Schütt aus – hol zurück"-Verfahrens um 80 Mill. DM auf 300 Mill. DM aufgestockt. Aufgestockt um 700 Mitarbeiter wurde auch die Belegschaft auf nunmehr fast 4200 Mitarbeiter. Für das laufen*de Jahr sind rund 500 Neueinstellungen* geplant.

VEREINS- UND WESTBANK / Konservative Vorsorgepolitik wird fortgesetzt – Wieder 20 Prozent Ausschüttung

Bereinigung im Beteiligungsbereich angestrebt

JAN BRECH, Hamburg

Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, die größte norddeutsche Regionalbank, hat ihre Ertragskraft auch im Berichtsjahr 1984 gewahrt. Das Ergebnis erlaubt nicht nur die Beibehaltung der im Vorjahr um 2 auf 20 Prozent aufgestockten Dividende (Hauptversammlung am 24. April), sondern auch eine Fortsetzung der *sehr konservativen Vorsorgepolitik.* Wie der Sprecher des Vorstands Eberhard-Rainer Luckey erklärt, habe die Bank die Vorsorgemaßnahmen für das In- und Auslandskreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr nochmals um 50 Prozent aufgestockt.

Die Risikovorsorge, so Luckey, betrifft zu 75 Prozent das Inland, in dem die Zeiten für kleinere und mittlere Betriebe *nicht besser geworden* seien, und zu 25 Prozent das Ausland mit dem Schwerpunkt Südamerika. Endgültig ausgestanden sind allerdings die *Altrisiken der Tochterge*sellschaft Bankhaus Donner und der Banco *Promoter*, Panama. Nachdem deren gesundes Geschäft weitgehend auf die Niederlassung der Vereins- und Westbank in Miami verlagert worden ist, soll die Banco Promoter *Mitte dieses Jahres ihr Geschäft* einstellen. Keine Risiken lauerten für die Bank, so betont Luckey, in Südostasien. Für diese Region ist nach wie vor nicht entschieden, ob und wenn ja, wo die Vereins- und Westbank eine Niederlassung eröffnen wird.

Höhere Erträge sprudelten 1984 in allen Bereichen der Bank. Die Zinsmarge schrumpfte zwar von 2,92 auf 2,58 Prozent, doch das ausgeweitete Geschäftsvolumen führte dazu, daß sich der im Jahr 1983 auf Rekordhöhen gestiegene Zinsüberschuß nochmals um 0,3 Prozent verbesserte. Der Provisionsüberschuß lag um 6,5 Prozent über dem des Vorjahres, wobei die Überschüsse im Wertpapiergeschäft um 5 und im Effektenhandel um 10 Prozent stiegen.

Das Gesamtbetriebsergebnis blieb allerdings um 12 Prozent unter dem des Vorjahres. Hier wirken sich um 7,3 Prozent höhere Personalaufwendungen und ein Anstieg des Sachaufwandes um 9,1 Prozent aus. Die Konzentration der Hauptverwaltung in *Hamburg* an *einem* Platz und die rasch voranschreitende Automatisierung der Betriebsabläufe werde in den nächsten Jahren positive Effekte auf die Kostenenwicklung haben.

Zum Geschäftsverlauf 1984 erklärte Luckey, daß das Wachstum wieder von der Kreditnachfrage getragen worden sei. Das Volumen *erhöhte* sich um 11 Prozent auf 9,3 Mrd. DM, wobei vor allem kurzfristige Ausleihungen wegen der verstärkten Nachfrage der Außenhandelskundschaft expandierten. Zur Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres sagte er, daß die Teilbetriebsergebnisse erfreulich ausgefallen seien und vor allem aus dem Effektengeschäft 50 Prozent höhere Erträge kämen.

Neue Aktivitäten der Bank kündigt Luckey unter dem Stichwort „Venture Capital" mit der Gründung der Norddeutschen Innovations- und Beteiligungsgesellschaft an, die zunächst mit 10 Mill. DM Startkapital ausgestattet wird und an der zwei Versicherungsgesellschaften und ein Privatmann mitbeteiligt sein werden. Im eigenen Beteiligungsbereich strebt die Vereins- und Westbank eine Bereinigung an. Vorgesehen ist die Veräußerung ihrer 51 Prozent Beteiligung an der Conrad Scholtz AG Hamburg an, bei der 1983 und 1984 erhebliche bilanzielle Aufräumungsarbeiten verkraftet werden mußten. Eine Entscheidung falle in den nächsten Wochen, erklärt Luckey.

Vereins- und Westbank	1984	±%
Kundeneinlagen (Mill. DM)	7389	+ 0.6
Bankeinlagen	2703	+ 41.4
Forderungen an		
Kunden	6501	+ 5.2
Banken	2102	+ 18.3
Eigenmittel	474	+ 14.5
Bilanzsumme	11 965	+ 10.4
Geschäftsvolumen	13 516	+ 10.9
Zinsüberschuß	354	+ 0.3
Provisionsüberschuß	121	+ 6.5
Jahresüberschuß	34	+ 18.3

TETRA PAK / Vom Preiskampf im Handel betroffen

Einige Dellen im Ertrag

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Preiskampf im Handel, besonders *bei den Discountern, in Sachen* kartonverpackter Milch und Fruchtgetränke schlägt auf die Tetra Pak Rausing & Co. KG, Hochheim, durch. Trotz einer Kostensteigerung um 10 Prozent (vor allem Papier) konnte der Verpackungsanbieter seine Preise im vergangenen Jahr nur um knapp 2 Prozent anheben. Dies blieb, wie der Vorsitzende der *Geschäftsführung* der deutschen Tetra-Pak-Gruppe, Gunther A. *Luedecke*, betont, nicht ohne Auswirkung auf den Ertrag. Immerhin ist Tetra Pak aber in der Lage, auch die für die beiden kommenden *Jahre geplanten Investitionen* in Höhe von 30 (10) Mill. DM aus eigenen *Mitteln zu finanzieren.*

Im Mittelpunkt der Investitionen *stehen Modernisierungen* und Verbesserungen in den beiden Werken *Berlin und Limburg. Die darin* enthaltene Kapazitätsaufstockung soll Tetra Pak *in die Lage versetzen, sich* bietende Exportchancen zu nutzen. Im vergangenen Jahr erreichte die *deutsche Gruppe bei 457 (437) Mill.* DM Inlandsumsatz einen Gesamtum*satz von 485 Mill. DM und damit erst*mals einen nennenswerten Exportanteil. In diesem Jahr soll die 500-Mill.-DM-Grenze überschritten werden.

Unverändert entfielen 90 Prozent des Umsatzes auf Kartonverpackungen, *Maschinen* und Service trugen 10 Prozent bei. Etwa 70 Prozent der *Verpackungsproduktion (3,7 Mrd.* Einheiten) gingen in die Molkerei-Industrie; 30 Prozent entfielen auf Fruchtgetränke und Wein, der freilich mit 2,2 Prozent *noch einen verschwindend* geringen Anteil am deutschen Weinabsatz hat. Am Jahresende waren bei der deutschen Gruppe unverändert rund 800 Mitarbeiter beschäftigt.

Weltweit setzte die im schweizerischen Lausanne ansässige schwedische Familiengruppe im vergangenen Jahr mit 8800 (7500) Beschäftigten 4,3 *(3,8) Mrd. DM* um. *Die Gruppe ist in* 45 Ländern mit eigenen Unternehmen vertreten.

Geschäftsleute sind gern unter sich.

Aber nicht gern zu nah beisammen.

Bei allen Verschiedenheiten haben Geschäftsleute etwas Gemeinsames: Sie möchten auf dem Weg zum Reiseziel oft noch etwas durchlesen oder entwerfen. Oder sich in ruhiger Atmosphäre ganz einfach entspannen.

Darum fehlt die Business Class in keinem Swissair-Flugzeug. Und in der Business Class fehlt es an keinem Komfort.

In den DC-10 und B-747 sorgen zum Beispiel neue, breite Fauteuils mit seitlichen Kopfstützen, Armlehnen (mit Ablageflächen) und verstellbaren Fussstützen für hohen Sitzkomfort.

Und weil Sitzkomfort bei der Swissair auch Platzkomfort bedeutet, sind Sie höchstens durch einen Sitznachbarn vom Gang getrennt. Ausserdem haben wir den Abstand zum Vordersitz um mehr als zehn Zentimeter vergrössert, so dass Sie viel Platz für Ihre Beine haben.

Wer mit der Swissair Business Class fliegt, erlebt aber auch schon am Boden viel Komfort. So treffen Sie bereits in 59 Flughäfen auf separate Check-in-Schalter, was Ihnen die Wartezeiten verkürzt. Und in immer mehr Langstrecken-Destinationen erwarten Sie bequeme Business Class-Lounges. Als einzigen Stress muten wir Ihnen zu, auf Langstrecken zwischen drei exquisiten Hauptmahlzeiten zu wählen.

In Lokalitäten mit einem grosszügigen Platzangebot trifft man eben meist auch auf ein gepflegtes Speiseangebot.

Die Swissair oder Ihr IATA-Reisebüro gibt Ihnen gerne alle weiteren Auskünfte.



GGK

Bei den Aktien wird getauscht

Stillstand bei den meisten Favoriten

DW. – Bei den Aktien konnte sich keine eindeutige Tendenz durchsetzen. Die darin zum Ausdruck kommende Unsicherheit wird mit der bevorstehenden Sitzung des Zentralbankrates begründet, für die Börsianer als Ergebnis eine Leitzinserhöhung nicht völlig ausschließen. Größere Aktivitäten ergaben sich durch Tauschoperationen, die teilweise zu Lasten der bisherigen Favoriten gingen, ohne daß deren Kurse dabei nennenswert in Mitleidenschaft gezogen wurden. Siemens-Aktien konnten sich gut behaupten.

Das Siemens-Bezugsrecht mit 27,80 DM unverändert. Da nach der Siemens-Hausse Nixdorf-Aktien als zurückgeblieben angesehen werden, profitierten sie von Tauschoperationen. In Fahrt geriet auch der Preussag-Kurs. Veba-Aktien setzten unter lebhaften Umsätzen ihren Anstieg fort, angeregt durch Gerüchte über eine weitere Dividendenerhöhung. Davon wird auch bei den NWK gesprochen, die zum Veba-Bereich gehören. Der Kurs der NWK-Vorzugsaktien blieb indessen noch unverändert. Im Chemiebereich setzten Beiersdorf-Aktien ihren Anstieg um vier DM fort, auch wenn der neue Aktionärsbrief keine Auskünfte über den Umfang der Ertragsbesserung in 1984 gebracht hat.

Frankfurt: Fuchs Petroleum Vz. gaben um 4 DM und Mercedes um 6,50 DM nach. Metallges. stockten um 6 DM und Moenus um 2,20 DM auf. Pittler Maschinen erhöhten um 4 DM, Schloßquell Heidelberg um 25 DM und VGT um 6 DM.

Düsseldorf: Aseag verbesserten sich um 20 DM und Audi NSU um 5 DM. Hindrichs Auffermann stockten um 6 DM und Scheidemandel um 4 DM auf. Nachgegeben haben Ver. Rumpus und Düwag um je 5 DM. Agrippina schlossen mit 10 DM und Allianz Vers. mit 18 DM fester.

Hamburg: Beiersdorf stiegen weiter auf 510 DM. Hapag Lloyd konnten sich auf 128 DM erholen. HEW lagen bei 90 DM etwas leichter, während sich NWK-Vz. bei 166 DM behaupten konnten. Haller Meurer gaben um 1,40 DM auf 162,60 DM nach.

Berlin: Orenstein erhöhten sich um 12 DM, Engelhardt und Herlitz St. um je 5 DM. Berliner Elektro konnten 4,50 DM, Herlitz Vz. 4 DM und Bergmann 2 DM zulegen. DeTeWe mußten 8 DM und Dt. Hypobank Berlin 4 DM hergeben.

München: Etienne Aigner stockten um 2,70 DM und Audi AG um 5 DM auf. Bay. Lloyd erhöhten um 4 DM, Dywidag um 3,50 DM und Hutschenreuther um 4,50 DM. Erlus AG haben um 5 DM DM nachgegeben. Gehe AG verloren 1 DM.

Stuttgart: Württembergische Cattun erhöhten um 25 DM. Stuttgarter Hofbräu St. wurden bei 600 DM zugeteilt, die Vorzugsaktien stockten um 14 DM auf. Krawag weiter aufwärts und mit 560 DM bezahlt. Die D-Aktien der Allgemeinen Rentenanstalt gewannen 150 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 177,3 (177,4)
WELT-Umsatzindex: 4120 (3510)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

	13. 3.	12. 3.
Arbed	1695	1710
Brux. Lambert	2165	2155
Cockerill Ougrée	278	280
Ebes	3040	3050
Gevaert	4255	4250
Kredietbank	8400	–
Petrofina	7040	7020
Soc. Gén. d. Belg.	2055	2020
Sofina	8020	8010
Solvay	4420	4420
UCB	5310	5350
Index	–	–

Madrid

Hongkong

Singapur

	13. 3.	12. 3.
Cycle – Car	3,47	3,48
Cold Storage	2,68	2,71
Dev. Bk. of Sing.	6,10	6,10
Fraser – Neave	5,25	5,30
Kl. Kepong	2,67	2,65
Mal. Banking	6,30	6,30
Nat. Iron	3,42	3,44
OCBC	9,45	9,45
Sime Darby	1,95	2,00
Singapur Land	2,90	3,00
Un. Overs. Bank	4,44	4,46

Paris

Sydney

	13. 3.	12. 3.
Bridge Oil	2,15	2,15
Brok. Hill Prop.	5,62	5,56
Coles	3,70	3,65
CRA	5,72	5,66
CSR (Thiess)	2,71	2,71
Metals Expl.	0,46	0,46
MIM-Holdings	2,67	2,65
Myer Emporium	1,75	1,72
North Broken Hill	2,23	2,25
Oakbridge	0,76	0,75
Peko Wallsend	3,98	3,95
Poseidon	3,00	3,00
Thomas Nat. Tr.	1,85	1,85
Waltons Bond	0,36	0,37
Western Mining	3,52	3,48
Woodside Petr.	0,80	0,78
Index	787,40	784,10

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1972,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1250,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	680,70
1 £ Sovereign alt	222,75	276,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	222,25	275,03
20 belgische Franken	171,75	234,39
10 Rubel Tscherwonez	233,50	298,55
2 südafrikanische Rand	218,50	276,75
Krüger Rand, neu	988,00	1106,22
Maple Leaf	988,00	1106,22
Platin Noble Man	845,00	1000,20
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	239,50	301,83
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,25	227,15
20 franz. Franken „Napoléon"	175,25	228,39
100 österr. Kronen (Neuprägung)	911,50	1102,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,25	229,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,25	124,55
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	418,50	511,39
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,25	134,81

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 3. 85	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs.-Ankfs.-Kurs[1]	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Frankfurt Sorten*) Verkauf
New York[3])	3.3500	3.3580	3.3342	3.27	3.36
London[1])	3.635	3.649	3.579	3.57	3.72
Dublin[1])	3.113	3.127	3.054	3.07	3.13
Montreal[3])	2.4110	2.4190	2.3833	2.38	2.46
Amsterd.	88.260	88.480	88.145	87.25	89.25
Zürich	117.750	117.950	117.720	116.00	119.00
Brüssel	4.965	4.985	4.921	4.81	5.04
Paris	32.645	32.805	32.325	31.75	33.50
Kopenh.	27.900	28.020	27.640	27.00	27.75
Oslo	34.855	34.975	34.320	34.00	35.75
Stockh.**)	35.030	35.190	34.455	34.00	36.00
Mailand[2]) **)	1.589	1.599	1.564	1.55	1.65
Wien	14.208	14.248	14.205	14.14	14.36
Madrid**)	1.805	1.815	1.780	1.76	1.88
Lissabon**)	1.807	1.827	1.707	1.43	2.05
Tokio	1.2905	1.2935	–	1.24	1.30
Helsinki	48.150	48.350	47.485	47.50	49.25
Buen. Air.	–	–	–	–	3.50
Rio	–	–	–	0,03	0.18
Athen*) **)	2.34	2.384	–	1.80	2.60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2.31	2.3490	–	2.28	2.39
Johannesbg.*)	1.666	1.685	–	1.35	1.80

Alles in Hundert: [1]) 1 Pfund, [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Das weitere Tempo der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft bleibt schwer einschätzbar. Die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im Februar um 1,4 Prozent überraschte in ihrem Ausmaß am Markt, der eher schwächere statistische Zahlen erwartet hatte und demzufolge auch kein großes Interesse an neuen Dollarengagements zeigte. Der Kurs notierte am 13. 3. höchst bei 3,3650 und niedrigst bei 3,3350. Um die Mittagszeit konzentrierte sich der Handel um 3,35 mit einer amtlichen Notiz von 3,3340. Nach Veröffentlichung der erwähnten Einzelhandelsumsätze kletterte der Kurs wieder auf 3,3625. Als sehr widerstandsfähig erwiesen sich heute das englische Pfund, der Schweizer Franken, die norwegische Krone und der japanische Yen. Die italienische Lire fiel um 3 Promille auf ihren bisherigen historischen Tiefstkurs von 1,564. US-Dollar in: Amsterdam 3,7850; Brüssel 67,41; Paris 10,25; Mailand 2102,00; Wien 23,56,70; Zürich 2,8460; Ir. Pfund/DM 3,120; Pfund/Dollar 1,0858; Pfund/DM 3,642.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 12. März: In D-Mark 2,22436 (Parität 2,24184); in Dollar 0,662307 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 12. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die sich fortsetzende Befestigung der Euro-Dollar-Sätze hatte am 13. März eine deutliche Erweiterung der Abschläge per Termin zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80/0,70	2,50/2,40	5,65/5,45
Pfund/Dollar	0,52/0,50	1,19/1,15	1,48/1,44
Pfund/DM	3,20/1,80	7,30/5,90	11,60/10,20
FF/DM	21/5	48/32	89/73

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 3.: Tagesgeld 6,00–6,05 Prozent; Monatsgeld 6,25–6,40 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.

Iveco Magirus

Alle 10 Minuten ein anderer LKW.

Das Iveco Magirus-Werk Donautal in Ulm zählt zu den modernsten Produktionsstätten für Nutzfahrzeuge in Europa.
Maßarbeit und Großserie sind hier kein Gegensatz.
Flexibilität am laufenden Band ermöglicht schon heute die Produktion von 5 unterschiedlichen Baureihen in einer Anlage.
Fernverkehrsfahrzeuge, Schnellastwagen, schwere Geländewagen bis hin zu kompletten Brandschutzfahrzeugen – alle 10 Minuten verläßt ein anderer LKW das Werk.
Flexibilität und Effizienz sind die Basis der Wirtschaftlichkeit, die typisch ist für die Produkte und Produktionsmethoden der Iveco, des zweitgrößten Nutzfahrzeugherstellers in Europa.

IVECO
MAGIRUS
Iveco Magirus AG, Ulm



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Durchweg unter Vortagsniveau wurde Kupfer bewertet. Schwächer in den vorderen und fester in den entfernten Kontrakten schloß Kaffee. Schwächer in allen Sichten ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 3	11. 3.
März	345,25	346,75
Mai	336,25	340,00
Juli	326,25	329,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 3.	11. 3.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	258,49	258,70
Amber Durum	241,44	242,25

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	129,20	129,00
Mai	132,60	132,50
Juli	136,50	136,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	137,90	138,00
Mai	133,70	133,50
Juli	131,50	131,50

Hafer Chicago (c/bush)	12. 3.	11. 3.
März	178,50	176,50
Mai	172,00	170,25
Juli	177,00	165,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	268,75	267,75
Mai	272,75	273,00
Juli	274,75	275,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 3.	11. 3.
März	134,90	135,00
Mai	135,20	135,30
Juli	132,90	133,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 3.	11. 3.
Terminkontr. März	143,25	143,50
Mai	144,12	144,60
Juli	144,30	144,65

Kakao New York ($/t)	12. 3.	11. 3.
Terminkontr. März	2315	2140
Mai	2345	2166
Juli	2063	2100
Umsatz	-	5750

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,65	3,66
Mai	4,06	4,07
Juli	4,26	4,29
Sept.	4,40	4,43
Okt.	4,75	4,93
Umsatz	9285	178

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 3.	11. 3.
	3,78	3,69

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	12. 3.	11. 3.
März	2379–2380	2362–2370
Mai	2428–2430	2420–2422
Juli	2465–2468	2461–2463
Umsatz	6334	2331

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2110–2120	2144–2145
Mai	2084–2085	2119–2121
Juli	2066–2067	2102–2105
Umsatz	-	3918

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	111,40–111,60	111,60–111,80
Aug.	117,20–117,40	116,60–116,80
Okt.	123,00–123,20	122,80–123,00
Umsatz	1286	-

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 3.	11. 3.
schw. Sarawak spez.	540,00	-
weißer Sarawak	730,00	-
weißer Muntok	730,00	-

Orangensaft New York (c/lb)	12. 3.	8. 3.
März	164,25	164,75
Mai	167,00	167,75
Juni	168,35	169,00
Sept.	167,40	169,10
Nov.	166,00	166,25
Umsatz	300	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 3.	11. 3.
Südstaaten fob Werk	38,00	37,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	29,50

Sojaöl Chicago (c/lb)		
März	29,85	30,00
Mai	28,18	28,45
Juli	27,25	27,50
Aug.	26,60	26,95
Sept.	26,05	26,40
Okt.	25,25	25,60
Dez.	24,65	24,90

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,00	28,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	23,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
April	48,90	47,10
Juni	52,10	52,25
Juli	53,50	53,80

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	73,65	74,15
Mai	73,50	74,15
Juli	73,32	73,90

Häute Chicago (c/lb)	12. 3.	11. 3.
Ochsen enth. schwere River Northern	44,50	44,50
Kühe enth. schwere River Northern	-	-

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	575,00	579,00
Mai	582,50	588,00
Juli	592,00	598,00
Aug.	593,50	600,00
Sept.	589,50	592,50
Nov.	591,75	595,00
Jan.	603,00	606,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	127,50	128,30
Mai	132,30	133,50
Juli	138,40	139,00
Aug.	141,00	141,70
Sept.	143,20	143,50
Okt.	146,50	146,00
Dez.	151,00	151,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 3.	11. 3.
März	350,00	351,00
Mai	357,00	358,00
Juli	364,50	365,80

Kokosöl New York (c/lb)	12. 3.	11. 3.
Westküste fob Werk	-	-

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 3.	12. 3.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	650,00	660,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	253,50	257,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	935,00	915,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,75	289,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	12. 3.	11. 3.
März	65,60	64,36
Mai	64,95	64,80
Juli	64,85	64,80
Okt.	65,08	64,95
Dez.	66,00	66,10
März	66,50	66,44

Kautschuk New York (c/lb; Händlerpreis)		
loco RSS-1	41,75	71,25

Wolle London (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	12. 3.	11. 3.
März	488	485–505
Mai	506–508	504–508
Aug.	532–538	530–531
Umsatz	139	180

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	12. 3.	11. 3.
März	53,90	53,90
Mai	53,90	53,90
Juli	53,90	53,90
Aug.	54,00	54,00
Umsatz	0	0

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 3.	11. 3.
Mai	570,0–582,0	575,0–582,0
Juli	605,0–607,0	620,0–623,0
Dez.	610,0–612,0	605,0–607,0
Umsatz	25	13

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 3.	11. 3.
East African 3 long	660,00	660,00
ungraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 3.	11. 3.
März	12 790	12 794
April	12 772	12 735

Kautschuk London (p/kg)	12. 3.	11. 3.
Nr. 1 RSS loco	70,00–73,00	-
April	71,50–75,00	72,00–75,50
Mai	72,50–76,00	73,00–76,50
Juni	73,50–77,00	74,00–77,50

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 3.	18. 3.
April	191,50–192,00	193,50–194,25
Mai	195,50–196,25	197,75–198,65
Nr. 2 RSS April	188,50–189,50	190,00–191,00
Nr. 3 RSS April	178,50–179,50	186,50–187,50
Nr. 4 RSS April	176,50–178,50	180,00–181,00

Tendenz: etwas leichter

Jute London (£/lgt)	12. 3.	11. 3.
BWC	-	-
BWD	-	-
BTC	-	-
BTD	-	-

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	13. 3.	12. 3.
Aluminium: Basis London		
laufend. Monat	387,82–381,98	365,82–366,18
drittfolg. Monat	374,57–374,75	376,38–378,56
Blei: Basis London		
laufend. Monat	116,04–116,13	116,68–116,75
drittfolg. Monat	119,14–119,32	119,39–119,57
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1708,46–1710,29	1714,44–1716,35
drittfolg. Monat	1729,63–1731,45	1732,64–1733,37
Zink: Basis London		
laufend. Monat	298,12–298,85	299,57–301,39
drittfolg. Monat	291,01–291,19	291,38–291,56
Produz.-Preis	310,62	310,43
Reinzinn 99,9%	4129–4170	4194–4236

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	468,83–471,92	466,34–469,44
Blei in Kabeln	123,75–124,75	124,25–125,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

Messingnotierungen

	13. 3.	12. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	439–447	440–449
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	482–483	483
MS 63	478–484	480–486

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	12. 3.	11. 3.
ab Werk prompt (Ring $/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Leg. 225	415–428	415–428
Leg. 226	417–430	417–430
Leg. 231	450–460	450–460
Leg. 233	460–470	460–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 3.	12. 3.
Platin (DM je g)	29,30	29,300
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 730	31 340
Rücknahmepr.	30 980	30 590
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 880	31 650
Rücknahmepr.	31 090	30 880
verarbeitet	33 440	33 2208
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 275	31 055
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	616,40	610,00
Rücknahmepr.	598,40	592,30
verarbeitet	643,40	636,808

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	13. 3.	12. 3.
London 10.30	290,10	288,75
15.00	290,25	288,45
Zürich mittags	290,10–290,60	288,40–288,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 150	95 650
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	513,35	508,60
3 Monate	530,15	525,00
6 Monate	545,55	539,85
12 Monate	574,05	568,05

Platin (£-Feinunze)	12. 3.	11. 3.
London fr. Markt	226,40	225,00
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	102,25	102,50

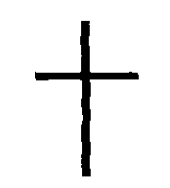
New Yorker Preise	12. 3.	11. 3.
Gold H & H Ankauf	288,45	291,00
Silber H & H Ankauf	570,00	568,00
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,50	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	111,00–112,00	111,00–112,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
März	562,00	554,50
April	562,70	554,70
Mai	566,00	555,00
Juli	573,00	564,00
Sept.	585,00	574,80
Dez.	601,00	595,00
Jan.	607,50	599,80
Umsatz	-	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 3.	11. 3.
März	58,00	59,30
April	58,30	59,70
Mai	58,69	60,10
Juli	60,20	60,55
Sept.	60,75	60,90
Dez.	61,50	61,62
Jan.	62,25	61,90
Umsatz	-	7000

Londoner Metallbörse

	13. 3.	12. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	991,00–992,00	1001,0–1002,0
3 Monate	1026,5–1027,0	1036,0–1036,5
Blei (£/t) Kasse	318,00–318,25	316,00–319,00
3 Monate	326,50–327,00	326,50–327,00
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1257,0–1258,0	1267,0–1268,0
3 Monate	1275,0–1276,0	1282,5–1283,0
abends Kasse	-	1262,0–1263,0
3 Monate	-	1279,0–1279,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1242,0–1243,0	1245,0–1247,0
3 Monate	1267,0–1268,0	1268,0–1270,0
Zink (£/t) Kasse	817,00–819,00	817,00–819,00
3 Monate	797,50–798,00	798,00–798,50
Zinn (£/t) Kasse	10 140–10 145	10 155–10 160
3 Monate	10 145–10 150	10 155–10 156
Quecksilber ($/Fl.)	-	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	72–75



Friedrich Ernst

Prinz von Sachsen Altenburg
Herzog zu Sachsen
Historiker und Archäologe

* 15. 5. 1905 in Potsdam
† 23. 2. 1985 in Rosenheim

Für alle Verwandten und Freunde
Georg Moritz
Erbprinz von Sachsen Altenburg
Herzog zu Sachsen

Schloß Hamborn, 4799 Borchen

Die Beisetzung in Schönach bei Straubing hat bereits stattgefunden.

FINANZANZEIGEN

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk

Aktiengesellschaft
Essen

Bekanntmachung

über die siebzehnte Auslosung der 6% Anleihe von 1963
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 116 –

Die siebzehnte Auslosung von 6% Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1963 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am Mittwoch, dem 6. März 1985, unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurde die

Serie „S",
umfassend die Nummern

005 016 – 005 310	= 295/DM 5.000,–
056 901 – 059 900	= 3.000/DM 1.000,–
078 651 – 079 400	= 750/DM 500,–
106 401 – 107 900	= 1.500/DM 100,–
	= DM 5.000.000,–

Die Einlösung der per 1. Juli 1985 ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert ab 1. Juli 1985 kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse und sämtlichen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die bisher noch nicht eingereichten Teilschuldverschreibungen der nachfolgenden Serien werden ebenfalls bei obigen Zahlstellen eingelöst:

Serie M ausgelost per 1. Juli 1970
Serie H ausgelost per 1. Juli 1974
Serie C ausgelost per 1. Juli 1976
Serie A ausgelost per 1. Juli 1981
Serie J ausgelost per 1. Juli 1983
Serie U ausgelost per 1. Juli 1984

Die Verzinsung endet in allen Fällen mit dem Fälligkeitstag. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird gemäß § 4 der Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen.

Essen, im März 1985 — Der Vorstand

VEREINS-UND WESTBANK

Aktiengesellschaft

Wertpapier-Kenn-Nr.: 811 700

EINLADUNG

Wir laden unsere Aktionäre ein zu der am Mittwoch, dem 24. April 1985, 11.00 Uhr, im Saal 2 des Congress Centrums Hamburg (CCH), Am Dammtor, 2000 Hamburg 36, stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

TAGESORDNUNG

1. a) **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1984 mit dem Bericht des Aufsichtsrats.**
   b) **Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1984.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 26 860 000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je 50,– DM Aktien-Nennbetrag auf das Grundkapital von 134 300 000,– DM zu verwenden.
3. **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1984 Entlastung zu erteilen.
4. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor,
   Herrn Dipl.-Kfm. Dr. Günter Bock, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Hamburg,
   und die
   DWT Deutsche Warentreuhand-Aktiengesellschaft, *Wirtschaftsprüfungsgesellschaft*, Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg,
   zu Abschlußprüfern zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, der spätestens am 19. April 1985 seine Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bei einer unserer Geschäftsstellen oder bei einer der nachstehend aufgeführten Banken hinterlegt hat:

Baden-Württembergische Bank AG,	Deutsche Bank AG,
Bank für Handel und Industrie AG,	Deutsche Bank Berlin AG,
	Deutsche Länderbank AG,
Bankhaus Neelmeyer AG,	Conrad Hinrich Donner,
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG,	Dresdner Bank AG,
	Effectenbank – Warburg AG,
	Handelsbank in Lübeck AG,
Bayerische Vereinsbank AG,	Metallbank GmbH,
Berliner Bank AG,	B. Metzler seel. Sohn & Co.,
Berliner Commerzbank AG,	J. H. Stein,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,	M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.,
Commerzbank AG,	Westfalenbank AG.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei anderen Banken bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung bzw. der von der Wertpapiersammelbank ausgestellte Hinterlegungsschein spätestens am 22. April 1985 bei der Gesellschaft einzureichen.

Hamburg, im März 1985

DER VORSTAND
Bandow Luckey Meincke
v. Pannwitz Wascheck Kirchfeld v. Trotha



VEREINS-UND WESTBANK

Bilanz'84

Ausgewählte Zahlen aus unserem Jahresabschluß per 31. Dezember 1984

	in Mio. DM	Veränderung gegenüber dem 31.12.1983
Kundeneinlagen	7.389	+ 0,6%
Eigene Schuldverschreibungen	958	+32,0%
Kreditvolumen	9.282	+12,3%
Eigenkapital	474	+14,5%
Bilanzsumme	11.965	+10,4%
Geschäftsvolumen	13.516	+10,9%

Ertrag aus dem Geschäftsvolumen: 354 Mill. DM (+0,3%).

Jahresüberschuß: 34,2 Mill. DM.

Einstellung in die Rücklagen: 7,3 Mill. DM.

Der am 24. April 1985 in Hamburg stattfindenden Hauptversammlung wird vorgeschlagen, an die Aktionäre der Bank eine Dividende von 10,– DM je Aktie von nom. 50,– DM auszuschütten.



VEREINS-UND WESTBANK

Zentrale: Alter Wall 22, 2000 Hamburg 11, Tel. (040) 36 92-01, BTX * 20 300 #



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

– Wertpapier-Kenn-Nr. 805 900 –

Ordentliche Hauptversammlung

Wir laden hiermit die Aktionäre der Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft zu der am Montag, dem 6. Mai 1985, 11 Uhr, im Sitzungssaal der Dresdner Bank AG, Jungfernstieg 22, 2000 Hamburg 36, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des Geschäftsberichtes und des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1984 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von — 10 214 071,28 DM
   wie folgt zu verwenden:
   a) Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 27,5 Mill. DM — 5 500 000,— DM
   b) Ausschüttung einer Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 27,5 Mill. DM — 1 375 000,— DM
   c) Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HBG — 3 300 000,— DM
   d) Gewinnvortrag — 39 071,28 DM
3. **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1984.**
   Es wird vorgeschlagen, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
4. **Wahl zum Aufsichtsrat.**
   Herr Dr. Hans Joachim Bechtolf, Bankdirektor i.R., ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, wird mit Ablauf der Hauptversammlung sein Aufsichtsratsmandat niederlegen.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, für die restliche Amtsdauer des ausscheidenden Mitglieds Herrn Udo Bandow, Mitglied des Vorstandes der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, zu wählen.
   Die Hauptversammlung ist an diesen Vorschlag nicht gebunden. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bestimmt sich nach §§ 96, 101 des Aktiengesetzes und § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 in Verbindung mit § 129 des Betriebsverfassungsgesetzes 1972.
5. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.**
   Der Aufsichtsrat schlägt die Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, vor.

Zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder die Hinterlegungsbescheinigung eines deutschen Notars oder einer Wertpapiersammelbank (Kassenverein) spätestens am 29. April 1985 bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegen und dagegen Eintritts- und Stimmkarten in Empfang nehmen:

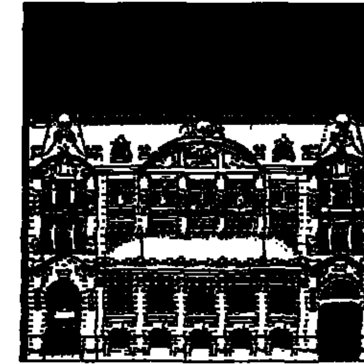
in Hamburg:	Unsere Kasse, Hohe Bleichen 17, Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Vereins- und Westbank AG, *M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co,*
in Berlin:	Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank Berlin AG,
in Düsseldorf:	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG,
in Frankfurt/Main:	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG.

Erfolgt die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank, so müssen die Hinterlegungsbescheinigungen die Aktien nach Nummern und Nennbetrag bezeichnen und die Erklärung enthalten, daß die Aktien vor dem Versammlungstage ohne Rückgabe der Bescheinigung nicht aus der Verwahrung gegeben werden.

Die Hinterlegung gilt auch dann als erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt sind.

Hamburg, im März 1985 — DER VORSTAND

Hypothekenbank in Hamburg



Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Tiefgefrorenes kennt keine Saison

In diesem Jahr überspringt die Branche die Vier-Milliarden-Marke – Unterschiedliche Entwicklung

Was sich auf dem Markt für Tiefkühlkost tut, kann sich sehen lassen. Zwar ist auch hier die Rezession nicht spurlos vorübergegangen, aber der Aufschwung in diesem Bereich übertrifft den der Gesamtwirtschaft erheblich. Während bei Nahrungsmitteln allgemein von Sättigung gesprochen, die Produktion zum Beispiel bei Milch quotiert wird, läuft es in diesem Teilbereich beachtlich.

Der Umschwung setzte bei Tiefkühlkost bereits im Herbst 1983 ein. Hatten die privaten Haushalte 1982 nur 0,9 Prozent mehr Tiefkühlkost gekauft, so waren es 1983 bereits 5,9 Prozent, wobei es in der zweiten Jahreshälfte erst richtig lief. Nach Angaben des Deutschen Tiefkühlinstituts in Köln wurden in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres bereits wieder mengenmäßige Zuwächse von knapp zehn Prozent erreicht. *Übers Jahr gerechnet veranschlagen* die Experten die Zunahme auf rund acht Prozent. Damit ist der Anschluß an die siebziger Jahre fast wieder erreicht, als durchweg zweistellige Zuwachsraten registriert wurden. Auch im Großverbraucher-Geschäft dürfte die Tiefkühlkost im vergangenen Jahr um rund fünf Prozent zugelegt haben.

Der Markt scheint noch nicht ausgereizt zu sein. Das zeigt auch ein Vergleich mit anderen Ländern. Bei der Tiefkühlkost sind die Deutschen *alles andere als Weltmeister*. Zwar dürfte der Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik inzwischen bei rund elf Kilogramm liegen, mit 10,1 Kilogramm wurde 1983 erstmals die Zehn-Kilo-Marke übertroffen, wobei Speiseeis und Geflügel nicht mitgerechnet sind. Einschließlich Geflügel waren es 1983 sogar 16,2 Kilogramm.

Aber: Die Schweden, Spitzenreiter in Europa, konsumieren ohne Geflügel bereits 20,1 Kilogramm. Auf den nächsten Plätzen liegen Großbritannien mit 18,5 und Dänemark mit 17 Kilogramm. Selbst die Franzosen, häufig als die Feinschmecker Europas hingestellt, rangieren mit 11,2 Kilogramm Tiefkühlkost noch vor den Deutschen, was bestimmt nicht gegen dieses Produkt spricht. Am unterentwickeltsten ist dieser Markt noch mit 3,7 Kilogramm in Italien.

600 Produkte auf dem Markt

Immerhin: Der Markt für Tiefkühlkost hatte, gerechnet zu Verkaufspreisen an den jeweiligen Endabnehmer, bereits 1983 ein Volumen von 3,7 Milliarden Mark. Die Vier-Milliarden-Marke dürfte im vergangenen Jahr übertroffen worden sein. Auf den Haushaltsbereich entfielen 52 Prozent. Der Anteil der Großverbraucher, also der Außer-Haus-Verpflegung, erreichte 48 Prozent.

Getragen wird der Absatz in erheblichem Umfang von den High-Convenience-Produkten. Zwar sei, so betont der Geschäftsführer des Tiefkühlinstituts, Manfred Sassen, Tiefkühlkost vom Grundsatz her ein bequemes Produkt, weil viele Arbeitsvorgänge bei der Zubereitung schon vorweggenommen worden sind. Mit High-Convenience sei die Vielzahl der Produktentwicklungen mit eingebauter Rezeptleistung gemeint – von Lasagne bis fernöstliche Spezialitäten, von der Pizza über Schlemmerfilets bis zu den Torten aller Art.

Das Sortiment an Tiefkühlkost ist inzwischen so gewaltig, daß kein Lebensmittelhändler es vollständig führen kann. Nach Angaben des Kölner Instituts werden von den Herstellern heute mehr als 600 unterschiedliche tiefgefrorene Erzeugnisse produziert.

Allein im Gemüsebereich sind es mehr als 60 verschiedene Einzelgemüse, Gemüsemischungen, Fertiggerichte und Kräuter. 200 Erzeugnisse wurden in der Produktgruppe Fleisch, Wild und Geflügel gezählt. Bei Fisch und anderen Meeresspezialitäten sind es nahezu 80. Im Gesamtangebot sind 45 Torten und noch einmal so viele Kuchen und Gebäckarten. Suppenfans können aus einem Angebot von 32 Arten wählen. Hinzu kommen noch die Teil- und Fertiggerichte wie Bami-goreng, Nasi-goreng oder Chop Suey.

Die einzelnen Produktgruppen entwickelten sich recht unterschiedlich. So brachte es der Sortimentsbereich Gemüse in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres auf einen Zuwachs von knapp zehn Prozent. Hier setzt sich eine Entwicklung der vergangenen Jahre fort: Wenn das Frischwarenangebot knapp und teuer ist, wird verstärkt zur Tiefkühlkost gegriffen. In den Jahren, in denen die Preise der rischwaren nicht gestiegen waren, war das nicht der Fall. Daraus zieht das Tiefkühlinstitut den Schluß, daß es *keine Image-Probleme mehr für* Tiefkühlkost gibt.

Eine Sonderentwicklung wurde im vergangenen Jahr bei Kartoffelerzeugnissen registriert. Der Mengenzuwachs lag im ersten Halbjahr nur bei zwei Prozent, wertmäßig jedoch bei 25 Prozent, weil sich die Rohware so stark verteuert hatte. Da Kartoffelprodukte am Absatz von Haushaltspackungen einen Anteil von mehr als einem Viertel haben, liegt hier der Grund dafür, daß der Zuwachs in den ersten sechs Monaten *nicht über zehn Prozent hinausgegangen* ist. Im zweiten Halbjahr lief aber auch hier das Geschäft besser.

Marktanteilsgewinne konnten im vergangenen Jahr tiefgefrorene Backwaren gewinnen. Auch die Pizza-Produkte verkauften sich recht gut. Im Trend liegen auch die internationalen Fertiggerichte. Fisch „läuft" nach einigen mageren Jahren wieder. Bei leicht gesunkenen Preisen kletterte der mengenmäßige Absatz über die zehn Prozent im vergangenen Jahr. Den Zuwachs bringen aber auch hier die zubereiteten Produkte wie die Schlemmerfilets. Selbst Fischstäbchen, auf die in diesem Sortimentsbereich rund 40 Prozent des Absatzes entfallen, liegen wieder weit über dem Durchschnitt.

Schwieriger sieht es im Großverbrauchsbereich aus. Der Gesamtmarkt – von der Gastronomie bis zur *Betriebsverpflegung* – wächst nicht mehr, wahrscheinlich sinkt er sogar. Die Betriebsverpflegung hängt natürlich an der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn im Sozialbereich gespart werden muß, dann geschieht beim Kantinenessen kaum etwas. Ähnlich sieht es in den Bereichen von Schule und Kindergarten aus. Auch hier geht die Teilnehmerzahl zurück. So fällt es den Kommunen nicht leichter, die Kosten auf die Betroffenen zu verteilen.

Die Versorgung mit eigenen Küchen wird dadurch aber immer teurer. Hier hat die Tiefkühlkost Vorteile: Ein Teil der Kosten konnte bereits auf die Vorstufen verlagert werden. Da der Gesamtmarkt jedoch nicht wächst, kann es nur Anteilsverschiebungen geben. Das gilt auch im Sozialbereich beim System „Essen auf Rädern".

Noch Reserven durch Rationalisierung

Die Gastronomie hat ebenfalls Probleme, nicht nur, wenn der Sommer verregnet ist. Der Einsatz von Tiefkühlprodukten kann zwar auch hier noch Rationalisierungsreserven mobilisieren. Entscheidend dürfte aber die Entwicklung des Gesamtmarktes sein. Am deutlichsten kommen die Vorteile der Tiefkühlkost in der Systemgastronomie zum Tragen. Trotzdem: Die Entwicklung des Absatzes der Tiefkühlkost kann sich sehen lassen, gerade vor diesem Hintergrund.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die schnelle Alternative

Ma. – „Machst du das jeden Tag?" wurde kürzlich mein Bekannter gefragt, der zum Essen eingeladen hatte. „So nicht", antwortete er lachend, „nur bei Freunden. Ich kenne mich in den Restaurants recht gut aus, und sonst schiebe ich etwas in den Backofen." „Was denn?", wollte einer wissen. „All das, was ich im Gefrierschrank habe."

Er kramte nicht nur diverse Pizzas hervor, sondern auch Schlemmerfilets. Eindruck machte die Paella. Quiche Lorraine für späte oder unverhoffte Gäste fand das Interesse einer Hausfrau. „Bist du damit zufrieden", fragte einer der Gäste überrascht – „bei deiner Kochkunst?" „Weißt du", klärte ihn mein Bekannter auf „ich koche zwar gern, aber ich habe nicht die Zeit dazu, es sei denn am Wochenende." „Wie bei uns", warf eine Mutter von zwei Kindern ein, die noch halbtags arbeitet.

Und eine Hausfrau meinte, sie mache es genauso, wenn sie etwas vorhabe; „dies geht nicht nur schnell, sondern das Angebot ist so vielseitig, daß jedes der Kinder etwas findet". *Natürlich drehte sich* die Diskussion um Vitamine, um Frische. Wenn die Ware sofort nach der Ernte eingefroren wird, dann ist da doch „mehr drin als auf einem langen Weg zum Markt". Die meisten Gäste überzeugte dieses Argument. Ganz ausgeräumt werden konnten die Bedenken allerdings nicht.

„Ich muß nicht gucken, was es auf dem Markt gibt, ich kann Grünkohl auch im Frühjahr essen, wenn ich es will", scherzte mein Bekannter, „*und außer der Verpackung* habe ich keinen Abfall." „Trotzdem kommen wir lieber zu dir als Koch", merkte skeptisch einer an. „Danke, aber probiert einmal die Alternative."



Das Sortiment der Tiefkühlwirtschaft umfaßt heute rund 200 verschiedene Gerichte FOTO: DIE WELT

Auch am Arbeitsplatz Menüs à la carte

Angebot: Vom deftigen Eintopf bis zur Diabetikerkost

Für rund zwei Drittel der Kantinen war das Problem Nr. 1 im vergangenen Jahr der Zwang zu Kosteneinsparungen, und daß sich dieses Problem im laufenden Jahr noch verschärfen wird, ist die einhellige Meinung der Befragten. Diese überwiegend pessimistische Einstellung bei den 18 600 Kantinen in Deutschland, in denen täglich rund 4,5 Millionen Arbeitnehmer ihr Mittagessen einnehmen, verwundert *nicht*.

In der konventionellen Kantinenküche liegt der Wareneinsatz zur Zeit durchschnittlich bei 2,30 Mark, die Personalkosten bei 3,50 Mark und die Nebenkosten bei zwei bis 2,30 Mark pro Menü. Ein Kantinenessen kostet also effektiv zwischen acht Mark und 8,50 Mark. Demgegenüber schwanken die Abgabepreise zwischen 2,40 Mark und 3,15 Mark. Das heißt: Der Betrieb muß 60 bis 70 Prozent der Kosten tragen, was sich bei 300 ausgegebenen Essen pro Tag schnell auf *350 bis 400 000 Mark pro Jahr summiert*.

Betriebswirtschaftliche Analysen von unabhängigen Fachberatern und Instituten belegen, daß Kantinen mit bis zu 500 Essen pro Tag in Eigenregie nicht mehr wirtschaftlich zu führen sind. Und das betrifft immerhin 16 900 Kantinen, in denen rund 2,5 Millionen Arbeitnehmer täglich essen.

Tiefkühlfrische Komplettmenüs im „à la carte-System" sind für diese Zielgruppe eine hervorragende Alternative, wenn das Unternehmen die wichtige und sinnvolle Sozialleistung „Kantine" aufrechterhalten will oder muß. Kosteneinsparungen bis zu 50 Prozent sind besonders bei den Personal-, Investitions- und Raumkosten im Falle einer Umstellung zu realisieren.

Aber auch für die rund 15 000 Betriebe mit 100 bis 1000 Beschäftigten, die heute nicht über eine Kantine verfügen, bieten Tiefkühlmenüs eine kostengünstige Lösung für mehr Motivation und ein besseres Betriebsklima *bei den Mitarbeitern*.

Im Gegensatz zu anderen Verpflegungssystemen sind Tiefkühlmenüs die optimale Lösung: Der Essensteilnehmer kann sich kurzfristig für ein Essen entscheiden. Ob 50 gleiche oder verschiedene Tiefkühlmenüs *aufbereitet* werden – *Personalbedarf* und Auftaukapazität bleiben gleich.

Lediglich das Tiefkühllagergerät muß etwas größer dimensioniert sein. Die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz von Tiefkühlfertigmenüs ist sicherlich ein ganz entscheidender Vorteil der Tiefkühlbranche. Darüber hinaus sind die reichhaltige Auswahl und die Angebotsvielfalt weitere Erfolgsfaktoren, die für das Tiefkühlfertigmenü sprechen.

Täglich 20 und mehr verschiedene Gerichte stehen zur Auswahl, die Tischgäste bestimmen selbst, was und zu welchem Preis sie essen möchten. Das Angebot reicht vom deftigen Eintopf über internationale und regionale Spezialitäten wie Braunkohl mit Pinkel, Baguettes und Pirogen für die *Zwischenverpflegung*, Schlankheitsmenüs, Diabetikerkost bis hin zu gastronomisch anspruchsvollen Feinschmeckermenüs. Die flexible Angebotsvielfalt ist jeder konventionell arbeitenden Kantine überlegen.

Das Sortiment der führenden Anbieter von Tiefkühlfertigmenüs in der Bundesrepublik umfaßt heute zwischen 150 und 200 verschiedene Gerichte. Etwa 30 Prozent davon werden im Laufe eines Jahres gegen neue Produkte ausgetauscht.

In den letzten 25 Jahren ist nicht nur die Einstellung der Verbraucher gegenüber Tiefkühlkost deutlich positiver geworden, auch die Qualität der Menüs hat einen hohen Standard erreicht. Prüfungen haben das bestätigt: Rund 72 Prozent der eingereichten *Proben wurden im Jahre 1984* aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Qualität mit einem Preis ausgezeichnet.

Hinsichtlich der Nährstoffrelationen bei Eiweiß, Fett, Kohlenhydraten, Mineralstoffen und Vitaminen *sowie der Bekömmlichkeit stellt die* Ernährungswissenschaft den Tiefkühlmenüs das beste Zeugnis aus. Außerdem sind tiefkühlfrische Speisen hygienisch und bakteriologisch einwandfrei. Sie werden ständig von amtlichen Überwachungsstellen geprüft.

Aus der Marktforschung ist bekannt, daß der Essensteilnehmer in der Betriebsverpflegung folgende Wunschliste hat: 1. Geschmack und Abwechslung, 2. gesundes und bekömmliches Essen, 3. ein preisgünstiges Speisenangebot.

ERWIN WELTE

Tausend heiße Tips für die kalte Küche

Schon Kaiser Nero wußte kühle Köstlichkeiten zu schätzen. Nur war es zu seiner Zeit ein Riesenproblem, durch Stafettenläufer aus den Alpen Eis in den sonnigen Süden zu transportieren. Damals also nur ein Genuß für Auserwählte. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in Stadt und Land der „Eismann" mit *delikater Fracht vorfährt. Den Hausfrauen* wird durch den Heimservice soviel Arbeit abgenommen, daß die Eismänner fast die Köchin ersetzen.

Um das Wohl der Hausfrau, ihrer Familie und Gästen machen sich bei den großen Heimdienstunternehmen wie Bo-Frost in Straelen, Eismann in Mettmann oder Langnese in Hamburg Wissenschaftler und Küchenkönner viel Gedanken.

Pioniere waren die Leute aus Straelen. Sie entdeckten 1966 bis 1968 die Marktlücke, fuhren mit einem Fahrzeug die Haushalte an und servierten ihnen ihre Frostkost. Heute sind 1500 Fahrzeuge mit einem Sortiment von 260 verschiedenen Artikeln unterwegs. 2000 Mitarbeiter sind beschäftigt. Bei Eismann sind es 2500.

Der Kundenstamm hat inzwischen bei beiden Unternehmen die Millionenschwelle überschritten. Und diese Kunden werden nach dem Motto verwöhnt, daß eine gut sortierte Tiefkühltruhe viele Stunden Freizeit beschert. Wenn obendrein noch ein Mikrowellengerät die Ware in Minuten auftaut, wird noch mehr Zeit und Energie gespart.

Apropos Sparen. Da gibt es eine komplette Sahnetorte für 13 Mark, einen Käsekuchen für 9,40 Mark oder eine Kuchenplatte – neun Stücke, hübsch sortiert – für 11,95 Mark. Das sind nur ein paar Beispiele. Vor allem hat man die Sachen im Haus, ist für jeden Überraschungsbesuch gerüstet. Für den Preis sind sie kaum selbst herzustellen.

Das ist ohnehin ein Argument für den Erfolg des Tiefkühlheimdienstes. Einmal die Kalkulation mit der Bequemlichkeit, zum andern die bunte Palette des Angebots zu einem Preis, der bis ins Detail berechnet ist. Auch die Hausfrau sieht schnell ein, daß man bei einem Kilo Schlagsahneflokcken für 8,75 Mark keine sauren Reste zum Wegwerfen hat, daß immer „Schnee" von heute gereicht wird. Teelöffelweise *aus* der Tüte genommen, kann man damit Suppen, Soßen und Salate verfeinern.

Die feine Küche kommt sowieso mit Minustemperaturen ins Haus. Berühmte Köche wie Max Inzinger, Hans-Karl Adam oder Herbert Hanse stellen zum Beispiel für Eismann Rezepte zusammen. Für die Torten ist dann Albert Lippert zuständig, ein Konditor, der seine Kenntnisse in Deutschland, der Schweiz und Frankreich holte. Bo-Frost wiederum hat jetzt ein Kochbuch herausgebracht (24,50 Mark), das der Hausfrau tausend *heiße Tips für die eiskalte Küche* präsentiert. Übrigens ist jedes Rezept in Versuchslabors vielfach ausprobiert.

Der Heimservice plant im Schnitt mit einem Vierpersonenhaushalt. Doch sind alle Mahlzeiten so verpackt, daß man sie auch einzeln verwenden kann. Da kosten fünf Quiche Lorraine à 300 Gramm 20 Mark. Das heißt, keine kostet mehr als vier Mark. Oder Pizza Baguettes. Für zehn Stück à 150 Gramm im Karton muß man 25,95 Mark auf den Tisch blättern. Im Klartext: Jede kostet rund zwei Mark.

Was die Eismänner mit ihren Kühlwagen in die Haushalte bringen, soll den *Obst-* und Gemüsegarten, den man nicht hat, das Einkochen, das soviel Zeit nimmt, die Vorbereitung für die Party ersetzen. Schließlich eine Frage: Hat eine berufstätige Hausfrau denn die Zeit, original schwäbische Maultaschen zuzubereiten, *eine Lasagne Bolognese?*

Natürlich wollen die Kochkünstler der Tiefkühlkost nicht den Hobbyköchen oder Köchinnen in die Quere kommen. *Sie wollen etwas sehr Rares* vermitteln: Zeit. Und die wiederum ist Geld. Eine alleinstehende Dame oder ein Solo-Herr käme wohl kaum auf die Idee, für sich einen Hasentopf zuzubereiten. Tiefgefroren kostet eine 250 Grammportion in Burgunder, mit Pilzen, Preiselbeeren, saurer Sahne keine sieben Mark.

Tiefgefrorene Früchte kennen keine Saison. So kann man Obst, das zu unterschiedlicher Zeit reift, miteinander und natürlich auch mit Saisonobst kombinieren. Himbeeren mit Äpfeln, Erdbeeren mit Orangen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Gemüse, Grünzeug, Spezialitäten aus Meeren und Flüssen, Geflügel oder Fleisch bringen viele Ideen für den Speiseplan – und sie sind jederzeit griffbereit. Der Flirt mit der kalten *Kost kann zur heißen Liebe fürs Leben werden.* (C. T.)

„Guten Tag, der Eismann ist wieder da“

Mit freundlichen Worten begrüßt Norbert Schmidt (28) jeden Tag 50 bis 60 Hausfrauen. Meist wird er erwartet, weil die Leute seinen weiß-bunten Kühlwagen bereits gesehen haben. Die Route des Eismanns steht ebenso fest wie das Datum, an dem er seine Ware liefert: Alle 28 Tage Tiefkühlkost und Eiscrem.

Norbert Schmidt aus Velbert ist einer von den rund 3000 Franchise-Unternehmern, die in der Bundesrepublik Deutschland Schockgefrostetes vom Hersteller direkt zum Verbraucher bringen. „Ich habe noch nie so viel Erfolgserlebnisse an einem Tag gehabt. Überall bin ich willkommen, selbst, wenn die Kunden mal nichts kaufen“, erzählt der gelernte Schaufenster-Dekorateur. „Seit 13 Monaten arbeite ich im Heimdienstgeschäft. Ich wurde vorher in Kursen geschult, mit den vielfältigen Aufgaben eines Subunternehmers vertraut gemacht.“

Leicht ist die Arbeit nicht: Fünfzigmal am Tag raus aus dem Laster, beim Kunden die Bestellung aufnehmen, die Ware holen, abliefern, kassieren und wieder rein in den Wagen zum nächsten Kunden. „Man muß sich sehr viel Mühe geben, um seine Kunden gut zu bedienen, sie vor allem jedoch zu beraten. Ich kenne das gesamte Programm, habe alles probiert. Mal gibt's auch Sonderangebote, dann wieder etwas ganz Neues. Das muß ich meinen rund 700 Kunden schmackhaft machen.“



Schockgefrostetes vom Hersteller direkt zum Verbraucher FOTO: DIE WELT

Fast die Hälfte der Kunden bekommen die Eismänner der großen Heimdienst-Unternehmer – wie zum Beispiel „Bo-Frost“ aus Straelen (Niederrhein), „Eismann“ aus Mettmann bei Düsseldorf, „Langnese“ aus Hamburg – durch Nachbarschaftswerbung. Beim Kaffeeklatsch, auf Parties oder ganz einfach beim Plausch über den Zaun wird der delikate Tip weitergegeben. Auch mit witzigen Sprüchen. Beim Kompliment an die berufstätige Hausfrau über das tolle Menü antwortet sie vergnügt: „Freut mich, ich mußte nur ganz einfach das Eis auftauen.“

„Für jeden Haushalt brauche ich etwa zehn Minuten“, kalkuliert Norbert Schmidt. „Neben dem Notieren und Liefern ist immer ein kleiner Schwatz drin.“ Und das ist enorm wichtig. Er kennt die Familienverhältnisse, weiß, daß der Sohn im Examen steckt, die Großmutter eine schlimme Grippe hatte und die Schwiegermutter die Kinder immer um 12 Uhr aus dem Kindergarten abholt. Die Frage nach dem Befinden schafft eine vertraute Atmosphäre. „Ich kenne auch die Leibgerichte meiner Kunden, weiß, daß die alte Dame von Nr. 16 am liebsten Pistazien-Eis ißt, ihre Tochter für die Familie jedesmal Hähnchen, Pizza und eine Kollektion Gemüse bestellt. Den Geschmack meiner Kunden rechne ich portionsweise hoch und packe danach meinen Wagen. Für jeden Tag muß ich mein Angebot variieren.“

Geladen hat Norbert Schmidt in seinem Sechskammer-Kühlwagen etwa dreieinhalb Tonnen Frostiges. Wohlsortiert nach Art der Ware. So hat er den Fisch ebenso auf einen Griff wie die Schwarzwurzeln, den Sauerbraten oder die Königin-Pastete. Eine halbe Tonne bringt er im Schnitt an den Mann, besser gesagt an die Familie. Und immer hat er den neuesten Katalog dabei. Auf dieses kulinarische Bilderbuch sind die Kunden ganz versessen: Der Appetit kommt meist beim Katalog-Blättern.

Die Gaumenfreuden richten sich fast immer nach den Jahreszeiten. Im Winter wird viel Obst und Gemüse gekauft: Erbsen, geschnittene Champignons, Himbeeren, Kirschen oder Heidelbeeren. Aber auch Deftiges wie Rösti oder Jägerklößchen. Oder Delikatessen fürs kalte Büfett, Krabben zum Beispiel.

In der warmen Jahreszeit werden die Kühltruhen vor allem mit Eisschleckereien gefüllt. Auch leichte Gerichte sind dann sehr gefragt: Pizza, Chinesisches. Der „heiße Tip“ sind Koteletts, Schnitzel, Würstchen für den Grill.

Erika Krug, die in Heiligenhaus bei Düsseldorf eine Gärtnerei hat, blättert im Katalog. „Es ist so praktisch, man kann für den ganzen Monat planen. Fleisch brauche ich zwar nicht, in der Verwandtschaft gibt's eine Metzgerei. Gemüse ernten wir selbst. Doch ich bestelle Eis, eine gemischte Küchenplatte, Sahneflokken, auch Fisch. Ja, und den Gugelhupf nehme ich auch noch. So hab' ich immer was im Haus.“ Für etwa 100 Mark kauft sie im Monat beim Eismann. Der Schnitt liegt bei 60 bis 70 Mark.

„Meine Hauptkunden sind Familien mit vier bis sechs Personen“, sagt Norbert Schmidt. „Meist wohnen sie etwas außerhalb der Stadt. Sie kaufen ganz gezielt, bauen die Tiefkühlkost genau in ihren monatlichen Speiseplan ein. Als Grundstock: Suppengemüse, geschnittene Champignons, Eis, Sahnegeschnetzeltes, Sauerbraten oder Gulasch, Pommes frites, Rösti oder Bratkartoffeln. Also komplette Gerichte, mit denen die Hausfrau mehr vom Sonntag haben kann.“

Besonders Berufstätige profitieren vom Heimservice. „Ein Viertel der Kunden fahre ich nach 17 Uhr, also nach Feierabend, an. Das sind oft Singles oder Paare. Sie sind es gewohnt, mit ihrer knappen Freizeit zu kalkulieren; sie können nicht für einen Abend mit Gästen mitten in der Woche noch groß einkaufen und ein Essen vorbereiten. Doch gerade diese Gruppe hat meist ein komplettes Menü für jede Überraschung auf Eis liegen“, weiß Norbert Schmidt aus Erfahrung.

Minustemperaturen in der Vorratshaltung bringen Plus in der Freizeit. Danach lebt die Bäuerin Freudewald seit Jahren. „Ehe ich anfange, Erbsen zu pulen oder Grünkohl zu putzen und zu kochen, greife ich lieber zum Bestellzettel und ins Tiefkühlfach. Da gibt's keinen Abfall. Wenn man Abfall und Arbeit gegen den Preis aufwiegt, hat man immer noch einen Gewinn“, meint sie. Genauso denkt Anna Ermecke, die mit ihrem Mann einen Gemüsestand auf Wochenmärkten hat. „Obst und Gemüse kommen aus dem eigenen Anbau, aber Fisch, verschiedenes Fleisch, ein paar Fertiggerichte oder Torten lasse ich ins Haus kommen – frostig und frisch. Seit zehn Jahren fahre ich gut mit der kalten Kost.“

Aus allem resultiert der verkaufsträchtige Slogan: Mehr Freizeit durch Eiszeit. BIRGIT STEIN

Nach dem Kälteschock in die Kühlkette

Transport bei minus 18 Grad Celsius zum Verbraucher

Die Fangschiffe, die vor Grönland oder Norwegen kreuzen, haben mit alter Fischerromantik nichts mehr gemeinsam. Es sind schwimmende Fabriken mit zahlreichen Schleppnetzen; und was darin zappelt, wird sofort von Arbeitskolonnen sortiert, gesäubert, entgrätet und filetiert. Dann kommt der Schock – Fische, Garnelen oder Krabben werden auf minus 25 Grad Celsius gefrostet und verpackt. Die Prozedur dauert keine zwei Stunden. Frischer geht's kaum.

Was im hohen Norden fix und fertig sozusagen mundgerecht zubereitet wurde, wird, ohne auch nur ein Temperaturgrad zu verlieren, über den Heimservice Hausfrauen in die Kühltruhen geliefert. Fachleute dazu: Die Kühlkette wird nicht unterbrochen.

Frische ist für die Tiefkühlkost das erste Gebot. Beim Gemüse wird zum Beispiel mit den Bauern der Erntetermin festgelegt. Gar nicht so einfach, wenn man bedenkt, daß die Erbsen aus England und Skandinavien stammen, die Himbeeren aus Schottland und Jugoslawien, der Blumenkohl aus Spanien und der Bretagne, die Pilze aus Taiwan kommen.

Zwei Stunden nach der Ernte sind beispielsweise die Erbsen gereinigt, blanchiert, bei Temperaturen von minus 40 bis 50 Grad Celsius tiefgefroren und verpackt. Geschwindigkeit ist dabei keine Hexerei. Erbsen, Beerenfrüchte oder Blumenkohlröschen laufen auf einem Förderband mit Luftfilter durch einen Tunnel. Sie tanzen regelrecht auf einem eisigen Luftschleier, springen dabei wie kleine Kugeln schnurstracks auf den Verpackungsautomaten zu.

Auch Fleisch läuft portioniert oder am Stück auf Bändern direkt durch den eisigen Tunnel in die Vakuumverpackung. Das gleiche System gilt für alle Fertiggerichte.

Ein Problem für die Tiefkühlkost-Hersteller sind Salzkartoffeln. Pommes frites, Bratkartoffeln, Reibekuchen oder Kartoffelklöße schmecken wie hausgemacht. Doch bei Salzkartoffeln bereitet der hohe Wasseranteil noch immer Geschmacksschwierigkeiten. Forscher arbeiten jetzt an einer Maschine, die noch schneller, noch eisiger arbeitet, damit die Salzkartoffeln den Kälteschock so gut überstehen, daß sie am heimischen Herd wie augenblicklich zubereitet schmecken.

Gelagert werden die frostigen Gaumenfreuden in vollautomatischen Lagern. Die Firma Eismann in Mettmann hat das wohl modernste der Welt. Kein Mensch bewegt in diesem „Geisterhaus“ die 16 000 Paletten, alles wird elektronisch gesteuert. Aufträge erledigt der Computer ebenso wie den Wareneingang und das Verladen. Vom Zentrallager aus wird die kalte Kost zu 60 Niederlassungen in der Bundesrepublik Deutschland gefahren.



Tiefkühlkost unterliegt in allen Phasen der Produktion einer strengen Qualitätskontrolle FOTO: CMA

Die Franchise-Unternehmer bestellen am Abend ihre Ware für den nächsten Tag. Morgens wird sie kommissioniert und in Spezial-Lkw bei Temperaturen von minus 18 bis 25 Grad Celsius zum Kunden gebracht – ohne Kälteverlust, versteht sich. Im Gegenteil: Die Tiefkühlkost bringt der Hausfrau noch eine Energiereserve mit – die Truhe bekommt einen kalten Schubs ... (C. T.)

Der Eisabsatz ist 1984 stark geschmolzen

Rund 6,1 Prozent weniger Eis haben Deutschlands Schleckermäulchen im vergangenen Jahr verputzt. Der Verbrauch ist vor allem aufgrund des verregneten Sommers auf 394 (420) Millionen Liter zurückgegangen. Der Markeneismarkt ist dabei überproportional um 7,5 Prozent auf 307 (332) Millionen Liter geschmolzen, während der übrige Eisabsatz nur geringfügig auf 87 (88) Millionen Liter schrumpfte. Diese Marktverschiebung erklärte Manfred Haselboeck, Marketing-Manager bei der Langnese-Iglo GmbH (Hamburg), mit der großen Zahl nach dem sonnigen Sommer 1983 neueröffneter Eisdielen.

Zu schaffen mache den Eisherstellern allerdings auch der Geburtenrückgang der vergangenen Jahre. Die Zahl der „Hauptkunden" für Kleinpackungen – Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 15 Jahren – dürfte bis 1990 auf 6,6 Millionen abnehmen (1980: 9,5 Millionen, 1985: 7,4 Millionen), danach allerdings wieder leicht zunehmen.

Im Markeneismarkt ging der Absatz kleiner Packungen 1984 um zwölf Prozent auf 81 (91,6) Millionen Liter zurück. Der gesamte Markeneismarkt ist nach Langnese-Schätzungen wertmäßig auf 1,8 (1,9) Milliarden Mark geschmolzen. Langnese hat zur Saison 1985 bei Kleinpackungen die Preise um zwei Prozent erhöht, während Hauspackungen preisstabil bleiben.

Auch beim Marktführer Langnese-Iglo mit einem Anteil von mengenmäßig 40 Prozent am Markeneismarkt und etwa einem Drittel am Gesamtmarkt sackte der Eis-Umsatz um sechs Prozent ab. Das Unternehmen konnte dies jedoch, wie Geschäftsführer Jochen Kirsch berichtet, mit einem Zuwachs im gleichen Umfang bei Tiefkühlkost ausgleichen und erreichte 1984 einen Gesamtumsatz von wieder 1,3 Milliarden Mark. Der Eisanteil am Umsatz hat sich damit auf 40 (44) Prozent verringert.

Für 1985 sind wieder Investitionen in Höhe von 50 Millionen Mark geplant. Die Eisproduktion wird nach der Schließung der Hamburger Fabrik auf die Werke Reken (Münsterland) und Heppenheim (Bergstraße) verlagert werden.

Noch bis zum 16. März bietet der Handel innerhalb der „Tiefkühlwoche 1985" Tiefgefrorenes mit Preisabschlägen zwischen 30 und 50 Prozent an. Erfahrungsgemäß werden diese „heißen" Angebote für kühle Rechner bis zum Ende des Monats ausgedehnt, so daß ein gezielter Griff in die Tiefkühltruhen in diesen Tagen lohnend sein kann. (WR.)

Kühlhäuser als Puffer zwischen Angebot und Nachfrage

Die gewerblichen Kühlhäuser in der Bundesrepublik Deutschland haben ihre Kapazitäten weiter ausgebaut, und zwar nach vorläufigen Schätzungen im vergangenen Jahr um rund vier Prozent. Dabei nahm die Zahl der Kühlhäuser um zwei auf 110 zu. Im Jahr zuvor waren die Lagerkapazitäten noch um knapp sechs Prozent aufgestockt worden.

Das bedeutet, daß sich das Raumangebot von gegenwärtig nahezu 3,8 Millionen Kubikmeter in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt hat. Verglichen mit zwanzig Jahren zuvor hat es sich sogar vervierfacht. Trotzdem – und das ist für die wirtschaftliche Situation der Branche entscheidend – kletterte der durchschnittliche Belegungsgrad im vergangenem Jahr um 8,4 Prozentpunkte auf 88,5 Prozent. Nach Angaben des zuständigen Fachverbandes der Kühlhäuser und Eisfabriken in Bonn ist dies ein neuer Höchststand. Das zuvor beste Ergebnis war 1978 mit 87,9 Prozent registriert worden. Seitdem war die Kapazität um nahezu eine Million Tonnen erweitert worden.

Die durchschnittlichen monatlichen Lagerbestände kletterten im vergangenen Jahr um 24 Prozent auf rund 650 000 Tonnen. Gemessen daran entfielen auf Butter und Fleisch nahezu 60 Prozent, auf Butter allein 40 Prozent. Volumenmäßig, umgerechnet in Kubikmeter – der Größenordnung, mit der Kühlhausbetriebe rechnen –, lag Fleisch mit rund 525 000 Kubikmetern noch vor Butter mit 505 000.

Der Zuwachs war bei Butter im vergangenen Jahr gewaltig. In den gewerblichen Kühlhäusern (ohne Berlin) nahm ihr monatlicher Bestand 1984 um 120 000 Tonnen zu. Zum Vergleich: Die durchschnittlich eingelagerte Menge erhöhte sich um 126 000 Tonnen.

Hier zeigt sich, daß die Branche sich auf die Anforderungen, die an sie gestellt werden, angepaßt hat. Allerdings wurden diese Bemühungen in erheblichem Umfang von der Politik geprägt, genauer: von der EG-Agrarpolitik, die zu gewaltigen Überschüssen geführt hat – nicht nur bei Getreide. In der Öffentlichkeit erscheinen die Kühlhäuser als einer der Nutznießer der Misere auf dem EG-Agrarmarkt. Allerdings hat der Verband nicht auf verstärkte Interventionen gedrängt.

Wer sich zu sehr auf die staatlichen Einlagerungen verläßt, kann in Schwierigkeiten kommen. Zwar sind die Bestände an Butter beispielsweise – über einen längeren Zeitraum betrachtet – kräftig gestiegen, aber dieser Trend wurde nicht nur von monatlichen Schwankungen überlagert. Als zum Beispiel zu Beginn der achtziger Jahre das Weltmarktgeschäft mit Butter florierte und die Bestände in der EG abschmolzen, sackte die durchschnittliche Belegung in den Kühlhäusern 1981 auf 69,9 Prozent und 1982 sogar auf 67,4 Prozent ab – nicht gerade goldene Jahre für die Branche.

Das hat sich zwar inzwischen geändert, aber die Milchpolitik der Gemeinschaft schürt die Unsicherheit. Zwar wird trotz der Kontingentierung immer noch mehr Milch erzeugt, als verbraucht werden kann. Wie sich die Vorstellungen der EG-Kommission auswirken werden, die auf eine weitere Preissenkung bei Butter und eine Anhebung bei Magermilchpulver drängt, ist für die Kühlhäuser nicht leicht abzuschätzen. Die Diversifizierung, das Vermeiden von zu großer Abhängigkeit von Interventionsware, dürfte sich auch hier auszahlen.

Die Kühlhäuser erfüllen als Bindeglied zwischen Produzenten, Importeuren, Händlern und Verbrauchern eine wichtige Funktion. Eine geregelte Versorgung mit schnellverderblichen Nahrungsmitteln wäre ohne eine leistungsfähige und flächendekkende Kühlhauswirtschaft nicht denkbar. Überdies hat der Absatz von gefrorenen und tiefgefrorenen Produkten in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zugenommen. Ohne Kühlhäuser wäre der Ausgleich der saisonalen und regionalen Schwankungen nicht möglich.

Allerdings können sich die Kühlhäuser nicht auf die reine Lagerung beschränken. Sie müssen schon mehr bieten. So übernehmen die gewerblichen Lagerhäuser als Serviceleistung beispielsweise die Zollabfertigung. Ein anderes Beispiel: Kunden, die ihre Ware selber verteilen, bekommen geeignete Räume zur Verfügung gestellt. Sie können so die Arbeiten an Ort und Stelle vornehmen. Sie können nicht nur die Laderampen nutzen, sondern ihnen steht auch das geschulte Personal der Kühlhäuser zur Verfügung. Es gibt auch Kühlhäuser, die vom Kunden die Ware übernehmen, sie einlagern, nach vorgegebenen Angaben die Auslieferung vornehmen und für den notwendigen Transport sorgen. Aber auch den Heimdienstfirmen werden Serviceleistungen geboten.

Zwar dominieren bei der Einlagerung Butter und Fleisch. Allerdings spielen auch andere Produkte eine wichtige Rolle. So lagerten in den Kühlhäusern 1984 immerhin rund 960 000 Tonnen Tiefkühlkost. Im Jahr zuvor war das noch vor dem Fleisch der zweitwichtigste Artikel. Um mehr als 2100 auf 332 000 Tonnen hat 1984 auch die gelagerte Eiskrem-Menge zugenommen. Dagegen wurde bei Geflügel und Wild ein Rückgang um 5300 auf 21 100 Tonnen im Jahresdurchschnitt registriert. Gesunken ist auch die Lagerung von Vorprodukten. HANS-JÜRGEN MAHNKE



In 110 gewerblichen Kühlhäusern lagert im Monatsdurchschnitt rund 650 000 Tonnen Tiefgefrorenes
FOTO: KONTAR

Rentenmarkt abwartend.

Im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Zentralbankrates hielt sich der Rentenhandel mit Neuanschaffungen betont zurück. Denn er schließt eine weitere Anhebung der Leitzinsen nach der Erholung des am Wochenbeginn noch gedrückten Dollar nicht aus. Die Zurückhaltung der Anleger ließ öffentliche Anleihen um 0,20 Prozentpunkte schwanken. Teilweise gab es hier aber auch Abschläge bis zu einem halben Punkt, überall dort, wo am Vortag die Kurse nicht entsprechend korrigiert worden waren. Am *Pfandbriefmarkt nur wenig Bewegung.*

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

M	7 dgl. Pf 20	97,5G	97,5G
B	5 Berl.Pfandbr. Pf 7	102,5bG	102,5bG
B	7 dgl. Pf 31	100G	100
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 51	100G	100G
Hn	5 Britann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	89,75G	89,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	95,75G	95,75G
Hn	6 dgl. KS 29	82,5G	82,5G
Hn	7 dgl. KS 30	99,5G	99,5G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	83,5bG	83,5G
D	5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G
D	6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D	6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 3-E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	71,5G	71,5G
S	7 dgl. Pf 125	98G	98G
S	7 dgl. Pf 128	90G	90G
S	8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S	6 dgl. KS 77	80,5G	80,5G
S	8½ dgl. KS 110	–	–
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	83G	83G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldo. Aufb. IS 15	98,7G	98,7G
M	6 dgl. IS 16	97,75G	97,75G
M	6 dgl. IS 17	96,75G	96,75G
M	8½ dgl. KO 49	100,6bG	100,75G
M	8½ dgl. KO 48	100,5bG	100,75G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,5G	100,5G
M	9½ dgl. IS 726	100bG	100bG
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	120,5G	120,5G
M	6 dgl. Pf 4	93G	93G
M	6½ dgl. Pf 3	88,75G	88,75G
M	6½ dgl. Pf 12	88G	88G

Bundesbahn

F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	98,7	98,7
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	97,7	97,6
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	96,45	96,5
F	7 dgl. 77	2/87	99,6	99,6
F	6 dgl. 77	9/87	97,25G	97,25
F	6 dgl. 78 II	7/88	96,5	96,4
F	6½ dgl. 77	5/89	97,05	96,85

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	97,75	97,7
F	8 Chem. Hüls 71	100G	100
F	7¾ Conti Gummi 71	100,35G	100,35G
F	5¾ HEW 67	99,65G	99,65G
F	7½ dgl. 71	100G	100G
F	4½ Harpen 59	235G	235T
F	7½ Hoesch 71	100G	100G
F	7¾ Karstadt 71	100,15G	100,15T
F	7½ Kaufhof 71	100,5T	100,25T
F	7¾ dgl. 71	100,4	100,35T
F	7½ dgl. 76	100,5bG	100,5bG
F	7½ Klöckner W 71	100,15G	100,15

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

H	Occ. Petroleum	92,5	90,5	D	Volvo A	–	–
F	Océ v. d. Grint	270	–	D	dgl. Nam B	–	–
F	Olivetti St.	10,95	10,9	M	Wang Labor	–	81,7
F	Olivetti Vz.	9,5	9,5	F	Warner Commun.	78	78,5
F	Olympus Optical	17G	17,3	F	Warner Lambert	130	136
H	v. Ommeren	26	24,5bG	F	Wells Fargo	182	182
F	Omron Tateisi	25G	25G	M	Western Deep L.	121,5	120
F	Pacific Telesis	237	232	M	Western Mining	8,25bG	8,208
F	Pakhoed	60	59	M	Westinghouse El.	102,5	102,8
F	PanAm	15,1	15,1	F	Westd.-Utrecht H.	95	92
D	Parker Drilling	22,6	22,3	M	Weyerhaeuser	99,9	102,5
F	Parker Hannifin	–	–	M	Woolworth Marden	15,6	15,3
F	Pekko Wallsend	9,7	9,6	D	Xerox Corp.	146	148

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Weisheit der Wissenschaft

mar – Es ist gut, wenn wir künftig über mehr Akademiker verfügen, selbst wenn wir sie nicht brauchen können. Aber wer vom Busen der alma mater genährt wurde, verliert zeitlebens nicht seinen Respekt vor der Wissenschaft im Elfenbeinturm. Respektlosigkeiten, wie sie sich ein wackerer Färbermeister jetzt erlaubte, werden ihnen gewiß nicht unterlaufen. Aber erzählen wir der Reihe nach.

Johannes Hugo Koch, Färbermeister im holsteinischen Neustadt, zugleich auch Leiter des dortigen Kreismuseums und seit 30 Jahren Stadtarchivpfleger, hat gerade im Hamburger Christians Verlag sein Buch „Mit Model, Krapp und Indigo" herausgegeben. Darin erzählt er mit zahlreichen historischen Beispielen „Vom alten Handdruck auf Kattun und Leinwand". So zitiert er den älteren Plinius, der aus Ägypten berichtet, daß man dort Stoffe auf recht eigenartige Weise zu färben verstand: „Während sich doch nur eine Farbe in dem Kessel befindet, aus demselben an dem Kleide diese und jene Farbe entsteht."

Koch referiert auch einen bedeutenden Fachgelehrten, der mit der Milde des Besserwissenden Plinius zwar Sammlerfleiß bescheinigt, ihm aber zugleich nachsagt, „daß seine Berichte nicht immer klar und zuverlässig abgefaßt wurden". Und zu diesen Unklarheiten wird auch das ägyptische Färbverfahren, das mit einer Farbe mehrfarbige Muster zu erzielen vermag, gerechnet.

Der Leser weiß es an dieser Stelle allerdings längst besser. Koch hat nämlich zuvor erläutert, wie die „ostindische Manier" funktioniert. Dabei werden mit Modeln unterschiedliche, unsichtbare Substanzen auf den Baumwollstoff gedruckt, die sich im roten Krappbad dann schwarz, rot oder violett färben. Was sich ein Gelehrter nicht vorstellen kann, ist für den gelehrten Handwerker das kleine Einmaleins seines Berufs.

„O Jahrhundert! O Wissenschaften!" möchte man da mit Hutten ausrufen, wäre man sich nicht dessen gewiß, daß solch gelehrte Unwissenheit ein Einzelfall ist, gegen den unsere Neuakademiker, die wie die Brezeln gebacken werden, ex cathedra gefeit sind.

Zeitschriftenkritik: „Die politische Meinung"

Gestörte Eintracht

In einer Gesellschaft mit standardisierten Meinungen wie der unseren macht es gerade Spitzenkönnern Spaß, Spielverderber zu sein. Innerhalb der bundesrepublikanischen Botanik hat sich der Münchner Professor Otto Kandler mit Genuß dieser Rolle angenommen. Wenn er auf einem der unzähligen Kolloquien über das Waldsterben erscheint und die Runde mit spöttischer Verachtung mustert, weiß der Kenner: Jetzt werden die Fetzen fliegen.

Der Botaniker Kandler hat den meisten Naturwissenschaftlern etwas voraus: Er weiß, daß auch die Natur ihre Geschichte hat. Ökologische Diskussionen gehen heute ja meist vom Bild einer zeitlosen, glücklich in sich ruhenden „Natur" aus, die von bösen Menschen aufgestört und verletzt wird. Solche Vorstellungen sind für Kandler bloß komisch. Und er stört die Eintracht, indem er ausführliche Berichte über zyklisch auftretendes Waldsterben (und insbesondere „Tannensterben") seit Beginn des 19. Jahrhunderts vorlegt.

Die CDU-nahe Zweimonatsschrift „Die politische Meinung", die sich schon seit längerem durch eine aktive Nonkonformismuspflege auszeichnent, hat Kandler in Nr. 217 seine These ausbreiten lassen: „Eine voreilige Einengung der Problematik aufgrund von nur 4jährigen, widersprüchlichen Erfahrungen auf die durch Tagesemotionen überlagerte Emissionshypothese widerspricht einer gesamtökologischen Denkweise, die auch den Faktor ‚Zeit' einbeziehen muß." Für Kandler handelt es sich „bei den Waldschäden um ein sehr viel tiefgreifenderes und schwieriger zu bekämpfendes epidemisches Geschehen, an dem Schadstoffe nur regional als überlagernde Faktoren beteiligt sind".

Die Redaktionsequipe Ludolf Herrmann/Werner Ross nimmt mit der Publikation dieses Artikels eine gewisse Reizung des bayerischen Löwen in Kauf. Kandler breitet genüßlich die dem Chemiker längst bekannten Fakten aus: Die Autoabgase sind gewiß schädlich, aber in erster Linie für Mensch und Tier, für Pflanzen hingegen nur auf indirekte Weise. Er fürchtet deshalb Rückschläge für die ökologischen Bemühungen, wenn Erfolge gerade dort versprochen werden, wo sie gar nicht möglich sind:

„Die für ein kultiviertes Volk selbstverständliche Forderung nach einer generellen Absenkung des Schadstoffausstoßes auf das technisch mögliche und wirtschaftlich vertretbare Maß könnte dann einen erheblichen Rückschlag erleiden." Die beiden Staaten, die Katalysatoren bereits eingeführt haben – Japan und die USA –, seien richtig beraten gewesen, als sie das nicht mit dem Waldsterben, sondern mit Smogbekämpfung und Energieersparnis begründet hätten.

Auch sonst ist dieses Heft der „Politischen Meinung" reich an unkonventioneller Lesekost – etwa mit der von Gehlens Institutionenlehre ausgehenden Analyse der „Angst"-Mode durch Burkhard Haneke oder mit einer autobiographisch angelegten Auseinandersetzung mit den Kurven der pädagogischen Theorien seit 1945 (durch Hans Pitsch, Präsident des Oberschulamts Tübingen).

ANTON MADLER

Ost-West-Rocktreff in der Fichtelgebirgshalle

Ungarische Höhepunkte

Das Fichtelgebirge in „DDR"- und CSSR-Nähe wird mit kulturellen Ereignissen nicht gerade überhäuft. Alleine die jährlichen Luisenburg-Freilicht-Festspiele verschaffen dem 8000-Seelen-Städtchen Wunsiedel im Sommer ein gewisses künstlerisches Flair. Nun aber ist dem rührigen Manager der Fichtelgebirgshalle, Ganbor Szasz, ein Kabinettstück geglückt: Er führte drei westliche und drei östliche Rockbands zu einem „Ost-West-Rocktreff" zusammen.

Die polnische Jazz-Rock-Gruppe Crash gehört auf westdeutschem Boden bereits seit geraumer Zeit zum gern gehörten Normalfall. Ihre ausgefeilt melodische, funkorientierte Mischung geht in die Beine und ist gleichzeitig auch für intellektuellere Jazzerkreise differenziert genug. In Wunsiedel überzeugten sie in einem sonst eher auf den Hard-Rock zugeschnittenen Programm.

Anders ist es da schon mit der tschechoslowakischen Rock-Gruppe Olympic. Die Kultursachwalter der CSSR hatten bislang jeglichen Rockmusik-Export in die Bundesrepublik abgelehnt und gleichzeitig darauf geachtet, daß auch auf eigenen Bühnen keine westlichen Rockstars anzutreffen waren. So war der Auftritt der Prager Rock-Veteranen, die über sämtliche kulturpolitischen Schwankungen der herrschenden Partei hinweg ihre Position wahren konnten, eine westliche Uraufführung. Ihr Auftritt begann im typischen Duktus sanften „Ost-Pops", streute auch ein obligates Friedenslied ein. In der zweiten Hälfte nahm er merklich an Fahrt und Zugkraft zu. In den Zugaben war es Rock'n'Roll bester Machart.

Ein eigenes Programm des Ost-West-Dialogs boten die Musiker der ungarischen Hard-Rock-Band Nummer 1 Pandora's Box. Mit ihrer schwellenden, dynamisch prägnanten Orgelmusik, die sie bewußt zu einer Bearbeitung ihrer englischen Vorbilder Deep Purple einsetzten, wurden die „P. Box"-Ungarnrocker gefeierter Höhepunkt des Wunsiedler Festivals. Der Spaß an der Musik war den sympathischen Fünf, die in Budapest mühelos allein oder mit West-Kollegen wie Iron Maiden Stadien füllen, derart ins Gesicht geschrieben, daß der Bayerische Rundfunk sie auf der Stelle mit ihren anderen Ost-Kollegen wegen einer Live-Sendung aus der Münchner Alabama-Halle ansprach. In der Sowjetunion durften die melodiösen Heavy-Metal-Vertreter aufgrund ihres unorthodoxen äußeren *Habitus'* bislang nicht spielen. „Vielleicht klappt es 1986", meint Band-Leader Sándor Bencsik hoffnungsfroh.

Auch für die anderen Festival-Musiker lohnte sich die Veranstaltung. Die bayerischen Mundartler der Henry Caddy Band können sicherlich größere Eigenständigkeit noch vertragen, kamen aber auch so blendend an. Die englischen Sneekers, Nachfolgeband von Johnny and the Hurricans, trafen mit ihrem unkomplizierten Rock ebenso den Nerv des Publikums wie die Olympic-Band, die ihnen jetzt einen Auftritt in der CSSR vermitteln wollen.

Ähnliches dürfte demnächst der Osnabrücker Blues Company mit einer *Tournee in Ungarn ins Haus* stehen. Mit ihrem stilvollen, so intensiven wie gefühlvollen Mix aus Chicago-Blues, Bill Haley und Elvis lieferten sie eine vitale Show ganz im Stil modernen schwarzen Bühnenverständnisses.

Nur die „DDR" schloß sich von dem Rock-Meeting aus. „Man hatte uns nur die ewigen gleichen Reiseveteranen des Rock wie die Puhdys angeboten", berichtete Festival-Manager Szasz. „Aber wir wollten schon etwas Frisches, Gleichwertiges haben." Die Crux des „DDR"-Rock-Business ist offenbar, zuwenig engagierte Bands als „Reisekader" für das westliche „Ausland" auf der Liste zu haben, obwohl beispielsweise die Band Pankow auch in Wunsiedel gewiß Furore gemacht hätte.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Stadtkernarchäologie in der „DDR": Überraschende Funde zur Siedlungsgeschichte im Raum Dresden

Keiner weiß, ob es Germanen waren

In der Nachkriegszeit hat die Stadtarchäologie in Deutschland einen nie geahnten Aufschwung genommen. In Hamburg konnte ein Team die Reste der Urzelle dieser Stadt, der alten germanischen „Hammaburg" sichern. In Frankfurt wird die Ausgrabungszone mit römischen und karolingischen Mauerresten im Zuge der Neubebauung des Dom-Römerberg-Bereichs in einen „archäologischen Park" verwandelt. In Mainz entdeckte man bei Ausschachtungsarbeiten eine ganze römische „Flotte". Das sind nur drei Beispiele von vielen. Und so paradox es klingt: diese Grabungserfolge sind erst durch den Krieg ermöglicht worden, der die historische Bebauung vernichtet und in den Zentren der Städte den Archäologen unerwartete Forschungsmöglichkeiten eröffnet hat.

Einen vergleichbaren Boom erlebt die Stadtkernarchäologie auch in der „DDR", ohne daß darüber im Westen Deutschlands bisher allzu viel bekannt geworden wäre. Nachdem die Archäologen zuerst in Magdeburg, dem alten Kaisersitz, wahre Triumphe feiern konnten, sind sie in jüngster Zeit besonders im Raum Dresden fündig geworden. Dort haben sie zum Teil überraschende Aufschlüsse zur Geschichte und Vorgeschichte dieser Stadt erhalten.

Die Ausgrabungen hatten zwar bereits 1951 bei der Trümmerberäumung auf dem Altmarkt, mitten im Zentrum der auf 28 Quadratkilometern Fläche total zerstörten Stadt, begonnen. Ein Jahr später, 1952, war dann mit der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Stadtkernforschung" sogar ein in noch keiner anderen deutschsprachigen Stadt bestehender Forschungsschwerpunkt geschaffen worden. Dennoch bestätigten die ersten Funde von rund hundert Brunnen und Fäkaliengruben lediglich die bekannte Tatsache, daß dieser Bereich der Stadt schon im 13. und 14. Jahrhundert besiedelt war (1206 wurde Dresden zum erstenmal urkundlich erwähnt).

Auf sehr viel ältere Spuren stießen die Archäologen inzwischen jedoch auf dem gegenüberliegenden Elbufer, und zwar nahe dem Japanischen Palais. In diesem Bereich der heute so genannten Neustadt gegenüber dem eigentlich „Prallhang" hatte der Strom in alter Zeit zahlreiche Arme ausgebildet, die einzelne Inseln umschlossen *haben dürften. Auf ihnen* erbauten die ersten Siedler ihre Häuser.



Grabungsloch neben dem Japanischen Palais in Dresden unter dem ehemaligen Kohlmarkt FOTO: HERBERT BOSWANK

Die Archäologen sind durch Zufall darauf gestoßen, als sie im Frühjahr 1982 zu Rettungsgrabungen an die Baugrube für das neue Superhotel Bellevue gerufen wurden. Nach Abtragung umfangreicher Trümmerschichten entdeckten sie ur- und frühgeschichtliches Material, darunter Bandkeramik aus der Zeit um 5000 bis 4000 vor Christus.

Aus den Funden bestätigt sich zunächst die Vermutung, daß sich auf dem rechten Elbufer gegenüber der späteren Dresdner Altstadt bereits zu Beginn des 12. Jahrhunderts eine Ansiedlung befunden hat, die eventuell sogar nur eine Siedlungserweiterung zu einem noch älteren Dorfkern östlich der späteren Augustus- und heutigen Georgi-Dimitroff-Brücke dar*stellt.*

Über den möglichen Anteil dieser rechtselbischen Siedlung an der Stadtwerdung Dresdens sind sich die Forscher zwar noch nicht endgültig im klaren. Im vergangenen Jahr jedoch haben sie nun auch auf dem linken Elbufer einen sensationellen Fund gemacht, der in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts zu datieren ist. An unvermuteter Stelle, nämlich im Hof des ausgebrannten Dresdner Residenzschlosses, wurden romanische Kellergewölbe einer steinernen Burg ergraben, die bereits in der damals noch in jenem Raum ungebräuchlichen Mörteltechnik errichtet sind.

Da die Mark Meißen und mit ihr das Dresdner Elbtal erst 1123 an das Haus Wettin gelangt sind, ist damit möglicherweise der früheste Entschluß des bis 1918 am längsten regierenden deutschen *Fürstenhauses* dokumentiert, einen Schwerpunkt seiner Herrschaft an den Elbübergang der späteren sächsischen Haupt- und Residenzstadt Dresden zu verlegen.

Nach Meinung von Heinz-Joachim Vogt, dem Direktor des Landesmuseums für Vorgeschichte Dresden, bildete dieser Elbübergang „*nicht* den ältesten, aber den wichtigsten Brückenkopf" im obersächsischen Raum. Die Dresdner Funde der letzten Jahre haben nämlich gezeigt, daß der Siedlungsplatz Dresden ein wichtiger Kreuzungspunkt für große Handelsstraßen war, die vom Mittelmeer über Ungarn und die Erzgebirgspässe bis in die Gebiete des Bernstein- und Heringshandels an der Ostsee und von Westen über Merseburg/Leipzig bis nach Nowgorod reichten.

Die Weiträumigkeit und Vielgestaltigkeit dieser Beziehungen ist laut Vogt das eigentlich Neue für die Forschung. Importe aus Ungarn und dem Mährischen Bereich lassen sich schon aus der Latène-Zeit belegen.

Die Kontinuität der Siedlungsgeschichte im Dresdner Raum reicht nach den neuesten Funden noch sehr viel weiter, bis in die Jungsteinzeit zurück. Auf den Löß- und Lehmböden der heutigen Trabantenstadt Prohlis wurden „riesengroße Siedlungen" einer Bodenbau und Viehzucht treibenden Bevölkerung des dritten und vierten vorchristlichen Jahrtausends entdeckt. Ihr folgte nach Vogt ein „relativ stark keltisch beeinflußtes Volk" in der Latène-Zeit, von dem noch ungewiß ist, ob es ein germanischer Stamm war.

In der römischen Kaiserzeit mögen Vorfahren der Thüringer oder auch Burgunder oder Hermunduren, auf jeden Fall aber Germanen in der Elbtalweitung gesiedelt haben. Germanische Wortwurzeln wie „Elbe" (oder „Havel" für den Berliner Raum) sind bis heute ein Beleg dafür.

Nach der Völkerwanderung und der Einwanderung der Slawen begann im 11. Jahrhundert die Besiedlung durch die Deutschen. Die Deutschen siedelten sich im friedlichen Nebeneinander an den Rändern der slawischen Ortskerne an. Zeugnis der zehn Jahrhunderte währenden Toleranz, für die es in wenigen Ländern der Welt ein vergleichbares Beispiel gibt, sind die bis heute erhalten gebliebenen Sprach- und Volkstumsinseln der slawischen Sorben in der Lausitz und im Spreewald – kaum weiter als 100 Kilometer von der alten Hauptstadt Sachsens entfernt, die *nach den jüngsten Funden einen 7000* Jahre alten Stammbaum hat.

DANKWART GURATZSCH

Überall gibt's Roboter: Michael Crichtons Film „Runaway – Spinnen des Todes" mit Tom Selleck

Im letzten Kampf stirbt endlich auch der Mörder

Tom Selleck, hört man, ist überall, wo auf den Bildschirmen die fade „Magnum"-Serie läuft, der Liebling beinah aller Damen: so männlich, tapfer, unerschrocken, so schön und so charmant.

In Michael Crichtons Film „Runaway" spielt er den edlen, hilfreichen und braven Polizeisergeanten Ramsey, sympathisch, ein bißchen tolpatschig zuweilen, ein mehrfach gebrochener Held: Witwer mit Lesebrille, Höhenangst und nett altklugem kleinem Knaben Jackie.

Die Geschichte ist ziemlich einfach: Überall gibt's Roboter, staubsauger-, rasenmäher- und spielautomatenförmige, die bekämpfen Raupen und Insekten, die bauen Häuserblocks und bewachen Firmen, die führen den Haushalt, können kochen, putzen, Tür aufmachen, auf die Kinder aufpassen, telefonieren, plaudern, und Sergeant Ramsey ist Spezialist für sie, der als beherzter Steckerherauszieher eingreift, wenn so ein Roboter einmal durchdreht, wenn ein Agrarmodell mit Greifarm wild geworden im Zickzack durch die Felder prescht, wenn ein Bauroboter einen Zementsack nach dem anderen aus dem 16. Stock hinunter ins Parterre wirft. Das ist schon lustig.

Plötzlich aber treten schlimmere Defekte auf: Roboter wenden sich gegen Menschen, schießen mit Pistolen, zerfleischen Hausfrau und Schwiegermutter mit dem Küchenmesser, lassen Sekretärinnen nicht mehr aus dem Büro gehen, senden betäubende Stromstöße aus. Und daran ist nicht etwa ein Kurzschluß schuld, dahinter steckt der irrsinnige Mörder Luther (Gene L. Simmons von der Rockgruppe „Kiss"), der sie mit gefälschten Mikrochips gefüttert und zum Bösen programmiert hat. Und den gilt es zu fassen.

Dabei sterben mehrere Personen, wird Ramsay-Sohn Jackie von Luther entführt und Ramsay-Freundin Thompson (Cynthia Rodes) angeschossen (und schmerzverzerrten Gesichts am Tatort von Ramsey operiert!). In und am Maueraufzug eines Hochhausrohbaus aber, an dem Ramsey stöhnend, gestreßt und ölverschmiert herumturnt, spielt sich der letzte Kampf ab und ereilt den Verbrecher Luther das verdiente Schicksal: Seine Minimörderroboter, die aussehen wie verchromte Krebse oder Spinnen (des Todes), töten ihn selbst: die er rief, die Geister ... Und das Happy-End ist gleich ein vielfaches: Jackie wird gerettet, Ramsey küßt die Freundin und zieht mit ihr heim, und sogar seine Höhenangst, sagt er, hat er nun überwunden.

Ein paar hübsche Einfälle sind zu loben in diesem Film. So die Aufnahmen aus der Perspektive der dahinzischenden, von Luther abgefeuerten Geschosse, die, auf die Wärmestruktur des Opfers programmiert, dieses fast todsicher erlegen.

Oder die Zuschauertrietzerei: Als Jackie fragt, ob Lois (die Ramsaysche Hausroboterin) nicht vielleicht eines Tages auch verrückt werden könnte, beruhigt ihn sein Vater: Nein, das könne nie passieren. Der versierte Kinofreund weiß den Dialog zu deuten, die Katastrophe, die Lois auslösen soll, wird angekündigt. Aber, April, April, nichts derlei geschieht.

„Runaway" ist ein gutgemachter, spannender Film, gewiß nichts Großes, aber unterhaltsame Actionware.

LUDWIG MERKLE

Spiegel zeitgenössischer Kunst: Ernst Ludwig Kirchners Postkarten an seinen Malerfreund Erich Heckel

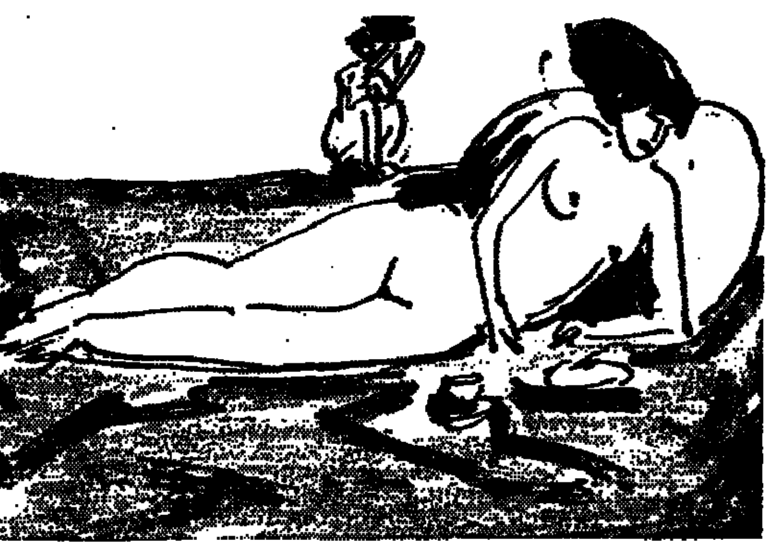
Reizvolle Bildgedanken ohne Ambitionen notiert

„No money", stöhnt der Künstler. Er merkt an: „Nach Zahlen der Miete bleibt mir noch 5 M", oder „Ich kann nicht auslegen. Habe nur noch 1,20." Diese Hinweise auf karge Finanzen finden sich auf Postkarten, die heute Tausende wert sind. Ernst Ludwig Kirchner schrieb sie 1909/12 an den Freund Erich Heckel. Die 83 Briefe und Karten gehören heute dem Altonaer Museum in Hamburg. Annemarie Dube-Heynig hat sie jetzt in dem Band „Ernst Ludwig Kirchner – Postkarten und und Briefe an Erich Heckel" (DuMont Buchverlag, Köln, 312 S., 100 farb. u. 250 s.-w. Abb. 148 Mark) vorgestellt und erläutert.

Den Reiz dieser Korrespondenz – bei der leider die Repliken fehlen – machen natürlich nicht die Klagen über fehlendes Geld aus, obwohl sie zusammen mit anderen Hinweise die persönliche Situation der beiden Künstler und der Künstlergruppe „Die Brücke" recht anschaulich werden lassen, sondern die Zeichnungen Kirchners. Er skizzierte dem Freund eigene Bildideen, aber auch Bildeindrücke.

Man findet hier gespiegelt, was Kirchner von der zeitgenössischen Kunst beeindruckte. So unterschrieb er schon die erste Karte mit „Besten Gruß Dein Ernst Matisse" oder zeichnet den „Sitzenden Mann mit Zeitung" und „Die Badenden" von Cézanne oder das „Singende Paar" von Daumier nach. Diese künstlerischen Karten- und Briefgrüße mit Feder, Farbkreide und Aquarellfarbe sind äußerst reizvoll, weil sie ohne große Ambitionen Bilder- und Bildgedanken unmittelbar und fast stenographisch in der Gewißheit festhalten, daß der Freund diese Kürzel zu lesen versteht.

Mehrfach kam Kirchner auch auf die sogenannte primitive Kunst zurück. So schreibt er im März 1910: „Hier ist das Völkerkundemuseum wieder auf, nur ein kleiner Teil aber doch eine Erholung und Genuß die famosen Bronzen aus Benin. Einige Sachen der Pueblos aus Mexiko sind noch ausgestellt und einige Mayaplastiken." Und dazu zeichnete er in dem Brief einen Querhornbläser, wie ihn das Dresdner Museum auf einer Benin-Bronze besitzt. Auf eine spätere Karte notierte er: „Der Balken ist doch immer wieder schön" und skizzierte einen Ausschnitt des Hausbalkens von den Palau-Inseln mit der Bilderzählung vom Garamalbaum, den – wie Kirchner an anderer Stelle festhielt – die Brücke-Künstler schon 1903 „entdeckt" hatten und dessen „Figuren genau solche Formensprache zeigten, wie meine eigenen."



Bildstenogramme für den Freund: Ernst Ludwig Kirchners Postkartenskizze für eine Holzplastik FOTO: DUMONT

Damit wird sozusagen in nuce bestätigt, was das Museum of Modern Art in New York im vergangen Jahr ausführlich mit der Ausstellung „Primitivsm in 20th Century Art" dargestellt hatte (s. WELT v. 23.10.84). Den zweibändigen Katalog hat jetzt der Prestel Verlag in München in einer einbändigen deutschen Version vorgelegt: „Primitivismus in der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts", herausgegeben von William Rubin (742 S., 1041 Abb., 298 Mark).

Das voluminöse Werk behandelt zuerst die Einflüsse der Kunst Nordamerikas, der Südsee und Afrikas auf die Moderne und untersucht dann die direkte Wirkung und Umsetzung bei einzelnen Künstlern. Der Bogen spannt sich dabei von Gauguin und Picasso über Klee und Giacometti bis zu den Gegenwärtigen Keith Haring und Penck. Ein besonderes Kapitel ist dem deutschen Expressionismus gewidmet. Und in diesem Beitrag begegnet man neben Holzskulpturen Kirchners, die von der Kunst der Naturvölker beeinflußt waren, auch wieder seiner Postkarte mit dem Palau-Balken sowie einer Skizze nach einer anderen Benin-Bronze im Dresdner Völkerkundemuseum.

So bieten die beiden Bände die Möglichkeit, von zwei sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten aus, sich auf eine Weise der modernen Kunst zu nähern, die ungewöhnliche Einsichten eröffnet.

PETER DITTMAR

JOURNAL

Günther Pick geht nach München

I. Z. **Aachen**

Günther Pick, Ballettchef des Aachener Stadttheaters im zweiten Jahr, hat einen Vertrag mit dem Münchener Staatstheater am Gärtnerplatz unterschrieben. Dort will er verstärkt eigene Ballette realisieren. In Aachen hat Pick mit seiner Choreographie zu Gerard Humels Ballett „Othello und Desdemona" Beachtung gefunden. Am Dienstag hatte seine Ballettfassung nach Goethes Werther, bei der er selbst die Hauptrolle tanzte, Premiere. Den Abschluß seiner Arbeit in Aachen bildet ein „Woyzeck" zu Drehorgelmusik von Aachener Straßenmusikanten am kommenden Sonntag. Als Nachfolger Picks wurde Thorsten Müller ernannt.

Forschungsstätte zur Literatur und Kunst

dpa, **Berlin**

In Ost-Berlin sollen Ende März die „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten in der DDR für deutsche Kunst und Literatur des 20. Jahrhunderts" gegründet werden. Anlaß ist der 35. Jahrestag des Bestehens der Akademie der Künste in Ost-Berlin.

Jürgen Flimm beginnt Hamburger Intendanz

dpa, **Hamburg**

Die „Klassiker" werden mit acht von elf Inszenierungen im Spielplan 1985/86 des Hamburger Thalia-Theaters einen Schwerpunkt bilden. Wie der neue Intendant Jürgen Flimm, der mit Beginn der nächsten Spielzeit Peter Striebeck ablöst, mitteilte, sind die Hälfte dieser „Klassiker"-Produktionen, die breits in Köln auf dem Programm standen. Flimm ist bis zum Sommer noch Schauspieldirektor in Köln.

Die neue Spielzeit soll Ende September mit Henrik Ibsens „Peer Gynt" eröffnet werden. Es folgen unter anderem der erste Teil von Goethes „Faust", „Ödipus" von Sophokles/Hölderlin und „Der einsame Weg" von Arthur Schnitzler, inszeniert von Thomas Langhoff aus der „DDR".

Die mumifizierte Katze Petrarcas

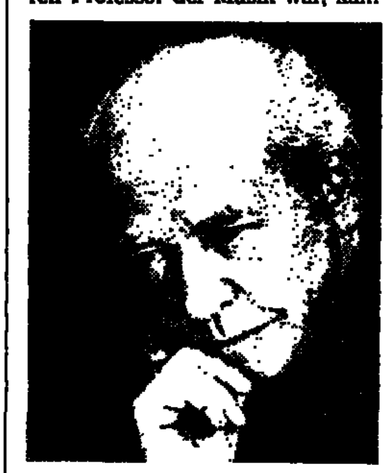
N. M. **Padua**

Künftig wird auch das Erdgeschoß des Petrarcahauses in den Euganeischen Hügeln für Besucher geöffnet sein. In den drei Räumen sind weitere Handschriften des Dichters sowie Statuen – darunter seine mumifizierte Katze – zu sehen. Das Haus, in dem der Dichter bis 1374 seine letzten Lebensjahre verbrachte, zählt jährlich mehr als 50 000 Besucher.

Eugene Ormandy †

DW. **Bonn**

Der amerikanische Dirigent Eugene Ormandy ist im Alter von 85 Jahren in Philadelphia gestorben. Der 1899 in Budapest geborene Künstler, der seit dem 6. Lebensjahr Violine spielte und mit 17 Jahren Professor der Musik war, kam



Der Dirigent Eugene Ormandy FOTO: TELDEC

1921 in die USA. Nach einem geplatzten Engagement schlug er sich zunächst in einem Café am Broadway als Geiger durch und arbeitete dann im Orchester der „Capitol Theater Symphonie". 1934 machte er mit dem CBS Orchester sein Debut als Dirigent. 1931 durfte Ormandy Arturo Toscanini an der Spitze des „Philadelphia Orchestra" vertreten. Im selben Jahr übernahm er die Leitung des Symphonieorchesters von Minneapolis, kehrte aber 1936 zur „Philadelphia Symphony" zurück. Dort war er seit 1938 44 Jahre lang bis vier Jahre vor seinem Tod der Chefdirigent. 1970 erhielt Ormandy die höchste Zivilauszeichnung der USA, die Freiheitsmedaille des Präsidenten.

Moderne Meister aus New York in Venedig

dpa, **Venedig**

40 Werke von Kandinsky, Marc, Picasso, Delaunay, Gabo und Calder aus dem Guggenheim-Museum in New York sind bis zum 8. April in der Peggy Guggenheim-Stiftung in Venedig zu sehen. Ebenfalls im Palazzo „Venier dei Leoni" findet eine Ausstellung mit 60 Gravuren von Picasso und Goya zum Thema „Tauromachia" (Stierkampf) statt.

„Bundschuh“ erzwingt Entscheidung in Berlin

Mercedes kämpft um geplante Teststrecke bei Boxberg

xhk/DW. **Stuttgart**

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entscheidet heute über einen Rechtsstreit, der in Baden-Württemberg seit Jahren die Gemüter zum Kochen gebracht hat. Es geht um die von Mercedes geplante Teststrecke bei Boxberg. Immerhin ein 200-Millionen-Mark-Argument – nicht schlecht für ein so strukturschwaches Gebiet wie die Gemeinden Boxberg und Assamstadt –, wenngleich auch für die Gegner dieses Projekts immer noch nicht stark genug.

Die neun Kläger wenden sich in ihrer Revision gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom Juli vergangenen Jahres, das die Flurbereinigung im Gebiet der Teststrecke für rechtens erklärt hatte. Die Kläger sollen dabei zumindest von Teilen ihrer Höfe gewiesen werden, soweit sie auf dem Testgelände liegen. Im Austausch dafür würden sie entsprechendes Gelände erhalten, das sich noch in der Hand der Daimler-Benz AG befindet.

Entscheidungserheblich dürfte nach Ansicht ihres Rechtsvertreters, des Freiburger Anwalts Siegfried de Witt, die Frage sein, ob die Flurbereinigung dem Wohl der Allgemeinheit diene, was Voraussetzung solcher Flurbereinigungs-Verfahren sei. Mercedes hält es in diesem Fall stets mit zwei Argumenten: Das Projekt einer 10,5 Kilometer langen Teststrecke schaffe über kurz oder lang mindestens 900 Arbeitsplätze; das wiederum bedeute für einen strukturell so unterentwickelten Raum wie diesen einen enormen Auftrieb. Er könne die jahrelange Abwanderung junger Menschen stoppen.

Das bestätigte auch der Bürgermeister von Assamstadt, Arnold Scherer. Schon jetzt seien durch Ansiedlung von Zuliefererbetrieben in seiner Gemeinde 50 Arbeitsplätze geschaffen worden. Hinzu käme eine wesentlich höhere Gewerbesteuereinnahme in der Größenordnung von mehreren 100 000 Mark für beide Gemeinden. Zur Zeit nehme Assamstadt nur 160 000 Mark im Jahr ein.

Die betroffene Bevölkerung ist mit überwältigendner Mehrheit für den Mercedes-Kurs. Dies wurde 1981 bei der Wahl des Bürgermeisters von Boxberg deutlich: Mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für Franz Zipperle, einen engagierten Befürworter der Teststrecke.

Die Gegner sammeln sich unterdessen seit 1979 in der Produktionsgenossenschaft „Bundschuh“ – eine kämpferische Erinnerung an den Deutschen Bauernkrieg vor rund 500 Jahren. Die Bundschuh-Leute wollen nicht nur die „Zubetonierung fruchtbaren Ackerlandes“ verhindern, sie behaupten auch, daß auf dem Kurs „Rüstungsgüter wie Leopard-Panzer-Motoren“ getestet werden sollten. Die militärische Nutzung wird sowohl von der Landesregierung als auch vom Unternehmen bestritten.

Seit 1976 versucht Mercedes, diese Teststrecke durchzusetzen. Eine bescheidene Anlage bei Rastatt erfüllt längst nicht mehr ihren Zweck.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Plans aus Stuttgart formierte sich in und um Boxberg Widerstand – Bauern, die sich um das wertvolle Ackerland Sorgen machten. 620 Hektar Land benötigt Daimler für sein Testgelände. 150 bis 200 Hektar sollen sich noch in der Hand seiner Mandanten befinden, erklärte de Witt gestern. Die 1979 gegründete „Bundschuh“-Vereinigung machte bald mit Protestaktionen von sich reden. So wurde der Gemeinderat in Boxberg im Mai 1980 durch die Besetzung aller Stühle in seiner Arbeit behindert. Trotz solcher Aktionen und martialischer Behauptungen zur angeblichen militärische Nutzung dieser Anlage stehen mit Ausnahme der Grünen alle im Landtag vertretenen Parteien hinter dem Mercedes-Projekt.



„Über den Wolken . . .“

FOTO: HEIKE RIEMER, fotografiert auf dem Jochberg, Oberbayern

„tucs“ gegen böse Buben

In der Metro wachen Arbeitslose über die Sicherheit

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die 750 Pariser Gendarmen und Polizisten, die unter Leitung eines Sonderkommissars über die Sicherheit der täglich rund zwei Millionen Benutzer der hauptstädtischen Untergrundbahn wachen, bekommen Verstärkung. Die Regierung wies dem Sicherheitsdezernat der Pariser Metro 800 „tucards“ zu, die hauptsächlich dazu da sind, die jährlich wachsende Zahl von Diebstählen und Überfällen in der Metro zu reduzieren. Sie gehören zu dem Jahr für Jahr größer werdenden Heer der jungen Arbeitslosen.

Der „tucard“ ist eine Wortschöpfung aus „travaux d'utilité collective“, zu deutsch etwa „Arbeiten öffentlichen Interesses“. Demzufolge werden die jungen Arbeitslosen in Gemeinden, Kreisen und Departements zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt. Sie bauen Straßen und Schulen, helfen alten Leuten und tun dies alles auf freiwilliger Basis. Sie sind zwischen 16 und 21 Jahren alt und bekommen für einen Arbeitseinsatz 1200 bis 1700 Franc (400 bis 550 DM) im Monat für halbtägige Arbeit.

Die Sache hat Erfolg, obwohl sich Kommunisten und Gewerkschaften mokierten. Sie vermuten eine Manipulation der Arbeitslosenstatistik. Doch 81 Prozent von 7000 befragten jungen Leuten bekannten sich in einer Umfrage begeistert zu der neuen Initiative. Heute, sieben Monate nach der Einführung, gibt es bereits mehr als 90 000 „tucs“. Bis zum Jahresende sollen es 200 000 sein.

Die 800 „tucards“ von der Metro werden an ihren grauen Blusen mit der gelben Inschrift „Juniors Métro“ zu erkennen sein. Sie treten in Trupps von drei bis fünf auf, sollen Kofferschleppen und unbewaffnet gegen böse Buben antreten. Die Regierung schlägt damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie bekommt die jungen Leute von der Straße und erhöht die Sicherheit in der Metro.

Bei Nebel demnächst Fahrverbot für Lkw?

Düsseldorfer Innenminister will Rasern an den Kragen

DW. **Düsseldorf**

Angesichts der Massenkarambolagen im dichten Nebel, bei denen in den vergangenen Wochen allein auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen und Bayern 24 Menschen ihr Leben verloren, an die 200 schwer verletzt wurden und Sachschaden in Millionen-Höhe entstand, soll jetzt die Polizei die noch im Nebel rasenden Lastzugfahrer zur Vernunft bringen. „Viele Lastwagenfahrer wissen offenbar gar nicht, welche Gefahr von ihren schweren Zügen ausgeht“, sagte Innenminister Herbert Schnoor (SPD) gestern. „Andererseits kann die Polizei gerade bei den mit Fahrtenschreibern ausgerüsteten Lastwagen vorbeugend einiges tun.“

Der Minister kündigte verstärkte Kontrollen der Fahrtenschreiber durch die Polizei an. Dabei können Verstöße gegen die Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern sowie gegen Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer festgestellt werden. An die Unternehmer appellierte Schnoor, die Fahrer nicht durch Akkordbedingungen zu überfordern. Oft überschritten Lkw-Lenker das Tempo auch aus Furcht um ihren Arbeitsplatz.

Auch von der technischen Seite und durch vorbeugende Maßnahmen muß die Sicherheit nach Meinung des Innenministers erhöht werden. Deshalb fordert er, alle schweren Lastwagen künftig mit Unfallschreibern sowie Nebelschlußleuchten und Nebelscheinwerfern auszurüsten. An Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) appellierte Schnoor, im Interesse verbesserter Sicherheit schnellstens für die Verwirklichung dieser Verbesserungen zu sorgen. Die seit 1973 bestehende Ausbildungsverordnung für Berufskraftfahrer müsse verbindlich gemacht werden. Bis jetzt, so klagte Schnoor, sei das Interesse an der freiwilligen zweijährigen Ausbildung zum Berufskraftfahrer sehr gering. Die Einstellungsbedingungen verbesserten sich dadurch kaum.

Die Uneinsichtigen müßten künftig auch härter angefaßt werden. Bei schwerer wiegenden Verstößen durch Lastwagenfahrer sollte es keine Verwarnungen mehr geben, hier müßte Bußgeld obligatorisch werden. „Heute ist es doch so, daß die Vorteile für Temposünder größer sind als die Nachteile durch Verwarnungsgelder“, klagte Schnoor. Die bei Bußgeld in bestimmter Höhe ebenfalls fälligen Punkte in Flensburg würden die Verhaltensweise ändern.

Befristete Fahrverbote müßten künftig auch dann ausgesprochen werden, wenn die Höchstgeschwindigkeit um weniger als 40 Stundenkilometer überschritten worden sei. Für „erwägenswert“ hält der Innenminister das in den Niederlanden in bestimmten Gefahrenlagen schon praktizierte Fahrverbot für Lastwagen mit gefährlichen Gütern. „Wenn unsere Autobahnen durch Nebel dicht sind, müssen wir die Lastzüge schon an der Grenze stoppen.“

Schnoor machte aber auch klar, daß auch die Personenwagenfahrer gefordert seien. Sie müßten durch ihr Verhalten dazu beitragen, das Risiko möglichst gering zu halten. Die Statistik zeige, daß Lastzüge mit gefährlichen Gütern in einem Jahr an 95 Unfällen mit Personenschaden beteiligt waren. Diese 95 machten ein Promille dieser Art Unfälle aus, bei Unfällen allein mit Sachschaden betrug der Anteil auch nur 2,2 Promille. Doch die Unfallfolgen mit erheblichen Gefahren für die Gesundheit Unbeteiligter seien beträchtlich gewesen.

Härtere Bußgelder können aber auch die Geldbeutel der Personenwagenfahrer treffen, wenn es nach dem Innenminister geht: „Falschparken in den Innenstädten muß teurer werden als die Gebühr im Parkhaus.“

Rollende Festung für Queen Elizabeth

SAD, **London**

Englands Königsfamilie bekommt für umgerechnet 27 Millionen Mark einen neuen Sonderzug. Der alte entspricht nicht mehr dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis, hieß es gestern im britischen Unterhaus. Die zwölf neuen Waggons, die von modernen Intercity-Lokomotiven gezogen werden, sind gepanzert, erhalten kugelsichere Scheiben und eine eigene Energieversorgung. Einer der Salonwagen wird mit modernster Elektronik als Anti-Terror-Zentrale ausgerüstet.

Die Neubaupläne sind jedoch auf Kritik bei der oppositionellen Labour Party gestoßen. Die britische Eisenbahn hätte die Millionen-Investitionen an anderer Stelle dringender benötigt. Der Labour-Abgeordnete und Monarchie-Kritiker Willie Hamilton wetterte: „Der Zug wird doch sowieso kaum gebraucht – man hätte den alten verschrotten sollen.“

Der alte Sonderzug der Königsfamilie stammt aus dem Jahr 1940. Er war für die Rundreise der Queen anläßlich ihres 25jährigen Thron-Jubiläums (1976) für 2,3 Millionen Mark modernisiert worden. Aber die betagten Waggons sind nur bis Tempo 110 verkehrssicher. Der neue Panzerzug soll dagegen mühelos 170 Stundenkilometer schaffen.

Kehren die ersten atomaren Nomaden zurück?

rtr, **Washington**

Die USA haben gestern der Forderung der früheren Einwohner des Bikini-Atolls stattgegeben, die von 23 Atom- und Wasserstoffbombentests im Pazifik verseuchte Inselgruppe zu entseuchen. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen den ehemaligen Einwohnern des Atolls und der US-Regierung wurde jetzt vor einem Bezirksgericht auf Hawaii erzielt. Amerikanische Experten beziffern die Kosten der Säuberungsaktion mit rund 50 Millionen Dollar, die hauptsächlich für das Abtragen des Mutterbodens und Neuanpflanzungen ausgegeben werden müßten. Innerhalb der nächsten zehn Jahre könnten die oft als erste atomare Nomaden bezeichneten Bikinianer auf das Atoll zurückkehren. Er werden übrigens an die 1200 sein, wohingegen 1946 gerade 167 Menschen evakuieren mußten, um den Weg für die Atomwaffentests freizumachen.

Ätna rumort wieder

dpa, **Catania**

Der Ätna auf Sizilien steht möglicherweise wieder vor einem größeren Ausbruch. In diesen Tagen haben sich rund 600 Meter unterhalb des gut 3400 Meter hohen Gipfels mehrere Spalten geöffnet, aus denen Qualm und Lava dringt. Aus einer Spalte fließt seit Dienstag abend ein acht Meter breiter Lava-Strom mit einer Geschwindigkeit von einem Meter pro Sekunde. Menschen sind bislang nicht gefährdet. Die Gegend ist unbewohnt. Die Lava-Masse hat jedoch einen Stützpfeiler einer Seilbahn erreicht, die beim letzten Ausbruch im Jahr 1983 zerstört und im vorigen Jahr wieder aufgebaut worden war.

Vorräte an Erdwärme

dpa, **Bordeaux**

Auf der internationalen Konferenz für angewandte Geothermik in Bordeaux bedauerte Ralph Hänel vom niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung in Hannover, daß die riesigen Vorräte an geothermischer Energie in der Bundesrepublik Deutschland nur wenig genutzt werden. Die gewinnbare Energiemenge entspreche einem Heizwert von etwa 164 Millionen Tonnen Erdöl.

Todesspritze

AP, **Huntsville**

Ein wegen dreifachen Frauenmordes zum Tod verurteilter 37jähriger Amerikaner ist gestern im Zuchthaus von Huntsville (US-Bundesstaat Texas) mit einer Giftinjektion hingerichtet worden. Ein Sanitäter brauchte 40 Minuten, bis er eine brauchbare Vene für die Todesspritze fand.

Roms Museen geöffnet

SAD, **Rom**

Touristen, die zu Ostern nach Rom kommen, brauchen in diesem Jahr nicht wie im Jahr 1984 vor den verschlossenen Türen der Museen zu stehen. Der Superintendent für die archäologischen Schätze der Stadt, La Regina, erklärte, daß 1985 genügend Personal vorhanden sein wird, um die Tore der Museen geöffnet zu halten.

Bilanz der Bergunfälle

AP, **Wien**

In den österreichischen Bergen sind im vergangenen Jahr 265 Menschen bei Ski- und Bergunfällen ums Leben gekommen, 39 mehr als im Vorjahr. Wie die Bundesgendamerie gestern in Wien mitteilte, konnten 1507 Personen gerettet werden. Die Bilanz nennt 644 Skiunfälle und 516 Unfälle beim Bergwandern. In 492 Fällen waren Unerfahrenheit am Berg oder Wetterumschwung die Unglücksursachen. In 105 Fällen führten Ausrüstungsmängel und in 221 Fällen Überschätzung der eigenen Fähigkeiten zu Unfällen.

ZU GUTER LETZT

„Beisetzung 10 Uhr morgens, anschließend Besäufnis“, hieß es in der Todesanzeige eines alten irischen Seebären, der 74jährig in Rochester starb.

LEUTE HEUTE

Ehren-Ritter

Nach Auffassung des französischen Staatspräsidenten verkörpert **Ives Saint-Laurent** „einen großen Teil des französischen Geschmacks auf den Gebieten Kunst und Mode“. Feierlich schlug **François Mitterrand** darum am Dienstag den bekannten Modeschöpfer im Elysée-Palast zum Ritter der Ehrenlegion.

Aufbautraining

Gut drei Wochen nach der schweren Operation ist er schon wieder auf den Beinen: Der dritte Mensch mit einem Kunstherzen, der 58jährige Rentner **Murray Haydon**, macht im Krankenhaus von Louisville (US-Bundesstaat Kentucky) Spaziergänge und unternimmt Fahrten mit dem Rollstuhl. Die „aktiven und passiven Übungen“ gehören zu einem Aufbautraining, das seinen Körper stärken soll. Dasselbe Programm mußte auch sein „Vorgänger“ **William Schroeder** absolvieren, dem am 25. November 1984 ein Kunstherz implantiert worden war. Nach mehreren Hirnschlägen umfaßt jedoch das Aufbautraining für Schroeder vorerst nur noch Sprechübungen.

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: Die Kaltfront eines Tiefs über Mittelskandinavien überquert bis zum Abend das Bundesgebiet. Auf ihrer Rückseite strömt polare Meeresluft ein.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
In Süddeutschland stark bewölkt und zeitweise etwas Niederschlag, teils Regen, teils Sonne. Sonst wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer, auch in den Niederungen in Schnee übergehend. Höchste Temperaturen 2 bis 6. Tiefstwerte nachts null bis -4 Grad. Schwacher, im Norden frischer und böiger Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten:
Stark bewölkt und zeitweise schauerartiger Schneefall. Noch etwas zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	20°
Bonn	1°	Kopenh.	0°
Dresden	5°	Las Palmas	20°
Essen	0°	London	5°
Frankfurt	5°	Madrid	6°
Hamburg	-1°	Mailand	9°
List/Sylt	1°	Mallorca	7°
München	1°	Moskau	-1°
Stuttgart	4°	Nizza	13°
Algier	13°	Oslo	3°
Amsterdam	3°	Paris	1°
Athen	9°	Prag	3°
Barcelona	12°	Rom	6°
Brüssel	1°	Stockholm	1°
Budapest	5°	Tel Aviv	21°
Bukarest	1°	Tunis	14°
Helsinki	-1°	Wien	5°
Istanbul	8°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.37 Uhr, Untergang: 18.26 Uhr; **Mondaufgang:** 4.23 Uhr, Untergang: 11.23 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit Richter R. die Menschen kennt, liebt er die Igel

PETER SCHMALZ, **München**

Von der List der Igel, die einen tumben Hasen aus der Puste und der Fassung bringen kann, erfahren Kinder schon in der Märchenstunde. Auch Alfred Brehm wußte in seinem „Tierleben“ Lobendes zu berichten über die stacheligen Tiere mit den krummen kurzen Beinen: „Groß ist der Nutzen, welchen sie durch Vertilgung einer Masse schädlicher Tiere leisten.“

Über den wahren Wert des Erinaceus europaeus, zu deutsch schlicht „gemeiner Igel“, gibt aber erst das Aktenzeichen 24 C 3200/83 des Münchner Amtsgerichts Aufschluß. Schwarz auf weiß und im Namen des Volkes steht dort in einer Urteilsbegründung: „Es ist sogar zu überlegen, ob nicht das Leben eines Igels wertvoller ist als das Leben eines Menschen.“

„So etwas“, meinte Hans Bruntschlik als Leiter der Strafrechtsabteilung im Amtsgericht, „hätte ich nicht ins Urteil geschrieben.“ Aber sein Kollege Herbert Rosendorfer, als Literat weithin geschätzt und ausgewiesen als ein Mann, der des Wortes Sinn und Bedeutung zu achten weiß, steht zu diesem Satz, mit dem er sein Urteil über einen banalen Verkehrsunfall anreicherte. Man müsse aber nur den Zusammenhang berücksichtigen, gibt er zu bedenken.

Und dieser stellt sich so dar: Ein Autofahrer bremst unvermittelt we-



Herbert Rosendorfer

gen eines Igels, der Hintermann fährt auf. Ein Blechschaden von 1176 Mark entsteht.

Der Auffahrer weigert sich, den Schaden zu begleichen, und fühlt sich darin durch den Bundesgerichtshof bestärkt, der den Autofahrern zumutet, kleinere Tiere zu überfahren, um Blech- oder noch größere Schäden zu vermeiden. Doch damit können die Richter der roten Roben aus Karlsruhe bei ihrem Juristen-Kollegen Rosendorfer aus München keinen Eindruck machen.

Er erklärt diese Rechtssprechung schlichtweg für obsolet und schreibt in sein Urteil, das den Auffahrer zum Begleichen des Schadens verdonnert: „Das Bremsen wegen eines Igels ist kein grundloses Bremsen. Das Leben eines Tieres, namentlich eines ökologisch so wertvollen Tieres wie des Igels, ist schützenswerter als eventuelle Blechschäden.“ Und dann folgt der inkriminierende Satz, den Kollege Bruntschlik nicht geschrieben hätte.

Rosendorfer, der Richter, findet das schon in Ordnung, denn Rosendorfer, der Schriftsteller, hat mit den Menschen schon viel härter abgerechnet. „Daß der Mensch ein Ungeziefer ist, habe ich schon in meinem Buch ‚Briefe in die chinesische Vergangenheit' geschrieben“, sagt er freimütig. Ihm erscheint der Mensch als ein denaturiertes Wesen, der sein Hirn mißbrauche und den Ast absäge, auf dem er sitze. Da mag es gut für den Richter sein, daß er bei Brehm nicht nachgelesen hat, was dieser neben dem Lob für die nächtlichen Schädlingsvertilger auch Negatives zu schreiben wußte: „Sie sind furchtsam, scheu und dumm.“

Aber hätte er in Brehms Tierleben nachgeschlagen, wäre das Urteil kaum anders ausgefallen, denn Rosendorfer sagt: „Ich liebe die Igel.“

Und Liebe macht bekanntlich blind. Die Menschen, bis auf einzelne, die mag er nicht, ja er gibt sogar zu, die Menschheit zu verachten. Und wen er nicht mag, der hat vor dem Richter Rosendorfer nichts zu lachen. Skifahrer, zum Beispiel, mag er nicht, wobei die Abneigung weniger daher rührt, daß sie gewöhnliche Menschen sind, als daher, daß sie die Alpen verschandeln. Als ein Pärchen nach einem Autounfall im Skiurlaub auf 1500 Mark wegen entgangener Skifreuden klagte, billigte Rosendorfer den beiden nur 350 Mark zu, habe sie der Unfall doch vor den eher größeren Gefahren des Skifahrens bewahrt.

Inzwischen rätseln Rosendorfers Kollegen über den Hintersinn dieser eigenwilligen Urteile. Einer hat da eine Vermutung: „Vielleicht strebt er seine Zwangspensionierung an.“